SIT Sozialarbeit in Tirol 73

Informationsblatt für Mitglieder des
obds - Landesgruppe Tirol

obds - Landesgruppe Tirol,
6010 Innsbruck, Postfach 219
Email: tirol@sozialarbeit.at
DVR Nr.16721
ZVR Nr. 613283641
Url: www.tirol-sozialarbeit.at

Dieses SIT

gehört

Zweckform 3481

Österreichische Post AG - Info.Mail Entgelt bezahlt

Schwerpunkt
Arbeit

Inhalt SIT 73

Vorwort 03
Die soziale Arbeit in der Krise?! 04
Soziale Nachhaltigkeit in Tirol 07
Zur gesellschaftlichen Organisation von bezahlter und unbezahlter Fürsorge (Care) 08
Fritjof Bergmann und sein Konzept der Neuen Arbeit 10
Fetisch Arbeit 12
Lehrlingsausbildung: Entzauberter Mythos? 14
Arbeitslosenstatistik 16
„Koa Geld – koa Musi“ (Ohne Geld spielt keine Musik) 19
Forschungsarbeit in der Sozialen Arbeit 20
Sozialarbeit als Frauenberuf 22
Vorstandsarbeit oder: Wenn frau fürs Arbeiten zahlen soll! 25
Die Arbeitsmarktförderungs-gesellschaft mbH als Trägerin von Arbeitsstiftungen 26
Verein Arbeitsassistenz Tirol 27
s´Gwandtl - sozialökonomischer Betrieb für Frauen in Osttirol 29
Arbeitslosensprecherin 30
IVDA: Interessen Vertreten Der Arbeitslosen 31
Join in a Job! Instrumente zur beruflichen Beratung jugendlicher MigrantInnen 32
Internationaler Girls´Day. Ein Termin für Soziale Arbeit? 33
Achtung - Vernetzungsgefahr 34
Mit vereinten Kräften für die Zukunft der Sozialen Arbeit 35
20 Jahre Karriere in der Sozialarbeit 36
Service - Links zum Thema Arbeit Teil 1 36
Rezension - Gaismair-Jahrbuch 2007 37
Rezension - Dead Men Working 37
Service - Links zum Thema Arbeit Teil 2 38
In eigener, berufspolitischer Sache 40
Das Letzte für SIT 73 40
Vorschau auf SIT 74 40

Impressum

SIT - Mitteilungsblatt des
obds - Landesgruppe Tirol
Medieninhaber, Herausgeber, Redaktion:
obds - Landesgruppe Tirol
6021 Innsbruck, Postfach 775
AUFLAGE SIT 73: 230 Stk.
Druck: ARTIS - Betriebe
Februar 2007

Preise für Einschaltungen im **SIT**

Stelleninserate und Ankündigungen für Fortbildungs- und Ausbildungveranstaltungen, Seminare:

1/1 Seite ..... Euro 73
1/2 Seite ..... Euro 37
1/4 Seite ..... Euro 19
1/8 Seite ..... Euro 10

Werbeeinschaltungen:

1/1 Seite ..... Euro 146
1/2 Seite ..... Euro 73

1/4 Seite ..... Euro 37
1/8 Seite ..... Euro 19

Interessierte Institutionen/ Einzelpersonen können ein SIT- Abo (3 Ausgaben pro Jahr- inkl. Porto) zu Sozialarbeit relevanten Themen zum Preis von 13 Euro abonnieren.
Mail an **tirol@sozialarbeit.at** mit Zustelladresse genügt.

VORWORT

Dominique- Dsahai Thaler; Obfrau des obds - Landesgruppe Tirol

Liebe SIT Leserin, lieber SIT Leser!
Liebe KollegInnen und Kollegen!

Den Schwerpunkt des Heftes haben wir dem Thema Arbeit gewidmet. Unterstützung bei der Arbeitsplatzsuche, Hilfe während der Arbeitserprobung und sozialpädagogische Betreuung in Beschäftigugsprojekten waren für SozialarbeiterInnen immer schon relevante Aufgabengebiete.
Soziale Arbeit als Profession entstand ja im ausgehenden 19. Jahrhundert um Menschen zu unterstützen, die ihre Bedürfnisse nicht oder nicht mehr durch die Erwerbstätigkeit befriedigen konnten. Seit Beginn an forderte die Sozialpolitik von den SozialarbeiterInnen, dass KlientInnen wieder in den Arbeitsprozess eingegliedert werden. Bis heute wird vielfach der Erfolg sozialarbeiterischer Intervention daran gemessen, inwieweit es gelungen ist den bzw. die KlientIn am ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Eine Sisyphusarbeit in Zeiten prekärer Beschäftigungsverhältnisse und schwindender Arbeitsplätze auch aufgrund der Globalisierung. Doch seit Adorno wissen wir, Sisyphus muss man sich als glücklichen Menschen vorstellen.

Die Situation am Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Jahren derartig zugespitzt, dass die Problematik weite Schichten der Bevölkerung umfasst und der Druck auf KlientInnen der Sozialarbeit im gestärkten Maße zugenommen hat. Die Steigerung der Produktivität wirkt sich aber nicht wie erhofft auf die Zunahme von Arbeitsplätzen aus.

Konstruktive Lösungen, wie ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle, Arbeitsstiftungen oder die Konzeption der „Neuen Arbeit“ (Fritjof Bergmann), die auf die verschärfte Situation am Arbeitsmarkt abzielen, sind erst im entstehen.
Einfache Lösungsansätze, wie etwa das Verstecken der Arbeitslosen in Kursen oder die Verschärfung ihrer Situation, um sie zu miserablen Bedingungen in den Arbeitsmarkt zu treiben, kennen wir zur genüge. Kreative Lösungen sind gefragt. In diesem Sinne können wir eine Forderung deutscher Arbeitsloseninitiativen unterstützen, die lautet: „Wir wollen Arbeit, die wir ablehnen können“.

Der Druck zu erzwungener Beschäftigung von unausgebildetem Personal hat viele von uns stark erschüttert. Studierende sollten sich durch 60 Stunden „Sozialarbeit“ ihre Studiengebühren abarbeiten. Das gedankenlose Verwenden des Begriffs Sozialarbeit in den Medien zeigte wieder einmal, wie wenig im Bewusstsein der Bevölkerung der Beruf der SozialarbeiterIn verankert ist. Und es unterstreicht die Dringlichkeit eines eigenen Berufsgesetzes für SozialarbeiterInnen.

Wir hoffen, dass die Lektüre dieses Heftes für Euch spannend und anregend sein wird, würden uns über Rückmeldungen vor allem in Form von Leserbriefen sehr freuen und wünschen Euch Frohes Schaffen.

Dominique- Dsahai Thaler
Andrea Trenkwalder-Egger
Vorsitzende bzw. Vorsitzendestellvertreterin
des obds - Landesgruppe Tirol

Jahresbeiträge **2007 - ausstehende Beiträge 2006 bzw. 2005** bitte dringend einzahlen. Am Zahlschein vermerken für welches Jahr der Beitrag ist.
Jahresbeiträge sind von der Steuer absetzbar !!!!
Verheiratete bzw. in Lebensgemeinschaft lebende SozialarbeiterInnen zahlen nicht mehr wie bisher den 1,5-fachen Jahresbeitrag sondern jedes Mitglied einzeln und nach eigenem Einkommen.
Der derzeit gültige Beiträge (2007)
Bei einem Nettogehalt bis € 1.000.- jährlich € 65.-
Bei einem Nettogehalt von € 1.001.- bis € 1.400.- jährlich € 85.-
Bei einem Nettogehalt von über € 1.401.- jährlich € 95.-
Studierende Mitglieder oder Mitglieder in Karenz jährlich € 29.-

Bei Telebanking: obds - Landesgruppe Tirol 6010 Innsbruck Postfach 219
Sparkasse Innsbruck Blz 20503 Kontonr. 0000 - 018259

Die KassierInnen des obds - Landesgruppe Tirol

Die soziale Arbeit in der Krise?!

Sieglinde Frieß

Ausgangslage

Die in Deutschland registrierte Arbeitslosigkeit sank im November 2006 gegenüber dem Oktober um 89.000 und damit erstmals in diesem Monat seit 2001 auf unter vier Millionen Personen (3.995.000). Dies war zugleich der stärkste Rückgang der Arbeitslosenzahlen in einem November seit dem Jahre 1991. Im Vergleich zum Vorjahr gab es 536.000 Arbeitslose weniger. Die Arbeitslosenquote ist im November 2006 um -0,2 Prozentpunkte auf 9,6 Prozent gesunken, das heißt aber, dass fast jeder zehnte arbeitslos ist. Es ist zwar ein Rückgang zu verzeichnen, aber nichtsdestotrotz wird mit mindestens weiteren 3 Millionen Erwerbslosen gerechnet, die in der Statistik nicht aufscheinen bzw. aus dieser herausfallen. Zudem empfingen am Jahresende 2005 fast 630.000 Menschen Leistungen aus der „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung" (Sozialhilfe). Es gibt immer mehr Menschen, die von Zahlungen des Bundes leben, aber es sind immer weniger Menschen in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen.

In Österreich gibt es ähnliche Symptome: Die Arbeitslosenzahl sinkt, aber die Zahl der BezieherInnen von Sozialhilfe steigt. Die Zahl der Arbeitslosen ist Ende November 2006 um 25.524 auf 231.746 gesunken. Das entspricht einem Rückgang um 9,9 Prozent. Auch hier wird eine Dunkelziffer vermutet, die nicht in der Statistik mit aufscheint. Die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen steigt aber weiter kontinuierlich an. Im vergangenen Jahr dürften es gut 180.000 SozialhilfeempfängerInnen in Österreich gewesen sein. Seit 1996 hat sich damit die Zahl der BezieherInnen fast verdoppelt. Es gibt einen massiven Anstieg an SozialhilfeempfängerInnen. Zwischen 2000 und 2003 ist die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen laut Armutskonferenz um 41 Prozent gestiegen. Es handelt sich vor allem um Langzeitarbeitslose, Alleinerzieherinnen und PensionistInnen.

Veränderungen des Sozialen Hilfesystems

Aufgrund der politischen Entscheidungen und des damit verbundenen ideologischen „rollbacks" sind die sozialen Träger und Einrichtungen mit andauernden Mittelkürzungen konfrontiert und erleben eine schleichende Umwandlung in „Sozialunternehmen".

Durch die Einführung des „Neuen Steuerungsmodells" findet seit den 90er Jahren eine entsprechende „Verbetriebswirtschaftlichung" statt, die sich durch das ganze soziale Hilfesystem zieht. Schlagwörter sind dabei: Management, Controlling, Kosten- und Leistungsrechnung usw. In der Konsequenz bedeutet es, dass alle sozialen Dienstleistungen vollständig den Marktbeziehungen unterworfen sind. Sie werden zu einer „Ware", die ver- und gekauft wird und kosteneffizient produziert werden soll. Durch den Einzug dieser Marktgesetze ist es nur logisch, dass auch die sozialen Dienstleistungen zu Konkurrenz und Konzentration gezwungen werden.

Auswirkungen auf die Beschäftigten in den sozialen Berufen

Diese veränderten gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen schlagen auf vielfältige Art und Weise auf die Arbeitsplätze und die Beschäftigten im Sozialen Hilfesystem durch. Vor allem der Kahlschlag in den Sozialhaushalten und die Ökonomisierung des Hilfesystems führen dabei unmittelbar zu verschlechterten Arbeitsbedingungen und zu einer massiven Arbeitsplatzunsicherheit.

a) Arbeitsplatzunsicherheit, Mehrarbeit und Deregulierung:

Die Kürzungen im Sozialen Hilfesystem haben flächendeckend ein Ausmaß erreicht, wo die Substanz der Träger angegriffen wird. Angebote werden eingestellt, Einrichtungen müssen schließen und Beschäftigte sind in steigendem Maße mit betriebsbedingten Kündigungen konfrontiert. Dabei werden im Sozialen Hilfesystem seit Jahren freie Stellen nicht neu besetzt. Die verbleibenden KollegInnen sind somit mit kontinuierlich steigenden „Fallzahlen" konfrontiert.
Neben der ständig dünneren Personaldecke sind es vor allem zwei Faktoren, die die Arbeitsbelastung der Beschäftigten zusätzlich erhöhen. Zum einen werden die einzelnen „Fälle" „betreuungsintensiver". In der Kinder- und Jugendarbeit, in der Familienhilfe oder in der Frauen- und Mädchenarbeit haben die Problemlagen kontinuierlich zugenommen. In anderen Bereichen wie etwa der Drogen- und Suchthilfe sind die KollegInnen mit neuen Entwicklungen konfrontiert. Zum zweiten werden Fallkostenpauschalen, Fachleistungsstunden etc. nur noch in einem solch geringen Ausmaß bewilligt, dass eine qualifizierte Arbeit kaum zu leisten ist – es sei denn die Beschäftigten arbeiten unbezahlt mehr. Die abrechenbaren Leistungssegmente sind so eng gefasst, dass im Prinzip nur die minimalsten Betreuungsstandards wirklich bezahlt werden. Der Arbeitsalltag enthält somit in wachsendem Umfang unbezahlte Arbeitsanteile bzw. wird auf Kosten der Beschäftigten ausgedehnt. Es liegt auf der Hand, dass neben den Beschäftigten vor allem die „NutzerInnen" der Einrichtungen die Leidtragenden solcher Bedingungen sind. Die Hilfsangebote werden nicht nur ausgedünnt. Die sozialen Dienst-

leistungen werden darüber hinaus systematisch verschlechtert.
Die Weitergabe des Kostendrucks erhöht aber nicht nur die Arbeitsintensität und die Arbeitshetze der Beschäftigten. Es werden gleichzeitig ihre Löhne angegriffen. Wie in anderen Bereichen auch ist auch im Sozialen Hilfesystem versucht worden, Kündigungen und Stelleneinsparungen durch Lohnverzicht zu verhindern. Einseitige Kündigungen von Rahmenvereinbarungen durch den Zuwendungsgeber waren und sind der Einstieg in immer neue Runden des Lohnverzichts. Längst sind auch in der öffentlichen Daseinsvorsorge öffentliche und frei-gemeinnützige Träger dazu übergegangen, aus dem BAT auszusteigen und Haustarife durchzusetzen, von Tarifflucht und tariflosen Arbeitsverhältnissen ganz zu schweigen.
Dazu kommt eine Entwicklung, die man als „Taylorisierung von Sozialarbeit“ beschreiben kann. Arbeitsgänge werden segmentiert, gemessen und einzeln - teilweise bei unterschiedlichen Kostenträgern - abgerechnet. Zu jedem (Abrechnungs-)Segment kann dann die kostengünstigste Arbeitskraft über Honorar- und Werkverträge unterhalb von BAT (Bundesarbeitstarif) und sozialpädagogischer Qualifizierung eingekauft werden. Diese Form der Taylorisierung ist nicht nur ein Einfallstor für die Entwertung Sozialer Arbeit. Sie ist auch der Hebel für irreguläre und nicht-tarifierte Arbeitsverhältnisse, für befristete Arbeitsverträge, für 1-Euro-Pflichtarbeiten etc.

b) Arbeitsverdichtung:

Marktlogik und ökonomischer Druck produzieren auch im Sozialen Hilfesystem „Sachzwänge“, denen sich Beschäftigte nur schwer entziehen können. In der Arbeitshetze und –intensität des Alltags bleiben die Besonderheiten des jeweils zu betreuenden Einzelfalls oder die genaue Prüfung von Ermessens- und Bewegungsspielräumen häufig genug auf der Strecke. Standardisierung und Automatisierung von Arbeitsabläufen tun ihr übriges, um die einzelfallorientierte Prüfung von Bedarf und Bedarfsgerechtigkeit in der Arbeit etwa der Sozialdienststellen zu unterminieren. Die Kombination von gestiegenem Arbeitsdruck und standardisierten Vorgaben zwingt die Beschäftigten zunehmend, sich in ihrer Arbeit von einer Bedarfsorientierung ab und einer reinen Kostenorientierung zuzuwenden.

„Management by Stress“ ist somit auch im Sozialen Hilfesystem ein probates Mittel, um bestimmte Verhaltensweisen von Beschäftigten zu erzwingen, z. B. um „Kostenbewusstsein“ und „Budgetverantwortung“ im Sinne des Arbeitgebers bzw. des Zuwendungsgebers durchzusetzen.

Unabhängig von den verschärften gesetzlichen Rahmenbedingungen hat diese „Modernisierung“ der Verwaltungspraxis für die „NutzerInnen“ teilweise dramatische negative Auswirkungen. Die politisch und ökonomisch gewollten „Sachzwänge“ produzieren einen Teufelskreis von völlig überlasteten Beschäftigten auf der einen Seite und ständig verzweifelteren und oft genug auch wütenderen Hilfebedürftigen auf der anderen.
Auch auf der eher ideologischen Ebene werden die Arbeitsbedingungen im Sozialen Hilfesystem durch die neue Marktorientierung in die Zange genommen. PatientInnen, KlientInnen, Pflegebedürftige, SozialhilfeempfängerInnen werden zu „souveränen KonsumentInnen“ erklärt, die sich auf dem freien Markt der sozialen Dienstleistungen das für sie günstigste und sinnvollste „Angebot“ aussuchen können. Dieses „Kunden- und KlientInneninteresse“ wird nicht nur gegen die frei-gemeinnützige Trägerlandschaft gewendet, sondern vor allem gegen die ProduzentInnen der sozialen Dienstleistungen selbst: Die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen der Beschäftigten werden im Konkurrenzkampf zur disponiblen Manövriermasse. Unter dem Hinweis auf die „Kostensituation des Unternehmens“ *und* auf die Bedürfnisse von KlientInnen und PatientInnen wird ihnen mehr und flexiblere Arbeit für weniger Geld abverlangt

c) Neudefinition der Arbeitsinhalte:

Aber nicht nur die Löhne und Arbeitsbedingungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge stehen zur Disposition, sondern auch das professionelle und fachliche Selbstverständnis der Beschäftigten. Viele der Einrichtungen und Träger waren in den vergangenen Jahren Verfechter einer sozialpädagogischen Fachlichkeit, die sich an Partizipation, Respekt, Akzeptanz sowie parteiischem Engagement für „Klientel“ orientiert hat. Die Interessen und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen, Flüchtlingen und MigrantInnen, Wohnungslosen, Pflegebedürftigen etc. standen im Vordergrund und nicht ein paternalistischer „Fürsorgegedanke“ in einem abstrakten „Gemeinschaftsinteresse“ – eine Orientierung, die bis in die Strukturen und Institutionen des Öffentlichen Dienstes selbst ihre Spuren hinterlassen hatte.
Nach wie vor gehören sowohl die akzeptierenden Methoden der parteiischen Sozialen Arbeit als auch ihre fachlichen Inhalte zum Anspruch und zum Selbstverständnis von Einrichtungen und von Beschäftigten. Der inhaltliche Paradigmenwechsel, den die Soziale Arbeit zur Zeit erlebt, schlägt sich somit als Konflikt nieder: als ein Konflikt zwischen den eigenen Ansprüchen und den neuen, repressiven politischen Anforderungen, als Konflikt zwischen den Beschäftigten und dem inhaltlichen Kurswechsel der Geschäftsführungen und nicht zuletzt auch als Konflikt zwischen den „alten“ Beschäftigten und den jüngeren KollegInnen, die bereits in ihrer (Fachhochschul-)Ausbildung mit der inhaltlichen Neuausrichtung der Sozialen Arbeit „aufgewachsen“ sind.

Es ist aber auch ein Konflikt, der durch die Beschäftigten selbst hindurchgeht, nämlich der Konflikt zwischen den eigenen fachlichen Ansprüchen einerseits und dem Bedürfnis nach ökonomischer Sicherheit, der Angst um den Verlust des eigenen Arbeitsplatzes andererseits. Wo früher Beschäftigte gekündigt haben, wenn sie mit der fachlichen Ausrichtung ihres Betriebes nicht einverstanden waren, fällt diese Option angesichts der ökonomischen und sozialen Gesamtsituation verständlicherweise sehr viel schwerer. Der Leidensdruck, dem viele Beschäftigte ausgesetzt sind, äußert sich zunehmend in „inneren Kündigungen“ oder auch in psychosomatischen Störungen und anderen Krankheitsbildern. Das Bedürfnis, aus der „Frontsozialarbeit“ herauszukommen, ist ein bekanntes Phänomen. Nunmehr jedoch sind nicht nur die Symptome eines „Burning Outs“ die Ursache, sondern immer öfter auch der Wunsch, die inhaltlichen Zwänge und Zumutungen, die verstärkt verlangt werden, nicht mehr verantworten zu müssen.
Der Umstand, dass die Beschäftigten im Sozialen Hilfesystem zwischen dem fachlich-inhaltlichen Rollback einerseits und den Bedürfnissen, Interessen und Bedarf der betroffenen „NutzerInnen“ zerrieben werden, kennzeichnet die Situation in der öffentlichen Daseinsvorsorge. Viele Beschäftigte gehen für „ihre KlientInnen“ über die eigenen Schmerz- und Belastungsgrenzen. Ähnlich wie in der Kranken- und Altenpflege ist das „HelferInnensyndrom“ stark ausgeprägt und verhindert häufig genug den Blick auf die eigenen Bedürfnisse und Interessen. Auch hier sind es zwei Faktoren, die zusätzlich erschwerend hinzukommen, wenn Beschäftigte in der Sozialen Arbeit ihre eigenen Interessen wahrnehmen wollen. Der eine ist die geringe gesellschaftliche Akzeptanz der Sozialen Arbeit. Zum zweiten aber fällt es den Beschäftigten im Sozialen Hilfesystem offenbar besonders schwer, die eigene Einrichtung oder den eigenen Träger als normalen Betrieb zu begreifen. Vor allem in kleineren Einrichtungen sieht man sich immer noch eher als Mitglied einer „Initiative“ denn als abhängig Beschäftigte/r in einem Unternehmen. In kaum einem anderen Bereich ist folglich die Ideologie vom „Wir sitzen alle in einem Boot“ so ausgeprägt wie im Bereich des Sozialen Hilfesystems.

d) Handlungsmöglichkeiten:

Vom eigenen Berufsverständnis wie auch auf Grund der objektiven gesellschaftlichen Situation sehen sich die Beschäftigten in der Sozialen Arbeit mit zwei Anforderungen gleichzeitig konfrontiert. Zum einen müssen sie sich stärker als bisher als ganz normale abhängig Beschäftigte verstehen. Sorgen um den Arbeitsplatz, Arbeitshetze, niedrige Löhne etc. führen zu Konflikten mit den Geschäftsführungen, die innerhalb der sozialpolitischen Trägerlandschaft in vielen Fällen durchaus neu sind. Hinzu kommt, dass in solchen Auseinandersetzungen zwar die eigene Geschäftsführung der erste und unmittelbare Widerpart ist, in aller Regel aber der politische Gegner gleichzeitig der Zuwendungsgeber, d.h. die (kommunalen) sozialstaatlichen Institutionen sind.
Das System der öffentlichen Daseinvorsorge galt zwar lange Zeit als Domäne per se fortschrittlicher und engagierter Beschäftigter. Dennoch gibt es hier kaum Erfahrungen und Traditionen von kollektiver Interessenvertretung oder gar Arbeitskämpfen. Die oft kleinteilige und zersplitterte Einrichtungs- und Trägerlandschaft hat sicherlich auch dazu beigetragen, dass die betriebsinterne wie betriebsübergreifende Kommunikation eher unterentwickelt ist.
Viele Einrichtungen und ihre Beschäftigten stehen inzwischen an einem Scheideweg. Wie in anderen Sektoren auch, mischt sich Unzufriedenheit und Empörung mit Unsicherheit, Angst und Ratlosigkeit. Einer der ersten Schritte in einer solchen Situation ist es, individuelle und kollektive Erfahrungen und Eindrücke überhaupt gemeinsam besprechbar zu machen. Viel zu oft gehen die betroffenen Beschäftigten isoliert und individuell mit der allgemein prekären Situation um. Kollektive Kommunikationsstrukturen sind die Voraussetzungen dafür, dass diese individuellen Verhaltensweisen in eine gemeinsame Diskussion und am Ende gar in gemeinsame Handlungsmöglichkeiten umgesetzt werden können. ver.di* hat hier eine zentrale Aufgabe.
Für Beschäftigte in der Sozialen Arbeit kommt es also darauf an, überhaupt ein Selbstbewusstsein als abhängig Beschäftigte zu entwickeln. Auch angesichts zugespitzter Auseinandersetzungen um Löhne und Arbeitsbedingungen wächst die Erkenntnis nur langsam, dass es einen Interessengegensatz zwischen Geschäftsführungen und Beschäftigten gibt. In vielen Einrichtungen und Trägern wäre es ein wichtiger erster Schritt, wenn Beschäftigte überhaupt offizielle Betriebsräte und Personalvertretungsstrukturen wählen würden und wenn sie ihre Ansprüche in Bezug auf Arbeitszeiten, Entlohnung, Arbeitsbedingungen, Vertretungen, Supervision, Weiter- und Fortbildungsmöglichkeiten etc. offen formulieren würden.
Die zweite Anforderung für die Beschäftigten im Sozialen Hilfesystem ist der Kampf um das fachlich-inhaltliche Grundverständnis ihrer Arbeit. Bisher ist der Hauptgegner in dieser Auseinandersetzung der (politische) Zuwendungsgeber. In dem Maße jedoch, wie Geschäftsleitungen bereit sind, inhaltliche Zugeständnisse zu machen, werden sich die Konflikte um das Verständnis von Fachlichkeit auch zwischen Beschäftigten und Geschäftsführungen abspielen, etwa bei den Auseinandersetzungen um die Einführung von 1-Euro-Arbeitsgelegenheiten oder um die Beteiligung an Formen der geschlossenen Heimunterbringung für Kinder und Jugendliche. Das Bemühen um parteiliche Fachlichkeit „für das Klientel“ einerseits und der Kampf um die Verbesse-

rung der eigenen Arbeitsbedingungen ist dabei kein Gegensatz, im Gegenteil: Gerade im Sozialen Hilfesystem werden die Beschäftigten ihre ureigensten Interessen um Arbeitsplätze, Löhne und Arbeitsbedingungen nur dann wirksam verteidigen können, wenn es ihnen und ihren Gewerkschaften gelingt, ein glaubwürdiges Bündnis mit den „NutzerInnen" des Sozialen Hilfesystems zu schmieden.
Gerade weil das System der öffentlichen Daseinsvorsorge in erheblich stärkerem Maße als andere Bereiche gesellschaftlichen und politischen Richtungsentscheidungen unterworfen ist, ist die fachpolitische Selbstorganisation und die (fach-)politische Intervention im öffentlichen Raum für Beschäftigte und Gewerkschaften von zentraler Bedeutung. Es kommt also darauf an, neben der Skandalisierung sozialpolitischer Kürzungsmaßnahmen auch der kritischen inhaltlichen Fachlichkeit eine politische Stimme zu geben. Vereinzelt gibt es entsprechende Ansätze, und das verstärkte Engagement von ver.di* in fachpolitischen Konferenzen oder gemeinsamen Veranstaltungen und Aktionen mit Einrichtungen und Trägern weist in die richtige Richtung. In geschlossenen Heimen für Kinder und Jugendliche oder in den Massenunterkünften und Lagern für Flüchtlinge, in Kitas (Kindertagesstätten) und bei Beschäftigungsträgern wird ein gewerkschaftlicher Kampf um Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen nur dann an Schlagkraft gewinnen, wenn die Interessen und Bedürfnisse der „NutzerInnen", der Eltern, Kinder und Jugendlichen, Erwerbslosen etc. mit einbezogen werden. Eine reine „trade unionistische" Verteidigung von „Beschäftigteninteressen", ohne die Inhalte der eigenen Arbeit kritisch mit zu reflektieren, wird kaum ausstrahlungsfähig sein. Stärker noch als in anderen Bereichen sind Beschäftigte und Gewerkschaften im Sozialen Hilfesystem gefordert, der „Aufgabenkritik" von oben eine von unten entgegenzusetzen.

(u. a. Auszüge aus einer geplanten ver.di-Broschüre)

Sieglinde Frieß
Fachbereichsleiterin ver.di Hamburg
Besenbinderhof 60
20097 Hamburg

* ver.di (Vereinte Dienstleistungsgesellschaft) ist eine der größten Einzelgewerkschaften der Welt
weitere Infos unter www.verdi.de

SOZIALE NACHHALTIGKEIT IN TIROL
EINLADUNG

zur 2. Fortbildungsveranstaltung
für VereinsfunktionärInnen

Thema: „Rund ums Geld"
20. April 2007 14:00 - ca. 19:30 Uhr
Landhaus 2, Konferenzraum Heiliggeiststr. 7- 9

lokale agenda 21 tirol

Alle sind sich einig. Ein Fundament sind die vielen AktivbürgerInnen, die in den Bereichen Natur/Umwelt und Soziales professionelles und unermüdliches Tun beweisen. Sie alle sind gemeinwohlorientiert und Idealisten. „Die Politik ist sich dieser Leistungen bewusst", so Landesrätin Dr. Anna Hosp und „zivilgesellschaftliches Engagement muss unterstützt sowie Rahmenbedingungen für weitere Professionalisierung geschaffen werden." In diesem Sinne veranstaltet das Land Tirol alle Jahre Fortbildungen für VereinsfunktionärInnen.

WORKSHOPTHEMEN

1. **Wege zum professionellen Finanzmanagement, Geschäftsgebarung/ Buchhaltung/ Honorarnote**
   Mag. rer.soc.oec. Monika Manzl, Akkreditierte Wirtschaftstrainerin

2. **Haftungsrecht für Vereine, Haftung der Vorstandsmitglieder und mögliche Instrumente gemäß Vereinsrecht "sauber" zu arbeiten.**
   Mag. iur. Thomas Pachl, GF Schuldnerberatung Tirol

3. **Sponsoring und Förderungen – Wege der Finanzierung,**
   Mag. phil Leonie Hodkevitch, Doz. f. Kultursponsoring

4. **Wie komme ich zu Geld? Win-Win – wenn ich Geld will!**
   Prok. Bernd Noehrer, Raiffeisenbankengruppe Tirol

ANMELDUNGEN
Nachhaltigkeitskoordinator, Mag. Gottfried Mair
Brixner Straße 2, 6020 Innsbruck,
Tel.: 0512-508-3484

E-Mail: lydia.halder@tirol.gv.at

„Anmeldungen zu den kostenlosen Workshops unter www.join-in.at"

Diese Veranstaltung wird unterstützt von der Raiffeisenbankengruppe Tirol

Zur gesellschaftlichen Organisation von bezahlter und unbezahlter Fürsorge (Care)

Eva Fleischer

In diesem Artikel möchte ich einige Gedanken zum Thema Hausarbeit entwickeln und dabei die private Sorgetätigkeit in einen größeren Rahmen stellen. Zunächst stelle ich vor, was ich unter Fürsorge (Care) verstehe und welche Formen von Sorgetätigkeit in welchen Arbeitsmärkten zu finden sind. Anschließend stelle ich Zahlen vor, wie sich bezahlte und unbezahlte Tätigkeiten auf die Geschlechter verteilen, um abschließend auf die politischen Entscheidungen, die hinter dieser Verteilung stehen und deren Folgen einzugehen.

Wenn es um die meist von Frauen geleistete Sorgetätigkeit (Care) geht, sind zwei unterschiedliche Zugangsweisen zu berücksichtigen. Einerseits „die Fähigkeit zur Empathie, die sich in der Art und Weise der Begegnung von fürsorgender und betreuter Person niederschlägt und den Charakter sowie die Qualität der zugrunde liegenden zwischenmenschlichen Interaktionen bestimmt“ und andererseits „die auf einen anderen Menschen gerichtete, unterstützende Tätigkeit in einem informellen oder professionellen Kontext, bezogen auf den Lebenszyklus (Kindheit - Alter, Gesundheit - Krankheit) oder bezogen auf besondere Lebenslagen, die Hilfeprozesse erfordern (von Arbeitslosigkeit bis Zwangsräumung)“ (Brückner 2001, 127-128). Mir geht es in diesem Artikel um den zweiten Aspekt, genauer wie diese fürsorgende Tätigkeit – sei sie nun informell oder professionell – gesellschaftlich organisiert wird, also um sozialpolitische Fragestellungen. Je nach ihrem Grad an Formalisierung finden sich Sorgetätigkeiten in unterschiedlichen Bereichen des Arbeitsmarktes.

Drei Arbeitsmärkte und ihre geschlechtsspezifische Zuweisung

<table>
<tr><td colspan="2">Formeller Arbeitsmarkt („Normalarbeitsverhältnis“)
doppelte Segregation
horizontal: Männerberufe – Frauenberufe
vertikal: Aufstiegschancen, Einkommen: Männer oben – Frauen unten
professional care</td></tr>
<tr><td>informeller Arbeitsmarkt für Männer</td><td>informeller Arbeitsmarkt für Frauen
carework</td></tr>
<tr><td colspan="2">Privatarbeit (vorwiegend Frauensache)
caregiving work</td></tr>
</table>

Formeller Arbeitsmarkt

Im formellen Arbeitsmarkt, der durch volle Einbindung in Arbeits- und Sozialrecht, durch existenzsichernde Vollerwerbstätigkeit gekennzeichnet ist, sind Versicherte und Beitragsleistende durch Rechtsansprüche und existenzsichernde Versicherungsleistungen, die sich am vorherigen Einkommen orientieren, abgesichert. Hier findet sich „professional care“ als anerkannte Tätigkeit mit formaler Qualifikation in Sozialarbeit und Krankenpflege. Auch dieser Arbeitsmarkt ist nicht geschlechtsneutral, sondern durch die doppelte Segregation (Aufteilung in Männer- bzw. Frauenberufe sowie bessere Aufstiegschancen und höhere Einkommen für Männer) geprägt. Dies schlägt sich u. a. in den niederen Einkommen von SozialarbeiterInnen nieder. Auch die Arbeitsbereiche der Sozialen Arbeit sind geschlechtsspezifisch geprägt: Frauen als Sozialarbeiterinnen sind eher in den Bereichen Familie, Jugend und Kinder tätig, Männer z. B. im Bereich Bewährungshilfe und auch vermehrt in Leitungspositionen (Gruber, Fröschl 2002).

Informelle Arbeitsmärkte

Hier handelt es sich um Arbeitsverhältnisse ohne soziale Absicherung wie freie Dienstverträge, Werkverträge, aber auch um Schwarzarbeit. Bei Männern ist dies oft ein Zusatzeinkommen bei grundsätzlicher Absicherung über den formellen Arbeitsmarkt, während bei Frauen dies oft die einzigen, selten existenzsichernden Einkommen sind und meist zusätzlich Unterhalts- bzw. staatliche Transferleistungen nötig sind. Care findet hier als „carework“, als mehr oder weniger ungelernte, aber bezahlte Tätigkeit statt. Auch „carework“ wird überwiegend von Frauen geleistet.

Typische Beispiele dafür sind

* Grauarbeit ohne volle sozialversicherungsrechtliche Absicherung: geringfügig Beschäftigte (Tagesmütter, Pflege), Mithelfende, Werkverträge
* Schwarzarbeit: ohne Sozialversicherung (Aushilfen, Haushaltsgehilfinnen,)
* staatlich geförderte Arbeit: z. B. in Sozialprojekten in der Gründungsphase oder Wechsel zwischen Arbeitslosigkeit und Anstellung in Projekten bei Subventionseinsparungen, befristete, subventionierte Arbeit (Wiedereingliederungshilfen)
* ehrenamtliche Arbeit mit geringen Entgelten, aber prinzipieller Erwerbsorientierung

Privatarbeit

Diese Arbeit ist völlig unbezahlt, ist stark von Gefühlen und Moral dominiert, durch Ausbildung erworbene Fertigkeiten spielen nur eine geringe Rolle. Die Fertigkeiten werden Frauen meist qua Geschlecht zugeschrieben. Diese Arbeit ist nicht marktförmig und wird vorwiegend von Frauen geleistet. Beispiele sind Hausarbeit im engeren Sinn, Kinderbetreuung, nachbarschaftliche Hilfe aus rein caritativem Interesse.

Die Entscheidung, wie jeder Staat den Anteil der jeweiligen Care-Arten am Gesamtaufkommen der notwendigen Care-Tätigkeit regelt, ist das Ergebnis von gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen. Dies ist derzeit in Österreich bei den Diskussionen rund um die „illegalen Pflegerinnen" zu beobachten. Nicht zuletzt geht es natürlich auch darum, ob für diese Tätigkeiten bezahlt werden soll und wenn ja, wer dafür bezahlen soll. Privatarbeit ist auf den ersten Blick unbezahlt, aber deswegen ist sie noch lange nicht kostenlos. Die Kosten werden derzeit vor allem von Frauen getragen, die durch die Tatsache, dass sie un- bzw. unterbezahlt Care-Tätigkeiten leisten, ihr Lebenseinkommen verringern.

Zeitverwendung alle Erwachsenen

(auch StudentInnen, PensionistInnen, Hausfrauen)

pro Woche	Frauen	Männer
Erwerbsarbeitszeit	17,3 Std.	27,9 Std.
Hausarbeit	27,9 Std.	7,2 Std.
Gesamtarbeitszeit	45,2 Std	35,1 Std
Verh. Erwerb : Haus	38,2 : 61,8%	79,5 : 20,5%

Personen über 19 Jahre, Erfassung mittels Tagebüchern, Daten aus 2002 (vgl. BMSGK (Hg.): Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege. Ergebnisse des Mikrozensus September 2002. Wien 2003, 20)

Die Finanzierungskrise des Sozialstaates hat u. a. die geringen Einkommen der Frauen auf dem formellen Arbeitsmarkt und das Wuchern des informellen Sektors zur Ursache: Frauen zahlen so nur wenig bzw. keine Abgaben und Steuern. Dadurch verengt sich die Basis der BeitragszahlerInnen immer mehr. Dies wiederum hat eine Entsolidarisierung zur Folge, da die BeitragszahlerInnen immer mehr Personen finanzieren müssen, die „nichts arbeiten". Frauen werden so als „Bittstellerinnen" wahrgenommen, die kein Recht auf Leistungen für ihre Arbeit haben.

Vereinbarkeitsmodelle

Aber wie wäre es prinzipiell denkbar, bezahlte und unbezahlte Arbeit, Erwerbsarbeit und Care zu organisieren? Hier herrscht keineswegs Einigkeit So haben etwa konservative und sozialistische bzw. sozialdemokratische Parteien oft konträre Vorstellungen davon, was Frauen dient, ebenso gibt es länderspezifisch unterschiedliche Politiken. Nancy Fraser stellt zwei idealtypische Modelle der Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit vor (vgl. Fraser 2001, 67 – 103), die sehr unterschiedliche Strategien beinhalten. Die Beispiele sind jeweils zugespitzt formuliert.

Tabelle Vereinbarungsmodelle

Modell der allgemeinen Erwerbstätigkeit	**Modell der Gleichstellung der Betreuungsarbeit**
Beispiel USA, liberaler Feminismus	Beispiel BRD, Sozialdemokratie, Konservative
Allgemeine Erwerbstätigkeit	Frauen mit Betreuungspflichten sollen sich durch Betreuungsarbeit bzw. Betreuungsarbeit + Teilzeit ernähren können
Förderung der Berufstätigkeit von Frauen	Unterstützungszahlungen für Schwangerschaft, Kindererziehung, Hausarbeit
Staatliche Einrichtungen für Pflege- und Erziehungsarbeiten	Gesetzlich garantierter Kindererziehungsurlaub
Diskriminierungen von Frauen am Arbeitsplatz wird entgegengewirkt	Gesetzlich garantierte Teilzeitarbeit
Veränderungen in der Sozialisation für Männer und Frauen, Frauen passen sich den Normen des Marktes an	Geschlechterspezifische Sozialisation kann bleiben, wie sie ist
Gutbezahlte Voll- und Dauerarbeitsplätze für Frauen notwendig	Kinderbetreuung und Pflege wird in den Haushalten erldigt
Verbesserung der Bezahlung und des Status von Betreuungs- und Pflegearbeitskräften	Integration der Versicherungsleistungen, um flexibes Wechseln zwischen den Systemen zu ermöglichen
Abhängigkeit der Sozialleistungen von der Einzahlung	Anrechung der Betreuungsarbeit wie Erwerbsarbeit

Tabelle zusammengefasst aus Fraser 2001, 67-103

Bei der Frage, ob die Vollerwerbsarbeit für Männer und Frauen bei gleichzeitiger Delegation von Betreuungsarbeiten an den Markt und / oder Staat das Ziel ist oder die Gleichstellung der Betreuungsarbeit und deren Belassen im Privaten bei den Frauen, besteht kein Konsens über die Parteigrenzen hinweg. Dementsprechend verfolgt Österreich eine ambivalente Politik:

- Es gibt lange bezahlte Karenzzeiten, die aber nicht existenzsichernd sind.
- Es gibt Zahlungen für Schwangerschaft (Wochengeld), bezahlte Freistellung für die Pflege von Kindern (Pflegeurlaub), unbezahlte Freistellungen für die Pflege von Sterbenden (Familienhospizkarenz).
- Betreuungszeiten, Phasen von Teilzeitarbeit wirken sich fatal für soziale Ansprüche aus, da Sorgezeiten bei der Berechnung von Pensionen, Arbeitslosengeld nicht oder nur unzureichend angerechnet werden.
- Die öffentlichen Strukturen zur qualitätsvollen Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen sind unzureichend.
- Faktisch baut das Sozialsystem auf durchgängige Vollzeiterwerbstätigkeit auf, auf der rhetorischen Ebene wird eine Politik der Wahlfreiheit verfolgt, ohne die Voraussetzungen für eine wirklich freie Wahl zu schaffen.

Die politischen Auseinandersetzungen bewegen sich meist auf der Ebene dieser zwei Varianten. Wirkliche Gleichheit der Belastungen, aber auch der Annehmlichkeiten von Erwerbs- wie privater Sorgetätigkeit brächte meiner Meinung nach aber erst die dritte Variante der „universellen Betreuungsarbeit“ (vgl. Fraser ebd.). Bei dieser Variante wird über eine gleiche Bewertung von Erwerbs- und Sorgetätigkeiten hinaus durch Arbeitszeitverkürzung eine Zuständigkeit von Männern wie Frauen für Sorgetätigkeiten. Die Verwirklichung dieser Vision erscheint unter den derzeitigen Bedingungen aber leider utopisch.

Eva Fleischer

Bundesministerium für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (Hg.): Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege. Ergebnisse des Mikrozensus September 2002. Wien 2003
Brückner, Margrit: Geschlechterverhältnisse im Spannungsfeld von Liebe, Fürsorge und Gewalt, in: Brückner, Margrit, Böhnisch, Lothar (Hg.): Geschlechterverhältnisse. Gesellschaftliche Konstruktionen und Perspektiven ihrer Veränderung. Weinheim: Juventa 2001: S. 119 - 178.
Fraser, Nancy: Nach dem Familienlohn: Ein postindustrielles Gedankenexperiment. In: dieselbe: Die halbierte Gerechtigkeit. Schlüsselbegriffe des postindustriellen Sozialstaats. Frankfurt a. M.: Suhrkamp 2001. S. 67 – 103.
Fröschl, Elfriede, Gruber, Christine: Sozialarbeit auf dem Weg zur Geschlechterdemokratie? In: Sozialarbeit in Österreich. 2002 (1). Online im Internet http://www.sozialarbeit.at/

Fritjof Bergmann und sein Konzept der Neuen Arbeit

Andrea Trenkwalder-Egger

Steht die Erwerbsarbeit nicht vor ihrem Ende, so ist sie zumindest einem eindrucksvollen Wandel unterworfen. Die hohen Arbeitslosenzahlen, die Zahl der prekär Beschäftigten und TeilzeitarbeitInnen sowie das massenhafte Auftauchen neuer (Schein) Selbständiger und freier DienstnehmerInnen sind Anzeichen für einen sich wandelnden, wenn nicht sogar auflösenden, Arbeitsmarkt.
Fritjof Bergmann, ein rastloser Geist und schillernder Philosoph hat eine globale Lösung für die schwindende Erwerbsarbeit gefunden, zumindest seiner Ansicht nach, und die versteht er überzeugend darzustellen.
Von seinem Charisma konnte ich mich vor rund einem Jahr bei einem Seminar über sein Projekt „Neue Arbeit“ selbst überzeugen.
Bergmann, der 1944 in Deutschland geboren wurde und in Österreich aufwuchs, wanderte als 19-Jähriger in die USA aus. Er schlug sich dort als Tellerwäscher, Preisboxer, Fließband- und Hafenarbeiter durchs Leben und studierte Philosophie an der Eliteuniversität Princeton. Als Professor lehrte er an den Universitäten Standford, Chicago und Berkeley.

Aufgrund von Studienreisen nach Osteuropa, die er vor dem Fall der Berliner Mauer machte, wandte er sich enttäuscht vom Marxismus ab. Er fasste den Entschluss, sein Leben, das er als einen schnellen Spaziergang zum Tod hin begreift, der Frage zu widmen, wie denn die Entfaltung des Menschen durch sinnvolle Arbeit gestaltet werden könne.
Um diese Frage für sich selbst zu beantworten, lebte er, nachdem er ein Jahr in Princeton lehrte, als Selbstversorger in den Wäldern von New Hampshire. Nach dem zweiten Winter kam er aber zu der Erkenntnis, dass das Leben in der Nachfolge von Henry David Thoreau nicht die ersehnte Freiheit brachte, sondern ganz im Gegenteil zur Versklavung führte, da Bergmann auf jedes technische Gerät bewußt verzichtete (Bergmann 2004, 21).

Projekt in Flint

In den frühen Achtziger wandte er sich konkreten Projekten für Arbeitslose zu. In dieser Zeit gerieten vor allem Städte, deren Bevölkerung fast zur Gänze von der Autoindustrie abhängig waren, in eine große Krise. Innerhalb weniger Jahre entließ General

Motors aufgrund der zunehmenden Automatisierung mehr als 50 % der ArbeiterInnen.
Bergmann und sein Team entwickelte speziell für die Stadt Flint, dem Geburtsort der US-amerikanischen Gewerkschaft, ein vielbeachtetes Projekt.
Anstelle eines 50%igen Abbaus der Belegschaft einigte man sich darauf, dass jeder und jede ArbeiterIn zumindest 6 Monate pro Jahr in der Fabrik weiterhin Beschäftigung finden könne. In der anderen Hälfte des Jahres wurde die arbeitslose Person dahingehend unterstützt, ihre Zeit und Muße zu nützen um herauszufinden was er oder sie „wirklich, wirklich wolle" (Bergmann 2004, 161).
Ein Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen ging nach dem halben Jahr der Erwerbslosigkeit wieder zurück in die Fabrik, der andere Teil konnte in den 6 Monaten ein existentielles Standbein aufbauen mit einer Beschäftigung, die als sinnvoll empfunden wurde.
Ziel des Projektes war es, einer Entsolidarisierung entgegenzuwirken, indem eine vertikale Spaltung der Arbeiterschaft in Arbeitslose und (noch) Beschäftigte vermieden werden sollte. Die Horizontale Spaltung hatte zur Folge, dass jeder und jede von der Situation betroffen war. Die Aussicht, die Beschäftigung in sechs Monaten wieder aufnehmen zu können, ermöglichte einen Freiraum für neue Perspektiven.

Die Neue Arbeit
Seit den Achtzigerjahren ist Bergmann unermüdlich damit beschäftigt, sein Konzept der *Neuen Arbeit* voranzutreiben, und dafür auch engagiert zu werben.
Seiner Meinung nach erleben die meisten Menschen ihre Arbeit als eine Art milde Krankheit, die man zu ertragen hätte.
Arbeit ist eigentlich dazu da, uns lebendig zu fühlen, unsere Kreativität herauszufordern und schließlich unsere Persönlichkeitsentfaltung voranzutreiben.
Bergmanns Konzept der *Neuen Arbeit* steht auf drei Säulen des Tätigseins, das er für eine gewisse Übergangszeit empfiehlt:

- Ein Drittel unserer Arbeitszeit sollen wir mit der zur Zeit noch üblichen Erwerbsarbeit ausfüllen, etwa 14 Stunden pro Woche.
- Ein weiteres Drittel soll dem gewidmet sein, was wir „wirklich, wirklich wollen". Bergmann erzählt im Seminar vom Schicksal zahlreicher Personen, die ihren Lebenstraum verwirklichten und mit biologischem Gartenbau, dem Schreiben autobiographischer Romane oder mit Schauspielerei unerwartet erfolgreich wurden.
- Das letzte Drittel der Arbeitszeit ist dem Herstellen wichtiger Produkte gewidmet. Da wir über eine geringere Kaufkraft verfügen werden, wird es notwendig sein, Dinge des täglichen Gebrauchs selbst zu produzieren. Bergmann stellt sich vor, dass in kommunal verwalteten Gemeinwesenzentren High Tech Geräte den einzelnen BürgerInnen zur Verfügung gestellt werden, damit sie in einer Art technologischer Selbstversorgungswirtschaft Kleidung, Schuhe, Möbel und sogar schnittige rote Sportautos eigenhändig fabrizieren können[1].

Was wir „wirklich, wirklich" wollen
Ein zentraler Punkt in seinen Projekten ist es, Menschen dazu zu befähigen, herauszufinden was sie denn, wie er es nennt, „wirklich, wirklich" wollen. Auf meine Frage, wie er denn dabei vorgehe, vor allem wenn es sich um Personen handle, die seit Jahren arbeitslos sind und über wenig Ressourcen und über noch viel weniger Hoffnung verfügen, empfiehlt Bergmann, den KlientInnen folgende Frage zu stellen: „Welche Tätigkeit hat Ihnen in den letzten Wochen körperliches Wohlbefinden bereitet[2]?" Gemeinsam werden dann die Kriterien herauskristalisiert, die für das angenehme Gefühl verantwortlich waren z. B. Bewegung im Freien; soziale Kontakte usw. In der weiteren Folge wird versucht, eine Beschäftigung zu finden bei der viele dieser Kriterien zum Tragen kommen.

Bergmanns Ideen und Visionen faszinieren. Vor allem der Gedanke, dass in uns allen ein verkanntes Genie steckt, das sofort in Erscheinung tritt, sobald wir nur das tun was wir „wirklich, wirklich" wollen.
Schwierig war es manchmal während des Seminars zu unterscheiden, was denn schon verwirklicht wurde und was noch Fiktion sei. Trotz aller Skepsis an der Realisierbarkeit seiner Ideen, glaube ich, dass wir Visionäre wie Bergmann brauchen, die zumindest die Tristesse der momentanen Verhältnisse durchbrechen indem sie neue Perspektiven aufzeigen.

Andrea Trenkwalder-Egger

Fritjof Bergmann (2004): Neue Arbeit, neue Kultur. Arbor Verlag. Freiamt
Fritjof Bergmann (2005): Die Freiheit leben. Arbor Verlag. Freiamt

1) Die Pläne für den roten Sportwagen exitieren laut Bergmann und wurden mit SlumbewohnerInnen entwickelt. Der Wagen soll sowohl Kleintiere wie Ziegen befördern aber auch für das Wochenende zum Cabriolet umgebaut werden können. Laut Bergmanns Angaben können die Bestandteile des Autos über das Internet bestellt werden und eine einfache Garage sollte für den Zusammenbau ausreichen. Auf der Webseite der Neuen Arbeit werden einige High Tech Produkte vorgestellt. http://www.newwork-newculture.net
2) Ausgenommen ist die sexuelle Betätigung, da in dem Bereich nur wenig befriedigende Arbeitsverhältnisse begründet werden können.

Fetisch Arbeit

Maria Wölflingseder

Ausschnitt aus einem Buchbeitrag in **„Land der Hämmer – Zukunftsreich?“**, herausgegeben von der Gruppe **„unicum:mensch“** an der Salzburger Universität um **Univ.Prof. Clemens Sedmak.** Nur bei www.unicummensch.org, unicuminfo@gmx.net erhältlich.

Die „Arbeit“ ist ihrem Wesen nach die unfreie, unmenschliche, ungesellschaftliche Tätigkeit.
Karl Marx

Alle fordern Arbeit, Arbeit, Arbeit! Manche fordern eine bedarfsorientierte Grundsicherung, andere ein bedingungsloses Grundeinkommen. Aber niemand hinterfragt die Hintergründe der menschenverachtenden, absurden Verhältnisse, die heute in der Arbeitswelt herrschen. War es nicht ein uralter Menschheitstraum weniger arbeiten zu müssen, um endlich Zeit fürs „eigentliche Leben“ zu haben? Nicht das fürs Überleben notwendige Arbeiten sollte doch im Mittelpunkt stehen, sondern alles jenseits der bloßen Bedürfnisbefriedigung: Die Muße, die Kunst, das Spiel, die Philosophie, alles, was das eigentlich Menschliche ausmacht. Heute wäre es endlich möglich, diesen Traum zu verwirklichen. Aufgrund der enorm gestiegenen Arbeitsproduktivität könnten alle Menschen auf der Erde bei – im historischen Vergleich – geringem Aufwand gut versorgt werden. Trotz des Absterbens der Arbeit entpuppt sie sich als totalitäre Macht, die keinen Gott neben sich duldet. Heute beten wir die Arbeit noch immer wie einen Fetisch, wie ein Zaubermittel an.

Arbeit – so heißt die Tätigkeit der Sklaven

Ein Blick ins etymologische Wörterbuch und in Bücher, die die Geschichte der Arbeit aufzeigen, genügt, um unser sklavisches Verhältnis zur Arbeit besser zu verstehen.
Der Begriff „Arbeit“ hängt mit einem germanischen Verb zusammen, das „verwaist sein, ein zu schwerer körperlicher Tätigkeit verdingtes Kind sein“ bedeutet; noch im Mittelhochdeutschen meint es „Mühsal“, „Plage“, „unwürdige Tätigkeit“. Dem englischen „labour“ liegt das lateinische „labor“ zugrunde: „Leid“, „Mühsal“, „Anstrengung“. Das französische „travailler“ und das spanische „trabajo“ leiten sich aus dem lateinischen „tripalium“ ab: eine Art Joch, das zur Folter und Bestrafung von Sklaven und anderen Unfreien eingesetzt wurde. Auch das russische „robota“ kommt aus dem altslawischen „rob“, das „Sklave“, „Knecht“ heißt.
„Die Moral der Arbeit ist eine Sklavenmoral, und in der modernen Welt bedarf es keiner Sklaverei mehr“, sagte der englische Wissenschaftler und Nobelpreisträger Bertrand Russel.

Bis zur Antike gab es den Begriff „Arbeit“ überhaupt nicht. Das Wort „Arbeit“ entstand erst als Bezeichnung einer fremdbestimmten Tätigkeit unter Aufsicht und Befehl von anderen Personen. Davor gab es nur Bezeichnungen für die konkreten Tätigkeiten, aber keine Abstraktion, wie das Wort „Arbeit“, die die Verausgabung von Arbeitskraft bedeutet, deren Ziel, deren Inhalt den Ausführenden gleichgültig ist. Das war z. B. die Fronarbeit, heute ist es die Lohnarbeit, also *irgendeine* Tätigkeit, um Geld zu verdienen.
Während in vorkapitalistischen Zeiten die Arbeit als notwendiges Übel angesehen wurde, war der Beginn der Neuzeit der Anfang ihrer ideologischen Verklärung. Sie wurde zur „anthropologischen Konstante“ erhoben, also als dem Menschen angeboren. Mit aller nur erdenklichen brachialen Gewalt wurde den Menschen das Arbeitsprinzip, das Arbeitsethos eingebläut. Es dauerte Jahrhunderte, um den Menschen ihren eigenen Rhythmus der Tätigkeiten zu verbieten und sie zum maschinengleichen Arbeiten in den Fabriken zu zwingen.
Interessant ist folgende Entwicklung, an der die Kapitulation des Widerstandes abzulesen ist. Der ersten Generation von Fabriksarbeitern wurde die Bedeutung von Zeit eingebläut: Niemand lebte damals „nach der Uhr“. Nun aber mussten sich die Menschen einem fremden Kommando, einem fremden Takt unterwerfen. Die heutige Gleichsetzung von Zeit mit Geld hatte begonnen. Die zweite Generation kämpfte für den Zehn-Stunden-Tag; die Menschen wurden ja gezwungen bis zu 16 Stunden zu schuften. Die dritte Generation schließlich hatte die Kategorien der Fabriksherren akzeptiert und verlangte nur mehr einen Überstundenzuschlag. Heute ist es in den industriell entwickelten Ländern gar nicht mehr notwendig, Zwang auszuüben, er wurde gänzlich verinnerlicht. Er wurde zur „zweiten Natur“ des Menschen. Arbeitssucht und Burn-out sind zu einem nie gekannten Problem geworden. Viele 60-, 50-, ja 40-Jährige sterben an Herzinfarkt und Gehirnschlag – kurz gesagt an Überarbeitung, wie die Angehörigen beklagen.
Erhellend ist auch der Zusammenhang zwischen der Entwicklung des Kapitalismus und der Entwicklung der Feuerwaffen. Die Destruktivkraft, die beiden innewohnt, verquickte sich auf fatale Art. Nach der Erfindung des Schießpulvers und der Gründung von Heeren wurde, um diese zu unterhalten, die Steuerlast drastisch erhöht. Was wiederum einen Anstieg der Arbeitslast zur Folge hatte. Es wurde erkannt, dass die Geld- und Warenform besser als die herkömmlichen Feudalbeziehungen dazu taugte, Heere und die neuen Vernichtungstechnologien zu organisieren. Auch heute stehen vier Fünftel der gesamten naturwissenschaftlichen und technischen Forschung im Dienst des Militärs. Die meisten High-

Tech-Produkte sind Nebenprodukte der Kriegstechnologie.
Die Maschine und das Fließband wurden nicht zur Erleichterung menschlicher Mühe erfunden und nicht zum besseren Umgang mit der Natur, sondern um schneller aus Geld mehr Geld zu machen. Jede menschliche Tätigkeit wird seither danach bemessen, ob sie Geld bringt, ob sie finanziell verwertbar ist. Der Mensch stellt nicht Produkte her, die sinnvoll sind (z. B. schadstofffreie Nahrung, langlebige und ökologisch verträgliche Gebrauchsgegenstände), sondern v. a. solche, die sich am besten zu Geld machen lassen. Der Kapitalismus hat also in vielfacher Weise mehr mit Tod als mit Leben zu tun.
Immanuel Wallerstein schreibt bzgl. der Entstehung des Kapitalismus: „Ohne Zweifel arbeitet die Weltbevölkerung heute härter – mehr Stunden pro Tag, pro Jahr, pro Lebenszeit." Trotzdem steht „die große Mehrheit der Bevölkerung der Welt objektiv und subjektiv materiell schlechter da als in vorangegangenen historischen Systemen ... und sie ist politisch schlechter dran als früher." (Der historische Kapitalismus, Hamburg 1984)

Die mörderische Warenlogik ist totalitär geworden

Fehlt es nur am politischen Willen – wie immerzu beteuert wird? Könnten damit wirklich die Arbeitslosigkeit und alle sozialen Probleme gelöst werden? Oder ist ein Grundeinkommen die Lösung? Ein (ausreichend hohes bedingungsloses) Grundeinkommen kann durchaus eine Erleichterung *innerhalb* des Kapitalismus darstellen. Es kann mithelfen dem Vollbeschäftigungsmythos endgültig den Garaus zu machen. (Nahezu Vollbeschäftigung gab es bei uns nur kurze Zeit, und nur, weil ein Großteil der Frauen nicht erwerbstätig war.) Es kann bewirken, dass Menschen nicht vom AMS schikaniert werden und nicht mehr über die Lohnarbeit definiert werden. Aber es ändert noch nichts an der wahnwitzigen kapitalistischen Logik.
Alle wollen den Kapitalismus gerecht*er*, human*er* und ökologisch*er* machen, aber in Frage stellt ihn niemand! Niemand hinterfragt die mörderische Warenlogik, die den Kapitalismus ausmacht. Im Kapitalismus ist es oberstes Prinzip, Profit zu machen, also Geld zu vermehren, (Mehr-)Wert zu schaffen. Das verlangt unendliches Wachstum und Konkurrenz. Arbeit dient nicht dazu – und sie dient immer *weniger* dazu –, für die Menschheit Sinnvolles und Notwendiges herzustellen oder zu verrichten, sondern das Kriterium ist einzig und allein, *was lässt sich verkaufen*. Ob es mensch- und naturverträgliche Produkte und Produktionsweisen sind, ist nicht die Frage.
Die immanenten Gesetze des Kapitalismus führen dazu, dass alle Bereiche des Lebens durchkommerzialisiert werden: Wer hätte es je für möglich gehalten, dass Post, Bahn, Schulen, Krankenhäuser und immer mehr auch zwischenmenschliche Bereiche nach beinharten marktwirtschaftlichen Kriterien funktionieren müssen. Das liegt aber nicht am fehlenden politischen Willen, sondern in der Natur des Kapitalismus.
Wie kam es dazu? Reichtum existiert in der modernen kapitalistischen Gesellschaft immer doppelt: als sinnlich-stofflicher Reichtum (Nahrung, Häuser, Kleidung etc.) und als Geldreichtum. Der sinnlich-stoffliche Reichtum hat aber keine eigene Existenzberechtigung, sondern nur eine als abstrakter Geldreichtum; also, wenn er zur Ware wird. In der kapitalistische Gesellschaft wäre es überhaupt kein Problem, genug Güter für alle bereitzustellen, es ist nur ein Problem, sie immerzu in Geld, in Ware, in Wert zu verwandeln (daher der Begriff „Wertkritik"). Es muss also alles ver-wert-et werden.
Der Knackpunkt ist folgender: Die allgemeine Finanzierungskrise ist keine Erfindung übel wollender Herrschender. Sie ist die logische Folge der Entkoppelung der Reichtumsproduktion von der Arbeit. Das heißt, es könnten problemlos alle Menschen auf der Erde gut versorgt werden, ohne dass alle 40 Stunden arbeiten müssten. Die Menschen verdienen dann zwar weniger oder kein Geld, aber es ist ohnehin alles in Hülle und Fülle vorhanden. Also steht das Geld bzw. der Zwang Geld haben zu müssen nur mehr als Hindernis zwischen den Menschen und ihrer Versorgung! Deshalb klafft das, was für die Wirtschaft gut ist und das, was für die Menschen gut ist, immer weiter auseinander! Jedoch wird stets versucht, uns das Gegenteil einzubläuen.
Die mörderische Warenlogik, der Zwang, dass alles erst zur Ware werden und gekauft werden muss, bevor es genossen werden darf, ist totalitär geworden. Der Wert ist kein krudes wirtschaftliches Ding, sondern totale gesellschaftliche Form: auch Subjekt- und Denkform. Die Forderung, die Politik müsse wieder mehr Verantwortung übernehmen, zeugt von wenig Kenntnis über das Wesen des Kapitalismus. Was soll denn Politik heute ausrichten? Politik und mit ihr Demokratie sind Hand in Hand mit dem Kapital groß geworden. Sie sind eisern aneinander gekettet. Demokratie, Marktwirtschaft und (Menschen-)Rechte sind nur Wurmfortsätze des Kapitalismus. Paul Valéry schrieb: „Politik ist die Kunst, die Leute daran zu hindern, sich um das zu kümmern, was sie angeht."
Das moderne demokratische Bewusstsein ist Ausdruck des warenförmigen Denkens, das seine eigenen Schranken nicht einmal mehr erkennen kann und sich deshalb jede Lösung der sozialen Probleme nur auf der Basis von Arbeit und Geld im Rahmen von Wirtschaftswachstum vorstellen kann. Für die meisten Menschen ist eine selbstbestimmte Produktion und Verteilung von Gütern ohne Tausch und ohne Zwang undenkbar. Woher rührt bloß die panische Angst, über die todbringende Logik des kapitalistischen Systems hinauszudenken?
Die Forderung nach Solidarität und Mitgefühl kann heute nur noch heißen: Angriff auf die Herrschaft

der heutigen Form von Arbeit und Ökonomie. Auch mit einem Grundeinkommen würde die mörderische Warenlogik nicht durchbrochen werden, weil das Geld, das verteilt wird, nicht einfach gedruckt werden kann. Es muss unter kapitalistischen Bedingungen erwirtschaftet werden. Diese Bedingungen bedeuten aber längst nur mehr eine Abwärtsspirale, die nichts und niemand mehr aufhalten kann. Kapitalismus kennt nur mehr den irrationalen Selbstzweck, bis ans Ende aller Zeiten aus Geld mehr Geld zu machen. Innerhalb des Kapitalismus ist keine emanzipatorische Perspektive mehr möglich. Er ist an seine eigenen Grenzen gestoßen.

Maria Wölflingseder

Literatur:
Dead Men Working. Gebrauchsanweisungen zur Arbeits- und Sozialkritik in Zeiten kapitalistischen Amoklaufs, hg. von Ernst Lohoff, Norbert Trenkle, Karl-Heinz Lewed, Maria Wölflingseder, Münster 2004, 2. Auflage 2005.
Manifest gegen die Arbeit, hg. von der krisis Nürnberg, siehe www.streifzuege.org.
Zeitschrift Streifzüge: www.streifzuege.org (weitere Texte zur Arbeitskritik auf unserer Homepage).

Maria Wölflingseder, Dr. phil., geb. 1958 in Salzburg, seit 1977 in Wien. Studium der Pädagogik und Psychologie.
Arbeitsschwerpunkt: Analyse und Kritik von Esoterik, Biologismus und Öko-Feminismus. Zahlreiche Publikationen.
Gemeinsam mit Gero Fischer Herausgabe von „Biologismus – Rassismus – Nationalismus. Rechte Ideologien im Vormarsch“, Wien 1995.
Gemeinsam mit Ernst Lohoff u.a. Herausgabe von „Dead Men Working. Gebrauchsanweisungen zur Arbeits- und Sozialkritik in Zeiten kapitalistischen Amoklaufs“, Münster 2004.
Seit 1996 Mitherausgeberin der wertkritischen Zeitschrift Streifzüge (www.streifzuege.org).
Nicht nur in der Theorie zu Hause, sondern auch in der Literatur, insbesondere in der slawischen. Veröffentlichungen von Lyrik in Zeitschriften und Anthologien sowie Buch-Rezensionen.

Lehrlingsausbildung: Entzauberter Mythos?

Peter Schumacher

Das österreichische Modell der Berufsausbildung im Rahmen der dualen Lehre hat seine unbestreitbaren Stärken und Verdienste. Ob es auch weiterhin als Erfolgsmodell bezeichnet werden kann, hängt maßgeblich davon ab, ob sich die Bildungspolitik wirklich zu weitreichenden Reformschritten aufrafft.

Das Hauptproblem der Lehrlingsausbildung ist mit ihrem Hauptvorteil eng verknüpft:
Die Ausbildung von Jugendlichen in echten Wirtschaftsbetrieben ist hinsichtlich der Möglichkeit, konkrete lebensweltliche Erfahrungen zu machen, unübertroffen. Auch die Arbeitsmarktnähe kann der Berufsbildung in Lehrbetrieben nicht abgesprochen werden. Dennoch bedingt gerade die Vielzahl an Lehrberufen (etwa 180 in Tirol ausgebildete Lehrberufe) an einer Vielzahl von Ausbildungsplätzen (knapp 5.000 Lehrbetriebe in Tirol) die Unmöglichkeit, die Ausbildung der Lehrlinge im Rahmen eines standardisierten aufbauenden Bildungsprogramms sicherzustellen. Minimalste Grundanforderungen an pädagogisches Handeln sind bei der Lehrlingsausbildung weitgehend nicht im Ansatz vorhanden: Zieldefinitionen, Lernfortschrittskontrollen, Evaluation der Ausbildungsqualität, TrainerInnenfortbildung, usw..

Mit der Ausnahme ganz weniger eher größerer oder sehr großer Industriebetriebe im Lande passiert Lehrlingsausbildung im Regelfall „nebenher“. Das heißt nicht zwangsläufig schlecht, da zweifellos in vielen Lehrbetrieben tüchtige Jugendliche auf ambitionierte ältere KollegInnen, fürsorgliche Vorgesetzte und eine breite und interessante wirtschaftliche Auftragslage stoßen. Überall dort, wo es an einem dieser Eckpunkte aber hapert, liegen die Dinge im Argen. Und so gibt es neben den eindrucksvollen Belegen hervorragender Ausbildungsleistungen eine Dunkelziffer an miserablen Beschäftigungsverhältnissen, deren Bezeichnung als „Lehre“ nur zynisch gemeint sein kann.

Warum dies möglich ist, legen die strukturellen Schwachstellen des Systems offen: keine vorgeschriebene lernbegleitende Erfolgskontrolle, keine systematische Weiterbildung der LehrlingsausbilderInnen, keine standardisierte und überprüfbare Zusammenarbeit von Lehrbetrieb und Berufsschule zur Sicherung des Theorie-Praxis-Transfers.

Kein Wunder also, dass die Lehrlingsausbildung im sich zunehmend verschärfenden Wettbewerb der Bildungswege immer mehr an Boden verliert. Es gelingt den weiterführenden Schulen einfach besser und glaubwürdiger, umfassende Ausbildungen und Qualifizierungen für den Nachwuchs zu propagieren. Die verstärkte Tendenz bei den Eltern, ihre Kinder beim Vorliegen auch nur halbwegs passab-

ler Pflichtschulleistungen nach Kräften in eine weiterführende Schulausbildung zu schicken, führt zu einem „Creaming-Out“ bei den Lehrlingen selbst, welche sich in zunehmenden Maße aus den Schichten am unteren Bildungsrand rekrutieren.

Überhaupt muss festgestellt werden, dass die Lehrlingsausbildung von der Politik immer mehr als sozialpolitisch intendierte „Arbeitslosigkeitsvermeidungsinstitution“ verstanden und gefördert wird und immer weniger als berufsfachliches Qualifikationssystem. Wie anders ist es zu erklären, dass sämtliche legistischen und politischen Maßnahmen der letzten Jahre ausschließlich darauf abzielten, den Betrieben die Aufnahme von Jugendlichen ins Lehrverhältnis schmackhaft zu machen. Ob das, was dort dann geschieht, die Bezeichnung „Berufsausbildung“ verdient, interessierte in der Folge niemanden mehr.

Auch die im Koalitionsübereinkommen der neuen Bundesregierung festgelegten Vorhaben betreffend der Berufsausbildung lassen erahnen, dass sich die Wünsche der Arbeitgeberseite nach möglichst hoher Disponibilität über junge Arbeitskräfte gegenüber dem Anspruch an eine kontinuierlich aufbauende berufliche Qualifizierung durchgesetzt haben. Mit der Fortschreibung des sogenannten „Blum-Bonus“, der Betrieben für die Aufnahme zusätzlicher Lehrlinge (das sind auch erstmalig aufgenommene Lehrlinge) einen Geldsegen von monatlich € 400,-- im ersten, € 200,-- im zweiten und € 100,-- im dritten Lehrjahr verheißt (dies zusätzlich zur ohnehin bestehenden Jahresprämie von € 1.000,-- je Lehrling) sowie der geplanten Kündbarkeit von Lehrlingen zum Ende des ersten und zweiten Lehrjahres werden Lehrlinge zwar weiterhin billiger und seitens der Betriebe problemloser zu handeln; das Wort Qualitätsverbesserung sucht man im Regierungsübereinkommen hingegen vergeblich.

Überhaupt steht die Lehrlingsausbildung auch soziologisch für eine nicht erst seit den Pisa-Studien festzustellende Spaltung der österreichischen Gesellschaft. In kaum einem anderen europäischen Land bestehen derart frühe Selektionsmechanismen, was soziale Ungerechtigkeit schon von vornherein verstärkt. Spätestens ab dem 3. Jahr der Volksschule ihrer Sprösslinge beginnt bei den Eltern nämlich der Stress, in welche der österreichischen Bildungs- (= Karriere-, = Einkommens-) Hemisphären das Kind denn geraten solle. Vor allem in den städtischen Ballungszentren verspricht der gelungene Sprung ins Gymnasium, die höheren Weihen der Maturität zu erreichen. Es ging und geht immer mehr schon bei der Schullaufbahnplanung keineswegs um an der individuellen Person des Kindes und Jugendlichen orientierte Bildungsangebote sondern um die Positionierung im gesellschaftspolitischen Prestige- und Verteilungskampf.

Forderungen an ein Lehrlingswesen, das dem Anspruch an qualifizierte FacharbeiterInnenausbildung ebenso gerecht werden soll wie dem Ziel einer breiten und prestigeunabhängigen Bildungsbeteiligung, wären zunächst folgende:

1) Sofortige Abschaffung des Blum-Bonus und Umleitung der dafür reservierten Gelder in überbetriebliche Ausbildungseinrichtungen sowie zur gezielten Förderung von Lehrbetrieben nach Maßgabe strenger Qualitätskriterien.

2) Einführung von Qualitätssicherungselementen in der Lehre: Verpflichtende Ausbildungspläne in den Betrieben, Ausbildungsnachweise der Lehrlinge, geregelte Kooperationsmodelle zwischen Berufsschulen und Betrieben, verpflichtende Weiterbildung der LehrlingsausbilderInnen.

3) Einführung schulischer Modelle, die eine spätere äußere Differenzierung der PflichtschülerInnen garantieren (Gesamtschule).

Peter Schumacher
Leiter der Jugendabteilung
der Tiroler Arbeiterkammer

Der Beitrag gibt seine persönliche Meinung wieder.

Märchen- und Qigong - Seminar
Entspannung für Körper Geist und Seele
Ritten (Südtirol)

Märchen sind Geschichten, die uns verschlüsselt Auskunft geben wie Verstrickungen zu lösen sind und persönliche Entwicklung gelingen kann. QiGong besteht aus sanften Bewegungsübungen, die uns unsere Lebensenergie spüren lassen und uns lehren sie zu lenken.
Im Seminar werden wir Entspannung finden und Vitalität gewinnen bei Qigong, Wanderungen zu vorchristlichen Kultplätzen und beim Eintauchen in die Welt der Märchen mit Rollenspiel und Phantasiereisen.

Freitag, 4.5.07 - Sonntag, 6.5.07 Lengstein Südtirol http://www.gasthof-schwaiger.it/gasthof.html
Wer: Vera Pezzei (europ. Qigong-Institut Chen) Andrea Trenkwalder-Egger (Sozialth. Rollenspiel)
Wieviel: 210 Euro (Seminargebühren + Vollpension im Doppelzimmer)
Anmeldung an: trenkwalder-egger@tele2.at http://home.tele2.at/maerchen-seminar/

Arbeitslosenstatistik

Lukas Wurz

„*Wir haben im Westen Österreichs in den meisten Bezirken nach EU-Kriterien Vollbeschäftigung*“, erzählte Minister Bartenstein am 30. Jänner 2007 der Tiroler Tageszeitung. Ob es ihm dabei die Schamesröte ins Gesicht trieb, verschweigt uns das Blatt.

„Vollbeschäftigung“ wird schon in der Präambel der Regierungsvereinbarung als ein zentrales Ziel der großen Koalition genannt. Ein hehres Ziel angesichts der offiziell knapp 240.000 im Jahresdurchschnitt 2006 als arbeitslos erfassten Menschen. Umso überraschender also, dass Minister Bartenstein von „Vollbeschäftigung“ im Westen Österreichs spricht. Denn auch in Tirol waren 2006 im Jahresdurchschnitt 16.700 Menschen als arbeitslos erfasst. Sind 16.700 Menschen also nichts?

In gewisser Weise ja, meinen viele WirtschaftswissenschafterInnen. Denn es gäbe immer eine gewisse Grundarbeitslosigkeit. In der Arbeitslosenstatistik finden sich nämlich bei Weitem nicht nur Menschen wieder, die gerade einen Job aufgegeben oder verloren haben und sich einen neuen suchen, sondern auch jene, die auf Grund von Ausbildungsdefiziten, Erkrankungen, Betreuungsverpflichtungen oder anderer Umstände gar keine Chance haben, einen Arbeitsplatz zu finden. Und darüber hinaus ist es eben auch so, dass in Österreich mehr als ein Drittel der unselbständig Beschäftigten ein Mal im Jahr ihren Job verlieren oder aufgeben (müssen). Selbst wenn diese Menschen alle innerhalb eines Monats einen Job finden könnten, ergäbe sich aus der Wartezeit eine statistische Grundarbeitslosigkeit. Am Beispiel etwa Tirols mit 286.000 unselbständig Beschäftigten bedeutet dies eine Grundarbeitslosigkeit von etwa 7.950 Menschen im Jahresdurchschnitt, die nur entsteht, weil Menschen in einem Monat die bisherige Beschäftigung aufgeben und eine neue Arbeitsstelle erst im nächsten Monat antreten. Rechnet mensch dazu eben noch Personen, die – aus welchen Gründen auch immer – zwar arbeitslos gemeldet sind, aber gar keine Chance oder Wunsch haben, eine Beschäftigung aufzunehmen und daher die Statistik für länger als nur ein Monat „belasten“ (die arme Statistik! Sie wird übrigens im Schnitt von jeder arbeitslos gemeldeten Person 87 Tage, also weit länger als ein Monat, „belastet“), dann sind die 16.700 arbeitslosen Menschen in Tirol ja geradezu eine Spitzenleistung. So sieht es zumindest Minister Bartenstein, wenn er sich im Dschungel neoliberaler Wirtschaftswissenschaften und Ideologie verirrt und mit Worten wie *„natürliche Arbeitslosigkeit“* im Mund wieder die Orientierung findet[1].

Wo die Natur zur Erklärung offenkundig anthropogener Problemlagen herangezogen wird, ist höchste Vorsicht geboten: Da stimmt was nicht! Wenn Bartenstein von „Vollbeschäftigung“ im Westen Österreichs spricht, so meint er eine Arbeitslosenquote von weniger als 4 % (*„mit einer drei vor dem Komma“*[2]). Wie er zu dieser Definition von Vollbeschäftigung kommt, bleibt unklar: In den späten Sechzigern galt eine durchschnittliche Arbeitslosigkeit von einem Prozent als „Vollbeschäftigung“, Anfang der Achtziger zwei Prozent. Ab Mitte der Achtziger ging als „Vollbeschäftigung“ noch durch, was einen Zweier vor dem Komma hatte. Und Ende der Neunziger wurde die Vollbeschäftigungslatte auf drei Prozent gelegt[3]. So gesehen befindet sich Bartenstein mit seiner Vollbeschäftigungsdefinition ja geradezu im Trend. Er will uns weismachen, dass selbst vier Prozent Arbeitslosigkeit noch „Vollbeschäftigung“ darstellen.

Aber vier Prozent wovon? Und wo sind eigentlich diese vier Prozent, wenn doch Tirol im Jahr 2006 eine durchschnittliche Arbeitslosenquote von 5,5 % hatte (das ebenfalls „westliche“ Vorarlberg 6,2 %)?

Arbeitslosenstatistik ist nicht gleich Arbeitslosenstatistik. Seit Bestehen des Hauptverbands der Sozialversicherungsträger werden in Österreich Arbeitslosenquoten gebildet, in dem alle beim Hauptverband als unselbständig beschäftigt und (beim AMS als) arbeitslos gemeldeten Menschen zum „Arbeitskräftepotential“ addiert und dann der Anteil der arbeitslosen Menschen an diesem Arbeitskräftepotential eruiert wird. Zwei einfache Kopfrechnungen, deren Ergebnis im TechnokratInnen-Sprech „Registerquote“[4] oder „Nationale Berechnungsmethode“ genannt wird.

Nachdem aber im Zuge des so genannten Lissabon-Prozesses EU-weit vergleichbare Arbeitslosenstatistiken benötigt wurden und viele Länder Europas nicht über vollständige Beschäftigungsregister verfügen, müssen diese vergleichbaren Statistiken anders erstellt werden: über den Mikrozensus[5]. Dazu werden in Österreich knapp mehr als 4.500 Haushalte befragt und die so gewonnenen Ergebnisse hochgerechnet. Als erwerbstätig gelten (anders als bei der Registermethode) dabei nicht nur unselbständig erwerbstätige Menschen, sondern alle Menschen, die angeben, in der Erhebungswoche zumindest eine Stunde erwerbstätig gewesen zu sein[6]. Das umfasst somit auch alle jene, die selbständig erwerbstätig sind, aber auch geringfügig Beschäftigte oder sogar Menschen, die im Betrieb des Partners oder der Partnerin zumindest eine Stunde mitgearbeitet haben. Der Erwerbstätigenbegriff nach dieser Erhebungsmethode ist so weit gefasst, dass er so genannte „Schwarzarbeit“ und sogar gesetzlich verbotene Erwerbstätigkeit (wie etwa Drogenhandel, Hehlerei o. Ä.) miteinschließen kann. Als arbeitslos wiederum gilt nur, wer im letz-

ten Monat keiner Erwerbstätigkeit nachgegangen ist, sich jedoch im Verlauf der letzten zwei Wochen vor dem Erhebungszeitpunkt aktiv um Arbeit bemüht hat und binnen zweier Wochen eine Beschäftigung antreten könnte.

Während also der Begriff der Erwerbsarbeit nach der EU-einheitlichen Erhebungsmethode weit mehr Menschen erfasst als die Zahl der unselbständig Erwerbstätigen nach der Registermethode, ist der Anteil der arbeitslosen Menschen nach der EU-Methodik im selben Vergleich deutlich niedriger. So werden etwa geringfügig Beschäftigte, die nach der österreichischen Methode nicht als erwerbstätig gelten (und sogar Leistungen der Arbeitslosenversicherung erhalten können), nach der EU-Methode als erwerbstätig erfasst. Und so kommt es, dass im Dezember 2006 die Registerarbeitslosigkeit bei 7,9 % lag, nach der EU-Methode aber nur bei 4,7 % errechnet wurden[7]. Dieses Wissen im Hinterkopf muss Bartensteins Statement gegenüber der Tiroler Tageszeitung neu gelesen werden. Der Verweis auf *„EU-Kriterien"* bezieht sich wider Erwarten nicht auf das Wort *„Vollbeschäftigung"*, sondern auf die im Satz selbst gar nicht angesprochene Erhebungsmethode zur Erstellung der Arbeitslosenrate. In der Konsequenz beantwortet das vielleicht auch die Frage, wie die im Regierungsprogramm angekündigte Vollbeschäftigung bis zum Ende der Legislaturperiode erreicht werden soll: Mit der Umstellung der Berechnungsmethode einerseits und der Neudefinition von „Vollbeschäftigung" (oder Wahlweise der „natürlichen Arbeitslosigkeit") andererseits.

Genaugenommen gibt es da auch noch ein paar andere Schrauben im System, an denen gedreht werden kann. Bereits die Regierung Klima ging 1997/98 dazu über, arbeitslose Menschen vor der Statistik zu verstecken. In formeller Umsetzung eines EU-Programms weitete sie die Zahl der Schulungen für lohnarbeitslose Menschen deutlich aus. Während Ende der Achtziger im Jahresdurchschnitt ca. 10.000 Menschen pro Monat eine Schulungsmaßnahme des AMS besuchten, waren es im Jahr 1998 bereits etwa 20.000. Im Durchschnitt des Jahres 2006 besuchten 57.500 Menschen eine Schulungsmaßnahme des AMS. Der Schmäh dahinter: In Schulung befindliche Personen stehen dem Arbeitsmarkt formell gerade nicht zur Verfügung und sind daher nicht in die Arbeitslosenstatistik aufzunehmen. In der Praxis ist das selbstverständlich ein ‚Holler': Mehr als 80 % aller KursteilnehmerInnen sind gezwungen, völlig sinnentleerte Kurse ohne Aus- oder Weiterbildungswert zu besuchen, deren einziges Ziel die Vermittlung ist. Sie sind existenziell von den finanziellen Leistungen des AMS abhängig und unter ständiger Gefahr der Leistungssperre mehr als alle anderen Menschen in Österreich gezwungen, ohne Wenn und Aber dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen, scheinen aber in der Arbeitslosenstatistik nicht auf.

Ebenfalls existenziell von Leistungen des AMS abhängig, aber in der Arbeitslosenstatistik nicht zu finden sind arbeitslose Menschen, die sich gerade im Krankenstand befinden (zwischen 7.000 und 11.000 Menschen pro Monat), BezieherInnen eines so genannten Pensionsvorschusses[8] (ca. 20.000 Menschen) oder des so genannten „Übergangsgeldes"[9] (ca. 8.000 Menschen, Tendenz stark steigend). Zu ergänzen ist die Arbeitslosenstatistik außerdem um Menschen, deren Leistung gerade nach § 10 AlVG gesperrt ist (ca. 1.600 Menschen im Monat), die auf Grund eines „zu hohen" (PartnerInnen) -einkommens keine Notstandshilfe erhalten und arbeitsfähige BezieherInnen von Sozialhilfe (ca. 22.000 Menschen). Getrickst wird im Übrigen nicht nur bei der Arbeitslosenstatistik, sondern auch bei der Zahl der Beschäftigten. In ihr sind nämlich auch Zivil- wie Kriegsdiener und sogar BezieherInnen von Kinderbetreuungsgeld enthalten, obwohl diese i. d. R. keiner Erwerbsarbeit im eigentlichen Sinn nachgehen. Mit dem Ziel der Erfassung einer sich nicht an bürokratischen Definitionen, sondern der Lebensrealität der Betroffenen orientierenden Darstellung der Zahl lohnarbeitsloser Menschen in Österreich muss also festgestellt werden, dass die Zahl der Erwerbstätigen Monat für Monat um etwa 100.000 Menschen zu hoch, die der Lohnarbeitslosen hingegen um ca. 115.000 Menschen zu niedrig angegeben ist. Dies berücksichtigend läge die Arbeitslosenrate in Österreich im Jänner 2007 nach der Registermethode nicht bei 8,3 %, sondern bei 11,5 % und damit mehr als doppelt so hoch wie die zu erwartende Arbeitslosenrate nach der EU-weiten Methodik (die quasi zeitverzögert berechnet werden muss und daher bei Redaktionsschluss noch nicht vorliegt) von etwa 5,3 Prozent.

Statistiken sind immer nur EINE mögliche Darstellungsform einer Realität und unterliegen politischen Erwägungen und Zielsetzungen. Selbstverständlich lassen sich für und gegen jede Darstellungsform Argumente finden: Die EU-weite Methodik berücksichtigt durchaus Aspekte, die positiv zu bewerten sind (etwa die Erfassung von starker sozialer wie politischer Diskriminierung ausgesetzten Gruppen wie SexarbeiterInnen oder MigrantInnen ohne legalen Zugang zum Arbeitsmarkt). Im Gegenzug darf an der im letzten Absatz am Beispiel der Registermethode vorgenommene Vergleichsrechnung kritisiert werden, dass sie viele erwerbsorientierte Menschen ohne praktischen Zugang zum Arbeitsmarkt nicht berücksichtigt (viele Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit speziellen Bedürfnissen, Menschen aus Regionen mit schlechter Infrastruktur usw.). Das Problem liegt daher nicht unbedingt in der Ausgestaltung einer Statistik, sondern in der Praxis der regelmäßigen Neudefinition der zu berücksichtigenden Kriterien: Tatsächlich hat sich jener Wert, um den die Arbeitslosenrate in Österreich oszilliert in den letzten dreißig Jahren deutlich erhöht (nämlich von etwa 1,9 % in den Siebzigern auf

etwa 7 % im Jahresdurchschnitt seit 2000). Dies aber mit Verweis darauf, dass es „eben nun halt Mal so ist“, als naturgegeben darzustellen blendet all jene Aspekte aus, die das Problem erst schaffen: Neue Beschäftigungsformen, der häufige Wechsel zwischen unterschiedlichst ausgestalteten Formen der selbständigen und unselbständigen Erwerbstätigkeiten, die politische Förderung der Tendenz zur Umwandlung von Normalbeschäftigungsverhältnissen in Teilzeitbeschäftigung und „atypische Beschäftigungsformen“, vor allem aber die Verkürzung der durchschnittlichen Beschäftigungsdauer pro Arbeitsverhältnis von weit über 10 Jahren in den Siebzigern auf 1,8 Jahre heute. Diese Entwicklung war nicht naturgegeben, sondern wurde politisch angestrebt – etwa via Schaffung sachpolitisch nicht begründbarer Beschäftigungsformen mit reduziertem sozialrechtlichem Schutz – und erreicht. Aus dieser Erkenntnis folgt aber auch, dass diese Entwicklung umkehrbar ist: Nicht durch Zurückdrehen der Zeit (etwa mit dem Ziel, lebenslange Beschäftigung im selben Betrieb vom Lehrantritt bis zur Pension wieder zum Standard zu machen), sondern durch Schaffung eines arbeitsrechtlichen und sozialrechtlichen Sicherungssystems, das die Sicherung der Menschen und nicht etwa die gesellschaftliche Segmentierung an Hand des Erwerbsstatus, der Ausbildungssituation oder gar des Geschlechts[10] eines Menschen ins Zentrum stellt. Es bedarf etwa eines einheitlichen ArbeitnehmerInnenbegriffs, der jede Form unselbständiger Erwerbstätigkeit den gleichen sozial- wie arbeitsrechtlichen Schutznormen unterstellt. Es bedarf aber auch einer bedarfsorientierten Grundsicherung, die in der Lage ist, die Folgen häufiger Job- wie Erwerbsformenwechsel wie etwa zu niedrige Schutzniveaus in der Arbeitslosenversicherung und der Sozialhilfe (aber auch der Kranken- und Pensionsversicherung) abzufangen. Und all das bleibt wirkungslos, so lange das niederschwellige Angebot an sozialen Betreuungs- und Beratungseinrichtungen wie auch der Zugang zu Ausbildung und Qualifikation nicht deutlich verbessert wird. Die Lebensrealität der Betroffenen verändert sich nämlich nicht durch bloße Neuinterpretation und Adaption der Messkriterien...

Lukas Wurz
Sozialpolitischer Referent des
Grünen Klubs im Parlament

[1] Der Begriff „natürliche Arbeitslosigkeit“ wurde von Milton Friedman geprägt und bezeichnet einen Wert, um den die Arbeitslosigkeit in der Regel schwankt. Da in Friedmans Ideologie Arbeitslosigkeit eine Voraussetzung für einen funktionierenden Arbeitsmarkt ist, soll mit der Wahl des Wortes „natürlich“ eine Unabänderlichkeit der Problemlage suggeriert werden. So aber sah es der Chefideologe der selbsternannten Reichen und Schönen selbst nicht. Die natürliche Arbeitslosenquote könne, so meinte er, über konsequente Zurückdrängung von Gewerkschaften und Staatsdirigismus (etwa Mindestlöhne) reduziert werden. Nun hat aber gerade die neomonetaristische Orientierung der Politik in den letzten 25 Jahren unter Beweis gestellt, dass der als „natürliche Arbeitslosigkeit“ bezeichnete Wert nicht gesenkt, sondern vielmehr erhöht wird, wenn Regulative zurückgedrängt werden. Minister Bartenstein ist die Begrifflichkeit im Zuge einer Pressekonferenz zur Präsentation der Arbeitslosenzahlen für Jänner 2007 am 1. Februar dieses Jahres aus dem Mund gerutscht.

[2] Bundesminister Bartenstein, zitiert etwa nach „Der Standard“ vom 15. Februar 2007

[3] Der Einfachheit halber: de.wikipedia.org, Stichwort Vollbeschäftigung

[4] Registerquote, weil alle dazu notwendigen Daten nicht statistisch errechnet, sondern einfach aus einem Register abgelesen werden können.
Dazu in aller Kürze: http://www.ams.or.at/neu/1412.htm#Arbeitslosenquoten

[5] Zur Funktionsweise dieser Erhebungsmethode: http://www.statistik.at/mikrozensus/start.shtml

[6] Diese Berechnungsweise orientiert sich am so genannten „Labour-Force-Konzept“ der ILO.

[7] Jahresdurchschnittswerte und regionale Daten für 2006 liegen wegen des komplizierten Erhebungs- und Berechnungsvorgangs zu Redaktionsschluss leider noch nicht vor.

[8] Pensionsvorschuss: Eine Leistung des AMS für Menschen, die einen Pensionsantrag gestellt haben und noch auf die Entscheidung des Pensionsversicherungsträgers warten (und daher dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen und aus der Statistik fallen). Gegenwärtig werden nur etwa 20 % der BezieherInnen von Pensionsvorschüssen von der PVA auch wirklich anerkannt. In der Praxis ist der Pensionsvorschuss auch eine Variante des Versteckens älterer erwerbsarbeitsloser Menschen.

[9] Übergangsleistung für Menschen, die allein auf Grund der letzten „Pensionsreformen“ in Zusammenhang mit der Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters noch nicht in Pension gehen können. Diese Zahl wird bis 2010 auf ca. 15.000 Menschen steigen.

[10] Auch wenn das österreichische Sozialsystem gerne in den Himmel gejubelt wird: Das ASVG und in der Folge das gesamte soziale Sicherungssystem orientiert sich am Konzept der Versorgerehe, die – siehe Patchwork etc. - definitiv nicht der gesellschaftlichen Realität der Gegenwart entspricht. Daraus resultierende Lücken im Sicherungsnetz treffen insbesondere Frauen bzw. junge Menschen, die es gar nicht in das soziale Netz schaffen oder darin mit nicht-existenzsichernden Leistungen abgespeist werden. Die durchschnittliche Notstandshilfe von Frauen liegt gegenwärtig bei € 492,-.

dringend - dringend - dringend - dringend

Der obds - Landesgruppe Tirol ersucht alle Mitglieder die

Jahresbeiträge für 2007

einzuzahlen.

obds - Landesgruppe Tirol
Sparkasse Innsbruck Blz 20503
Kontonr. 0000 - 018259

„Koa Geld – koa Musi“ (Ohne Geld spielt keine Musik)

Thomas Pachl

Wer Schulden macht geht davon aus, alles arbeitender Weise zurückzahlen zu können. Die einen glauben an ihr unternehmerisches Geschick, die anderen an ihre nicht versiegende Arbeitskraft. Die Rechnung geht meistens auf: Im Privat- und Kleinunternehmerkreditbereich werden etwa 98 % des Kreditvolumens samt Zinsen planmäßig zurückbezahlt (informelle Banken-Angabe), beim Rest gibts Probleme.
2 % sind kein wesentlicher Ausfall, wenn der Rest im Schnitt 8 % Zinsen pro Jahr bezahlt. Das ist auch der Grund, warum die Banken so gerne allen LohnstreifenbesitzerInnen das nächst bessere Auto und einen Flat-TV dazu finanzieren möchten. Aber dass es ihn gibt, den Ausfall, ist klar. Die Gründe stehen in unserem Jahresbericht: Arbeitslosigkeit führt das Ranking an, selbstständige Tätigkeit folgt auf Platz 2 (die Gründe für das Scheitern der hoffnungsvollen UnternehmerInnen sind Legion).

Keine Arbeit, doppelte Strafe

Die Zahl der SchuldnerInnen hingegen, die aus reiner Faulheit oder gar Boshaftigkeit nicht bezahlen, dürfte verschwindend gering sein.
Dennoch werden (unverschuldet) säumige RückzahlerInnen schwer geahndet. Aus der Praxis der Sozialarbeit ist hinlänglich bekannt, dass selbst gut begründete Stundungsansuchen nicht verhindern, dass Mahnspesen, Fälligstellung, Verzugszinsen, Inkasso, Klage und Exekution folgen.
Die Gläubiger liefern sich richtige Wettrennen darin, möglichst hohe Zinsen (bis zur Wuchergrenze bei 20 %) und Kosten („letzte Mahnung vor Klage, € 50,-“) zu schreiben.

Die Probleme der SchuldnerInnen im Zusammenhang mit Arbeit sind mehrfache:

1. Lohnpfändungen gefährden den Job, die Arbeitgeber sind durch die komplexen Drittschuldner-Abfragen überfordert (vgl. dazu auf www.sbtirol.at die downloadbare Software für Arbeitgeber zum einfacheren Ausfüllen dieser Fragebögen). Vielfach werden zu hohe Beträge vom Lohn abgezogen.

2. Laufende Zahlungen wie Miete/Strom geraten in Rückstand, was noch schwerwiegendere Schulden und manchmal schon die physische Unfähigkeit, zur Arbeit zu gehen, produziert.

3. Das Gehaltskonto ist schwer im Minus, die Bank behält sich zusätzlich Geld ein, oft vom Restgehalt nach Pfändungsabzug. Was bleibt ist überhaupt zu wenig. Oft müssen wir daher raten, die Gehälter/Familienbeihilfen etc. umzuleiten. Allerdings: Mit vorhandenem „Negativeintrag“ bei KSV und Banken erhält der/die SchuldnerIn kein neues Konto mehr, und dann?

Gehaltekonto für Alle!

Diese schon oft medial getrommelte Forderung an die Banken bleibt ungehört. Zu einer gesetzlichen Verpflichtung (wie 2006 in Belgien eingeführt) konnte sich bislang keine Regierung aufschwingen.
Wenns gar nicht geht, raten wir der Klientel, ein Sparbuch zu eröffnen. Die Nummer/Bank wird dem Arbeitgeber bekannt gegeben, dann kann immerhin das Gehalt dort hin überwiesen werden. Allerdings müssen sämtliche Überweisungen kostenpflichtig (€ 2,-) und bar getätigt werden.

Die II. Österreichische Sparkasse

Die Initiative der Erste Bank mit Gründung der II. Österreichischen Sparkasse 2006 zu genau dem Zweck, SchuldnerInnen ein Basiskonto ohne Überziehung zu eröffnen, wurde anfangs von der Schuldnerberatung begrüßt. Ab Mai 2007 soll es auch in Tirol solche Konten per Anmeldung über Caritas oder Schuldnerberatung geben.
Allerdings wurden nun Details bekannt, die in der Sozialarbeit auf breite Ablehnung stoßen: Es werden die KundInnen nur nach Schalterschluss und von Bankangestellten bedient, die dabei unbezahlter Weise ihr soziales Engagement beweisen.
Hier offenbart sich eine bedenkliche Philosophie, die in solcher Zweiklassen-Gesellschaft und Stigmatisierung einen sozialen Fortschritt wähnt (Foldertext: „Partnerschaft für eine bessere Zukunft: Die Zweite Sparkasse“).
Die Schuldnerberatung wird das Angebot für die Klientel nutzen, gleichzeitig aber die nötigen Veränderungen einfordern.
Grundsätzlich gehören die neuerdings ständig zu hörenden Slogans der Banken von wegen „ökologisch-ethnischer“ Verantwortung oder ähnlichem auf den Prüfstand!

Sozialamt verweigert Bares

Auch die Ankündigungen des Sozialamtes Innsbruck, keine Barauszahlungen mehr vornehmen zu wollen, setzt Konten der Bezugsberechtigten voraus.
Die Sozialarbeit wird viel Energie verpulvern müssen, bis diese Idee wieder vom Tisch ist. Sie entspricht zwar der Ratio im Amt (Buchhaltung, Bargeldproblematik), nicht aber den finanztechnischen

Gegebenheiten vieler BezieherInnen. Das Amt aber darf den Bezug nicht vereiteln. Ablehnende Bescheide werden daher anzufechten sein.

Auch das neue Regierungsprogramm kennt das Problem

Dieses bietet hier einen Spalt Licht, den wir gleich per „Keil und Holzhammer" ausweiten wollen: „Zur Bekämpfung der zunehmenden Verschuldung von Haushalten und Einzelpersonen soll auch in Zusammenarbeit mit den Kreditgebern ein Maßnahmenpaket erarbeitet werden" (Kapitel Justiz, Titel Zivilrecht).
Bei der herrschenden Philosophie der mächtigen Banken-Lobby wird das kein Sonntagspaziergang werden.

Thomas Pachl
Schuldnerberatung Tirol
Wilhelm-Greil-Str. 23/5
6020 Innsbruck

Forschungsarbeit in der Sozialen Arbeit

Michael Klassen

Soziale Arbeit kann als professionelles Handeln mit dem Ziel der Lösung von sozialen Problemen in der Gesellschaft definiert werden. Die Aufdeckung, Lösung und Minderung von sozialen Problemen setzt jedoch voraus, dass diese sozialen Probleme wahrgenommen, aufgedeckt, beschrieben und erklärt werden. Insbesondere die Beschreibung und Erklärung von sozialen Problemen ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Entwicklung von Lösungsansätzen.

Dies können die SozialarbeiterInnen in ihrer Praxis oft nicht leisten, weil weder die zeitlichen noch die finanziellen Ressourcen dafür zur Verfügung stehen. Es ist auch nicht ihre primäre Aufgabe, da die Beschreibung und Erklärung von sozialen Problemen an den Ausbildungsstätten für Soziale Arbeit (FHS) im Rahmen der dort verankerten Forschung und Entwicklung mit der Rückkoppelung an die Praxis geleistet werden soll. Diese Forschungsergebnisse fließen dann in die Lehre, so dass sichergestellt wird, dass die neue Generation der SozialarbeiterInnen die neusten Beschreibungs- und Erklärungsmodelle rund um die sozialen Problemlagen kennen und in der Lage sind, die neusten Interventionsstrategien zu deren Lösung erfolgreich anzuwenden.

Die Forschungs- und Entwicklungsstrategie des Studiengangs „Soziale Arbeit" am MCI umfasst derzeit im Wesentlichen die folgenden ***primäranalytischen*** Themenfelder und Projektschwerpunkte im Bereich der Sozialarbeitswissenschaft:

1) Biopsychosoziales Bedürfnismodell als sozialwissenschaftliche Grundlage für Verständnis, Analyse und Entwicklung von Lösungsstrategien zur Behebung der sozialen Problemlagen in der globalisierten Gesellschaft (empirische Operationalisierung und Überprüfung der systemistisch-emergentistischen Bedürfnistheorie nach Werner Obrecht und Silvia Staub-Bernasconi)

2) Gerontologie: Bedeutung und Herausforderungen für die Menschen und die sozialen Systeme in der älter werdenden Gesellschaft: Entwicklung von effektiven und finanzierbaren Lösungen und Best-Practice-Modellen

3) Entwicklung und Professionalisierung von neuen Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit (z. B. Schulsozialarbeit, Betriebssozialarbeit) als Antwort auf den Anstieg der komplexen sozialen Problemlagen in bestimmten Lebensbereichen

4) Qualitätssicherung in der Sozialen Arbeit als eigenmächtige Festlegung der Fachstandards zur Erfassung, Messung und Optimierung der Inputs, Prozesse, Outputs und Outcomes (Nutzen für die KlientInnen) in sozialen Einrichtungen

5) Historie, Ist-Zustand, Perspektiven und Zukunftseinsatzfelder der Sozialen Arbeit in Tirol vor dem Hintergrund der sozioökonomischen Prognosen in Bezug auf die nächste große Konjunkturwelle (so genannter „6. Kondratjew" der „psychosozialen Gesundheit und Kompetenz")

6) Internationale Soziale Arbeit vor dem Hintergrund des Anstieges der universellen, global vergleichbaren sozialen Probleme

Ergänzend zu obigen primärstatistischen Analysen ist auch die ***Sekundäranalyse*** ein Teil der Forschungs- und Entwicklungsstrategie des Studiengangs „Soziale Arbeit" am MCI.

In der Sozialarbeitswissenschaft ist es sinnvoll, nicht nur primäranalytische Verfahren anzuwenden, sondern auch die Datensätze realisierter Studien unter dem Gesichtspunkt von Fragestellungen zu reanalysieren, die jenseits der ursprünglichen Studie liegen und einen anderen theoretischen Code involvieren. Die Sozialwissenschaften verfügen über zahlreiche Studien, die ausgehend von der primä-

ren Fragenstellung in Termini des Codes der Studie nur teilweise analysiert sind.
Im Rahmen der Sekundäranalyse ist es nicht erforderlich, im aufwändigen Verfahren Daten zu erheben und diese zu erfassen. Vielmehr sind die Daten bereits vorhanden und können aus der Perspektive der neuen Fragestellung, des neuen Codes im so genannten Desk-Research reanalysiert werden. So kommt man beispielsweise drauf, dass die niedrige soziale Schichtzugehörigkeit die stärkste einzelne Einflussgröße auf vorzeitige Erkrankungen und Sterbefälle weltweit ist.

Die neue Perspektive, der Code für die „alten" Studien, der im Rahmen der Forschungs- und Entwicklungsstrategie des Studiengangs als Mittel der Reanalyse von sozialwissenschaftlichen Daten verwendet werden kann, ist die biopsychosoziokulturelle Theorie sozialer Probleme nach Werner Obrecht und Silvia Staub-Bernasconi. Auf ihrer Grundlage sollen Arten sozialwissenschaftlicher Forschung bestimmt werden, die im Licht spezifischer Fragestellungen reanalysiert werden können.

Im Rahmen dieser Sekundäranalysen als Teil der Forschungs- und Entwicklungsstrategie des Studiengangs „Soziale Arbeit" am MCI können insbesondere folgende Themen bearbeitet werden:

- Rolle der Sozialstruktur bei der Erfüllung oder Versagung von Bedürfnissen
- Soziale Bedürfnisse und die strukturellen Voraussetzungen ihrer Erfüllung oder Versagung
- Vertikale Differenzierung in Kleingruppen, Kohäsion und Kooperationserfolg
- Funktionale und vertikale Differenzierung in modernen Gesellschaften und soziale Probleme
- Vertikale Differenzierung und Probleme des Ranges und ihre Folgen
- Austauschrelationen und Austauschgerechtigkeit
- Statussubsysteme, (unvollständige) Statuskonfigurationen und Depression, Rückzug und Krankheit

Die Umsetzung dieser Forschungsschwerpunkte erfolgt sowohl über angewandte Forschungs- und Entwicklungsprojekte in Zusammenarbeit mit Partnern aus der sozialarbeiterischen Praxis als auch im Rahmen von spezifischen internen Forschungsprojekten der hauptberuflich Lehrenden. Dabei werden Studierende im Rahmen von Projektlehrveranstaltungen bzw. Praxisprojekten in erheblichem Ausmaß in die Forschungsarbeiten eingebunden. Bei interdisziplinären, fächerübergreifenden Kooperationen werden je nach Themenstellung gemeinsam mit anderen Studiengängen Projektlehrveranstaltungen und Praxisprojekte geplant und durchgeführt, bei welchen unter maßgeblicher Beteiligung der Studierenden qualitative (Interviews) und quantitative (Fragebögen) empirische und sekundäranalytische Untersuchungen und Analysen vorgenommen werden.

Die Resultate der Forschungs- und Entwicklungsprojekte werden im Rahmen von Studien und Präsentationsveranstaltungen an die Praxispartner transferiert. Darüber hinaus werden diese praxisrelevanten Ergebnisse regelmäßig einerseits in aktuellen Medien wie Tageszeitungen, aber auch in elektronischen Medien wie Radio und Internet einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Andererseits werden sie auch in nationalen und internationalen sozialarbeitswissenschaftlichen Fachzeitschriften bzw. teilweise auch als Monographie in einschlägigen Fachverlagen publiziert.
Die ersten Ergebnisse angewandter F&E des Studiengangs sind im Folgenden beispielhaft aufgelistet:

- SENIOR 2030: Entwicklung eines EDV gestützten Evaluationsinstrumentes, welches auf Basis des EFQM – Modells zur Qualitätsmessung sowohl in stationären als auch ambulanten Einrichtungen der Altenbetreuung herangezogen werden kann (2005-2007)
- Schulsozialarbeit in Tirol: Kooperationsprojekt des FH-Studiengangs „Soziale Arbeit" mit der Abteilung Jugendwohlfahrt und der Kinder- und Jugendanwaltschaft Tirol zur Erstellung der Bedarfs- und Akzeptanzanalyse in Bezug auf die Problemeinschätzung an den Schulen und Chancen für Schulsozialarbeit (2004 – 2005)
- Jugendwohlfahrt in Tirol: Archivanalyse zur Aufarbeitung der historischen Entwicklung der Jugendwohlfahrt in Tirol (2004-2006)
- Asylthemen in Tirol: Aufarbeitung der Situation der AsylwerberInnen in Tirol mit der öffentlichkeitswirksamen Ausstellung in Innsbruck und Umgebung

Michael Klassen
Studiengangsleiter FH Soziale Arbeit am MCI

Sozialarbeit als Frauenberuf

Myriam Antinori

Sozialarbeit war und ist ein Beruf, in dem mehrheitlich Frauen tätig sind und auch immer schon waren. Ähnlich wie andere Berufe im sozialen, pädagogischen und pflegerischen Bereich ist er „von Frauen für Frauen" konzipiert worden. Im Laufe der Zeit hat es zwar einige Wertewandel gegeben und haben sich vermehrt Männer für diesen Beruf entschieden, dennoch hat sich am mehrheitlichen Frauenanteil nichts geändert – zumindest gesamt gesehen.
Wie Sozialarbeit als „Frauenberuf" von Frauen für Frauen entstanden ist, wann und wieso männliche Kollegen eingestiegen sind sowie eine kurze Einschätzung zukünftiger Entwicklungen möchte ich im Folgenden darstellen.

Der Anfang der Armenfürsorge
Die staatliche Armenfürsorge begann Anfang des 17. Jahrhunderts. Durch Industrialisierung und Urbanisierung zerbrachen das alte Feudalsystem und die damit verbundenen Systeme der Armenversorgung. Die neuen – sehr repressiven und disziplinierenden – Formen der Armenfürsorge wurden damals nur von Männern, die wahlberechtigt waren, durchgeführt. Durch die gesellschaftlichen Umwälzungen und den Wertewandel in Bezug auf Familie und Erwerbsarbeit, kam es immer mehr zur Trennung von Reproduktionsarbeit in der Familie und der Erwerbsarbeit. Privates und öffentliches Leben, Innen und Außen, wurden in zwei separate Bereiche aufgeteilt. Verbunden damit wurde dem Mann die Rolle des Ernährers und der Frau die der emotional Versorgenden zugeschrieben.
Diese Trennung von Hausarbeit und Erwerbsarbeit wurde noch stärker mit der Einführung der verpflichtenden Sozialversicherung. Sie war ein Versuch, die Armenfürsorge neu zu regeln und staatlich besser kontrollieren zu können. Alle Personen, die voll erwerbstätig waren, hatten Anspruch darauf. Alle anderen mussten weiterhin auf die Armenfürsorge zurückgreifen, wenn sie krank, verwitwet oder aus sonstigen Gründen ohne Einkommen waren. Dadurch wurden Frauen noch mehr in die Armenfürsorge gedrängt, denn sie konnten nur nebenerwerblich (z. B. als Näherin, als Wäscherin…) einem Beruf nachgehen und hatten keine Möglichkeit voll erwerbstätig und somit versichert zu sein.

Das neue Familienideal
Die Aufgabe der Frauen war es nunmehr, das Familienleben zu kultivieren. Sie waren zuständig für die Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der Arbeitskraft, sowohl auf individueller als auch auf gesellschaftlicher Ebene. Familie, Liebe, Harmonie, Glück, Freizeit, Entspannung waren die neuen Werte. Da Hausarbeit als Gegenpol zur Erwerbsarbeit gesehen wurde, wurde sie zunehmend als „Nichtarbeit" definiert. Zudem wurde Hausarbeit wissenschaftlich zur Frauenarbeit erklärt, die als angeborene Fähigkeit in der Natur der Frau liege (vgl. Sachße 1994, S.102).
Zur Aufgabe der Hausarbeit kam für Frauen die wachsende Bedeutung der Kindererziehung hinzu. Die Lebensphase Kindheit hatte ebenfalls einen Wertewandel durchgemacht. Sie wurde als eigener, bedeutsamer Abschnitt in der menschlichen Entwicklung und Bildung gesehen, den es zu fördern galt und für den Frauen „von Natur aus" zuständig waren. Fürsorglichkeit und Mütterlichkeit wurden zum neuen Frauenideal. Johann Pestalozzi und Heinrich Fröbel waren die ersten, die diese Mütterlichkeit auch unabhängig von der Mutterschaft an sich sahen – eine Frau konnte mütterlich sein, ohne gleichzeitig Mutter zu sein. Ihrem pädagogischen Verständnis entsprechend konnte diese Mütterlichkeit durch Bildung der Frauen weiter entfaltet werden.

Die Frauenvereine
In der Zeit nach 1848 wurden im deutschsprachigen Raum die ersten Frauenvereine gegründet, die sich zusehends politisch und sozial engagierten. Sie wurden jedoch verboten und erst in den 1860er Jahren bildeten sich neue Vereine, die zum Ziel hatten, Frauen zu bilden und die Stellung der Frau in der Familie zu unterstützen. Die wenigsten Frauenvereine (deren Mitglieder alle eher wohlhabende, bürgerliche Frauen waren) wollten jedoch die Gleichberechtigung der Frau. Ihr Bestreben galt vielmehr der Verbesserung bzw. Stärkung des „Wesens der Frau" – also die Unterstützung der (sozial schwächeren) Frauen in ihren gesellschaftlichen Aufgaben. Mitte des 19. Jahrhunderts schloss sich der Großteil der Frauenvereine zusammen und bildete in Deutschland den „BDF – Bund Deutscher Frauenvereine".

Mütterlichkeit als Beruf
Henriette Schrader-Breymann, die Nichte Fröbels, entwickelte das Konzept ihres Onkels weiter und konzipierte die „Mütterlichkeit als Beruf". Ihr Verständnis dieser „geistigen Mütterlichkeit" (mütterlich und fürsorglich sein, ohne gleichzeitig Mutter sein zu müssen) ermöglichte es Frauen erstmals, dem weiblichen Ideal entsprechend zu leben und Anerkennung als berufstätige Frau zu erlangen. In dem von ihr gegründeten Pestalozzi-Fröbel-Haus wurden erstmals Frauen zu Kindergärtnerinnen ausgebildet.
Ihre Forderung nach „geistiger Mütterlichkeit" wurde schließlich von anderen Frauen als Argument genutzt, auch in weiteren Bereichen und öffentlich tätig sein zu dürfen. Mütterlichkeit entwickelte sich zur Kritik am männlichen kapitalistischen System und als Korrektiv zur konkurrenzorientierten Wirt-

schaftsgesellschaft. Weitere Schlagwörter dieser Zeit waren „soziale Mütterlichkeit", „sozialer Friede" und „höhere Menschlichkeit", die allesamt einer neuen „weiblichen Ethik" entsprachen (Czarnowski/ Meyer-Renschhausen 1994, S.126).
Die männlich organisierte Armenfürsorge hatte das Problem der Armut nicht einmal ansatzweise lösen können und die bürgerliche Frauenbewegung äußerte den Vorwurf, dass nur Männer in der Armenfürsorge tätig und diese von ihrem Wesen her eigentlich nicht dafür geschaffen seien. Insbesondere die Fähigkeit der Frauen, ihre Mütterlichkeit vom „Haus" auf die Gemeinde zu übertragen sollte helfen, die Probleme zu beseitigen.
Eigentlich waren zu dieser Zeit schon sehr viele Frauen in der Armenfürsorge tätig, aber nur inoffiziell – als Ehefrauen im Verborgenen, denn dieses Amt war weiterhin männlichen Bürgern mit Wahlrecht vorbehalten. Neben der staatlichen Fürsorge hatten sich viele private Frauenvereine gegründet, die in der freien Wohlfahrt tätig waren. Sie erhofften sich durch die Übernahme der armenpflegerischen Tätigkeiten eine volle gesellschaftliche Anerkennung ihrer spezifisch weiblichen Leistungen. Die Frauen legten den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Familien und die Vermittlung des „richtig liebenden Sinn" an die Frauen und Mütter (vgl. Simmel-Joachim 1992a, S.51). Sie waren jedoch nicht solidarisch mit den Betroffenen und es gab auch keine Kritik an dem herrschenden System und der Unterdrückung der Frauen.

Sozialarbeit als Beruf

1893 wurde in Deutschland die erste „Mädchen- und Frauengruppe für soziale Hilfsarbeit" ins Leben gerufen. Ziel war es, die bürgerlichen Mädchen für ihre Pflicht im Dienst der Gemeinschaft vorzubereiten und ein Pendant zu den „dilettantisch" organisierten „Wohlfahrtsdamen" zu bilden, die „planlos" wohltätig waren. Von nun an nannten die Fürsorgerinnen ihre Arbeit „soziale Arbeit", um sie auch von der ehrenamtlichen und rationalen Armenfürsorge zu differenzieren.
1908 kam es zur Gründung der ersten „Sozialen Frauenschule" unter der Leitung von Alice Salomon in Berlin. Für sie war die Ausbildung nicht reine Wissensvermittlung sondern „eine Frage der Entwicklung des Gewissens, der Pflege von Charaktereigenschaften" (Sachße 1994, S.128). Die fachliche Ausbildung war ein perfektes Instrument, um in die kommunale und private Fürsorgearbeit einzusteigen und um die soziale Arbeit als Frauenberuf zu etablieren.
Durch die Entwicklung zum Erwerbsberuf interessierten sich zusehends Frauen aus den unteren Schichten für Sozialarbeit. Immer mehr Schulen wurden gegründet, um den steigenden Bedarf und das Interesse zu decken. Trotz Ausbildung verdienten Fürsorgerinnen in ihrem Beruf sehr wenig Geld. Unter dem Vorwand, dass geistige Mütterlichkeit eine ideologische Tätigkeit sei und demnach aus Überzeugung geleistet werde, bekamen die Fürsorgerinnen nur einen sehr niedrigen Lohn.
In Bezug auf die Ausbildung wurde ein weiterer Schritt von den sozialen Frauenschulen in Richtung Hochschulstudium innerhalb der deutschen Frauenbewegung diskutiert, dann jedoch verworfen: Einerseits wollten die Frauen unabhängig bleiben und ihre eigenen Bildungsinstitutionen führen und zweitens waren Universitäten in ihren Augen nicht für eine praxisorientierte Ausbildung geeignet.
Mit Beginn des Ersten Weltkrieges, gab es mehrere hunderttausend Frauen, die im Rahmen des BDF organisiert und beruflich in der Sozialarbeit tätig waren. Sie entwickelten neue Dienste und wurden vermehrt in die kommunalen und staatlichen Verwaltungsapparate integriert und unterstützten aktiv den politischen und sozialen Status Quo (vgl. Sachße 1994, S.158).
Obwohl die Frauenbewegung ganz klar erkannt hatte, dass Frauen von Männern ausgebeutet und unterdrückt wurden und die Geschlechterordnung in Frage stellte, blieb sie durch ihre Neugeschaffene Ideologie der weiblichen Ethik und geistigen Mütterlichkeit wieder befangen. Die geistige Mütterlichkeit reduzierte die Frauen auf die guten Wesen „mit schöner Seele und reinem Gemüt" (Simmel-Joachim 1992a, S.45).

Männer in der Sozialarbeit

Nach 1918 stiegen das erste Mal Männer in den Beruf ein. Durch die verheerenden Folgen des ersten Weltkrieges benötigte die Verwaltung eine große Anzahl an Fachkräften. Die eingestellten Männer waren im Krieg verwundet worden und konnten meistens keine schwere körperliche Arbeit mehr verrichten. Zudem wurde Sozialarbeit durch die Entwicklung zur Lohnarbeit mit vorangehendem Studium schließlich auch für Männer attraktiv, und es wurden Männer in bestimmten Bereichen der Sozialarbeit benötigt, da Frauen aus gesellschaftlicher Sicht nicht mit männlichen Jugendlichen bzw. Straftätern arbeiten sollten bzw. durften.
Anfangs – bevor sie zur Ausbildung zugelassen wurden – wurden die Männer für die leichte (im Gegensatz zur schweren körperlichen Arbeit) Sozialarbeit umgeschult und dort im Bereich der Verwaltung, Rechtspflege und Organisation eingesetzt. Sie leisteten nicht die gleiche Arbeit wie Frauen, die direkt mit den Bedürftigen zu tun hatten, in die Familien gingen oder die Beziehungsarbeit leisteten. Männer wurden sofort in höheren bzw. leitenden Positionen eingesetzt.
Um den Einstieg von Männern in die Sozialarbeit ideologisch zu legitimieren, musste ein Prinzip geschaffen werden, das Männer als „natürlich" geeignet für diese Arbeit definierte. Dem weiblichen Prinzip der geistigen Mütterlichkeit wurde die männliche „Ritterlichkeit" gegenübergestellt. Männer tragen nach diesem Prinzip – analog zur Tierwelt – die

Verantwortung und Sorge für die Gemeinschaft an sich, sie sind verantwortlich für die Führung der Gruppe, für Schutz und Verteidigung und Hilfe für die Schwachen. Dieser Geschlechtscharakter des Mannes galt als biologisch veranlagt (vgl. Sachße 1994, S.275).
Als Folge des Zweiten Weltkrieges, in dem Sozialarbeit wieder sehr auf die Ideologie der geistigen Mütterlichkeit reduziert wurde – die Männer wurden zudem als Soldaten benötigt – entschieden sich kaum mehr Männer für diesen Beruf. Erst mit Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre des 20. JH stieg ihr Interesse wieder. Dies insbesondere dadurch, dass Sozialarbeit zunehmend sozial-politischer wurde, neue Handlungsfelder geschaffen wurden und ein neuer Professionalisierungsschub sowohl auf theoretischer als auch auf praktischer Ebene einsetzte. Bürokratisierung, Hierarchisierung und die Verwissenschaftlichung des Berufes boten lebenslange Erwerbsmöglichkeit und Karrierechancen. Zudem gab es einen Überschuss an männlichen Studienabgängern aus ähnlichen Bereichen (Psychologie, Soziologie…), die Arbeit suchten. Der Staat und die Schulen bemühten sich, vermehrt Männer anzusprechen (z. B. durch Umbenennung jener Schulen mit Frauennamen) und traditionelle Männerberufe boten durch die aufkommenden wirtschaftlichen Krisen weniger Arbeitsplätze.
Die männlichen Kollegen stiegen jedoch nicht nur als Sozialarbeiter an der Basis ein, sondern hatten vermehrt Leitungsfunktionen inne und sie wurden als Lehrkörper in den Ausbildungsstätten angestellt. In beiden Positionen übertraf ihr Anteil bald den der Frauen und ist auch weiterhin im Vergleich zu den Absolvierenden umgekehrt proportional (zwei Drittel – ein Drittel) (vgl. Simmel-Joachim 1992b, S.113). Dadurch, dass vermehrt Männer in die Sozialarbeit einstiegen, gewann der Beruf wesentlich an gesellschaftlicher Anerkennung. Dennoch herrscht weiterhin die Annahme, dass Sozialarbeit eine Tätigkeit sei, die „jede/r" ausüben kann. Die erst kürzlich entstandene Diskussion „Sozialarbeit statt Studiengebühren" zeigt dies erneut sehr deutlich.

Die Zukunft der Sozialarbeit

Sozialarbeit ist weiterhin ein Frauenberuf, die Parallelen zur Hausarbeit und damit verbundene Vorurteile und der Mythos der „Mütterlichkeit" bestehen weiterhin. Die meisten Sozialarbeiterinnen arbeiten wie ursprünglich im Familienbereich, in dem die KlientInnen bzw. deren Familienmitglieder physisch und psychisch wieder „hergestellt" und (re)sozialisiert werden sollen.
Sozialarbeit ist somit auch immer noch ein Beruf, in dem man/frau trotz Studium und notwendigen Fachwissens kaum entsprechend entlohnt wird. Durch „Sparmaßnahmen" entsteht immer mehr Druck auf Einrichtungen, Personal muss abgebaut werden und neue Besoldungsschemata und Kollektivverträge, die eher arbeitgeberfreundlich sind, werden eingeführt.
Sozialarbeit ist unverzichtbar für den Staat, aber sie hat relativ wenig Macht, um ins politische Geschehen einzugreifen und wird in den letzten Jahren auch vermehrt durch finanzielle Kürzungen in den ehrenamtlichen Bereich zurückgedrängt. (Ehrenamtliche) Sozialarbeit wird meiner Ansicht nach gesellschaftlich sowie (sozial-)politisch wiederum vermehrt als Nichtarbeit angesehen, da sie nicht den marktwirtschaftlichen Leistungsprinzipien entsprechend sichtbar gemacht werden kann.
Im Bereich der Ausbildung wird die Errungenschaft des 4-jährigen, professionellen und qualitativ hochwertigen Studiums wieder auf eine 3-jährige Basisausbildung (Bachelor) mit möglichen (nicht verpflichtenden) 2 Jahren Masterstudium reduziert.
Auf lange Sicht vermute ich, dass diese Faktoren Sozialarbeit wieder stärker zum Frauenberuf werden lassen, in dem das Geschlechterverhältnis sich, wie zu Beginn des Eintritts der Männer, zu ungunsten der Frauen verschieben wird. Männer werden sich im Vergleich zu Frauen vermehrt für den Masterstudiengang entscheiden und Leitungsfunktionen übernehmen. Denn ähnlich wie in anderen Berufen (z. B. Einzelhandel), sind es Männer, die mittel- und langfristig berufliche Verbesserungen und Aufstiege anvisieren. Frauen wollen/müssen ihre Position sichern, Teilzeit arbeiten und sich um die Familie kümmern.
Ein möglicher Weg, diesen Tendenzen entgegen zu wirken, ist die Verabschiedung eines Berufsgesetzes. Ein Berufsgesetz dient nicht nur als Abgrenzung zu anderen Berufen bzw. Ausbildungen und dem Schutz der KlientInnen. Es ist insbesondere auch als weitere Maßnahme zur Etablierung von Sozialarbeit als Profession zu sehen. Eine Profession mit anspruchsvoller Ausbildung und einer Tätigkeit, die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen und Forschung basiert und deren gesellschaftlicher und (volks)wirtschaftlicher Nutzen als erwiesen anerkannt wird. Sozialarbeit ist ein Beruf, keine Berufung.

Myriam Antinori

Literatur:

- *CZARNOWSKI, Gabriele u. MEYER-RENSCHHAUSEN, Elisabeth: Geschlechterdualismen in der Wohlfahrtspflege: „Soziale Mütterlichkeit" zwischen Professionalisierung und Medikalisierung, Deutschland 1890-1930. in: L'Homme, Zeitschrift für feministische Geschichtswissenschaft. Heft 2 1994, S. 121-140*
- *SACHßE, Christoph: Mütterlichkeit als Beruf. Sozialarbeit, Sozialreform und Frauenbewegung 1871-1929. 2. Aufl., Frankfurt am Main: Suhrkamp Verl. 1994*
- *SIMMEL-JOACHIM, Monika: Frauen in der Geschichte der Sozialarbeit - zwischen Anpassung und Widerstand. 1992a. in: Cremer/Bader/Dudeck 1992, S. 42-58*
- *SIMMEL-JOACHIM, Monika: Frauen in der sozialen Arbeit – eine Mehrheit als Minderheit. 1992b. in: Fesel/Rose/Simmel 1992, S. 109-121*

Vorstandsarbeit oder: Wenn frau fürs Arbeiten zahlen soll!

Myriam Antinori, Magdalena Melcher

Vorstandsarbeit ist bekannter Weise hauptsächlich ehrenamtliche Arbeit. Die Tatsache, dass viel Zeit, Engagement und Idealismus und manchmal auch Geld (weil Telefonate nicht abgerechnet werden können, das Internet von zu Hause genutzt wird, die Ausdrucke nicht verrechnet werden...) notwendig sind, um sich als Vorstandsmitglied zu engagieren, ist zu akzeptieren. Es hat jedes Vorstandsmitglied seine/ihre persönlichen Gründe, sich zu engagieren und zieht dabei den einen oder anderen (privaten) Nutzen daraus.

Absurd wird die Vorstandstätigkeit unseres Erachtens nach jedoch, wenn engagierte Vorstandsmitglieder dafür, dass sie den genannten Aufwand erbringen, auch noch volle Mitgliedsbeiträge zu zahlen haben. Dies ist sicher nicht überall gängige Praxis, kommt aber vor – so zum Beispiel beim Österreichischen Berufsverband der SozialarbeiterInnen.

Um dies zu ändern stellten wir – die Landesgruppe Tirol – bei der letzten Generalversammlung des obds in Kärnten im Oktober 2006 den Antrag, dass der obds für die aktiven Vorstandsmitglieder auf eine Einhebung dieser Beiträge verzichtet. (Die einzelnen Landesgruppen sind Mitglied beim obds und müssen diesem für jedes Mitglied einen Großteil der dort bezahlten Mitgliedsbeiträge entrichten.) Unserer Meinung nach kann es jedoch nicht sein, dass die Vorstandsmitglieder für ihre ehrenamtliche Arbeit (für den obds) auch noch zur Kassa gebeten werden.

Guten Mutes ob der – aus unserer Sicht klaren Argumentation – brachten wir den Antrag ein, aktive Vorstandsmitglieder vom Beitrag zu befreien; zugegeben erst in letzter Sekunde und somit im Vorfeld nicht gut aufbereitet.

Abgesehen davon, dass seitens einzelner Mitglieder des Vorstandes des obds versucht wurde, den Antrag gar nicht zur Abstimmung zuzulassen, waren wir einigermassen erstaunt über so manche Gegenargumente einiger KollegInnen. „Ich zahle gerne dafür“, „Wegen dem bisserl Toner so kleinlich zu sein,...“

Diese Argumente stehen aus unserer Sicht den Bemühungen entgegen, eine weitere Professionalisierung von Sozialarbeit voranzutreiben. Die Debatte über das Ehrenamt in der Sozialarbeit wird vom Berufsverband selber ad absurdum geführt, indem er nicht nur Ehrenamtlichkeit und Engagement von seinen Mitgliedern in der Vorstandsarbeit fordert, sondern auch noch erwartet, dass diese dafür bezahlen sollten. Das drückt mangelnde Wertschätzung aus und kann unter Umständen auch als „Ausnutzen“ bezeichnet werden.
Der Empfehlung des Vorstandes des obds, die Beiträge der Tiroler Vorstandsmitglieder doch aus dem Tiroler Budget zu zahlen, wollen und können wir nicht nachkommen. Wir wollen nicht, weil diese Entscheidung aus unserer Sicht klar in der Verantwortung des obds liegt. Und wir können nicht, weil es dafür schlicht und einfach kein Geld gibt. Würden wir das tun, wäre die Landesgruppe Tirol zahlungsunfähig oder müsste die Mitgliedsbeiträge erhöhen, was wir keinesfalls tun wollen. Eine andere Variante wäre, das SIT einzustellen oder nur mehr digital zu produzieren – dies steht für uns ebenfalls nicht zur Debatte.

Unser Antrag wurde mit 23 Gegenstimmen, 8 Enthaltungen und 19 Prostimmen abgelehnt. Trotzdem der Antrag somit abgewiesen wurde, zeigt uns das Ergebnis, dass viele Vorstandsmitglieder eine ähnliche Position vertreten. Dies ermutigt uns, uns 2007 weiter zu bemühen, um eine Anerkennung unserer Vorstandstätigkeit in Form einer Befreiung vom Mitgliedsbeitrag zu erreichen und hoffen dabei auch auf Euer Verständnis.

Myriam Antinori, Magdalena Melcher

büro communication systeme

Sonderpreis EUR 299,— incl. 20 % USt.

kopierer · drucker · fax · service
brunnsteiner
büro · communication · systeme

KYOCERA brother SAMSUNG

A-6020 · Innsbruck · Kaufmannstrasse 2 · Tel. 0512-348273 · Fax 0512- 3917579 · E-Mail: info@brunnsteiner.at
www.brunnsteiner.at

Mit Samsung beginnt die Ära des Farblaserdruckers für alle: der CLP-300, der kleinste Farblaserdrucker der Welt. Möglich wurde das durch die zweite Generation der Samsung NO NOIS™ Technologie in innovativem Design. Das in NO NOIS™ Technologie vollkommen neu gestaltete Druckwerk macht den CLP-300 zum kleinsten und leichtesten Farblaser weltweit. Mit äußerst leichtem Tonerwechsel, geringstem Betriebsgeräusch seiner Klasse und minimalem Wartungsaufwand. Der CLP-300 macht Ihre Welt farbiger als je zuvor.

Sonderpreis EUR 299,— incl. 20 % USt.

Die Arbeitsmarktförderungsgesellschaft mbH als Trägerin von Arbeitsstiftungen

Maria Steibl

Die vor 2 Jahren vom Land Tirol, der Tiroler Arbeiterkammer und der Tiroler Wirtschaftskammer gegründete Tiroler Arbeitsmarktförderungsgesellschaft mbH (= amg-tirol) ist die operative Einrichtung der Träger der Tiroler Arbeitsmarktpolitik, Koordinationsstelle für den Beschäftigungspakt Tirol und Trägerin von Arbeitsstiftungen. Arbeitsstiftungen sind Einrichtungen im Sinne des §18 Arbeitslosenversicherungsgesetz (AlVG).

Unternehmensstiftungen - Menschen bei Personalabbau auffangen

Unternehmensstiftungen werden gegründet, um ArbeitnehmerInnen bei einem drohenden oder schon beschlossenen Personalabbau im Unternehmen auf ihrem Weg zu einem neuen Arbeitsplatz zu unterstützen und begleiten. Dadurch kann ein beruflicher und sozialer Abstieg der aus den Unternehmen ausgeschiedenen MitarbeiterInnen verhindert, eine neue berufliche Perspektive eröffnet und ein nahtloser Übergang zu einem neuen Arbeitsplatz erreicht werden.

Sobald der Eintritt in die Stiftung erfolgt ist, spielt die Laufbahnplanung sowie Berufsorientierung mit den Betroffenen eine große Rolle. Die StiftungsteilnehmerInnen finden in dieser Phase heraus, wie ihr weiterer beruflicher Weg aussehen kann, entwickeln ihren individuellen Bildungsplan und gestalten die weiteren Schritte für den Wiedereinstieg.

Den StiftungsteilnehmerInnen stehen vielfältige Möglichkeiten offen, um sich weiterzubilden und beruflich weiterzuentwickeln - auch wenn dies oftmals eine ganz neue Erfahrung ist. Oder wie es Wolfgang, 44 Jahre, beschreibt: „Ohne die Stiftung wäre ich nie auf die Idee gekommen in meinem Alter noch Ausbildungen anzugehen. Jetzt habe ich die Führerscheine C, E und den Kranschein gemacht."
Auf den Arbeitsmarkt abgestimmte Lehrgänge, Kurse, betriebliche Praktika kommen bei der Aus- und Weiterbildung dabei ebenso in Frage wie beispielsweise das Nachholen eines Lehrabschlusses.

Parallel zur Ausbildung beginnt auch die aktive Suche nach einer neuen Arbeitsstelle, bei der die Betroffenen intensive Unterstützung erhalten. „Bei der Arbeitssuche bin ich motiviert und gestärkt worden, besonders, wenn ich nach Absagen am liebsten das Handtuch werfen wollte und den Eindruck hatte, dass mich in meinem Alter eh keine Firma mehr nehmen mag.", so Waltraud, 53 Jahre. Sie konnte wie 85 % aller StiftungsteilnehmerInnen an einen neuen Arbeitsplatz vermittelt werden.

Organisationsstruktur der Unternehmensstiftungen
Die Verweildauer der StiftungsteilnehmerInnen kann von 156 bis längstens 209 Wochen betragen. Die durchschnittliche Verweildauer ist stiftungsabhängig und beträgt ca. 15 Monate. Damit kein finanzieller Druck bei den Betroffenen in dieser Zeit entsteht, erhalten sie Schulungsarbeitslosengeld in Höhe des Arbeitslosengeldes und zusätzlich einen monatlichen Zuschuss.

Finanziert werden die Unternehmensstiftungen in der Regel von den betroffenen Unternehmen, dem Land Tirol und dem AMS. Die regionale Geschäftsstelle des AMS ist es auch, die gemeinsam mit dem Stiftungsträger die jeweils individuellen Bildungspläne der StiftungsteilnehmerInnen begutachtet und letztlich über eine Genehmigung entscheidet.

Unternehmensstiftungen in Tirol

Aktuellstes Beispiel für eine Betriebsstiftung in Tirol ist die Linz Textil Matrei Arbeitsstiftung. Die Spinnerei in Matrei wird nach Landeck verlagert, wodurch Ende März 51 MitarbeiterInnen ihren Arbeitsplatz verlieren werden. Die Unternehmensstiftung wird hier noch im Frühjahr 2007 starten.

In den letzten Jahren sorgten in Tirol zudem die Betriebsschließungen der Austria Tabak, Elektra Bregenz und des Bürgerbräus Innsbruck sowie der Personalabbau bei der Tiroler Tageszeitung für Schlagzeilen. In allen Fällen wurden Unternehmensstiftungen gegründet, die von der amg-tirol getragen werden. Als Kooperationspartner anderer Stiftungsträger ist die amg-tirol darüber hinaus österreichweit an den Betriebsstiftungen Casinos Austria AG, Siemens COM-E, BP Austria AG, Post AG, Top Versicherungsservice GmbH sowie Coca Cola Beverages Austria GmbH beteiligt.

Die Resonanz bei den StiftungsteilnehmerInnen ist rundum positiv: „Für mich war die Arbeitsstiftung die beste Chance, die es für mich gegeben hat. Ich habe einen Lehrabschluss nachgeholt und nach der Karenz kann ich beruflich etwas ganz Neues machen. Meine Botschaft ist, dass alle die die Chance haben, in eine Arbeitsstiftung zu gehen, diese unbedingt nutzen sollten. Denn niemand ist zu alt zum Lernen - und wie man bei mir sieht - geht es auch mit Kind." (Gabi, 31)

Nähere Informationen unter www.amg-tirol.at

Maria Steibl

Verein Arbeitsassistenz Tirol

Marco Nicolussi

Ich möchte im folgenden Beitrag versuchen, die Arbeit des Vereins Arbeitsassistenz Tirol, kurz: *arbas Tirol*, zu beschreiben. Ich beginne mit einem kurzen geschichtlichen Abriss des Assistenzmodells und der Einrichtung, beschreibe dann die aktuelle Arbeit in Tirol und versuche dessen Standortbestimmung mit einem Seitenblick auf die österreichischen Rahmenbedingungen und Europa. Am Schluss des Beitrags steht meine persönliche Einschätzung der behindertenpolitischen Entwicklung.

In Österreich hat sich seit Anfang der 90er Jahre der Begriff „Arbeitsassistenz" etabliert. Vor dem Hintergrund einer konstant hohen Sockelarbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderungen, entschlossen sich VertreterInnen der Politik und (Bundes)-verwaltung Maßnahmen zu ergreifen. Damit wurde ein spannender Prozess eingeleitet und es entstanden in allen österr. Bundesländern eine Reihe von Assistenzprojekten. 1996 wurde in Tirol der „Verein Arbeitsassistenz Tirol – Verein für die berufliche und soziale Integration von Menschen mit körperlichen, geistigen, psychischen und psychosozialen Benachteiligungen" von einer Gruppe engagierter ExpertInnen und Einrichtungen gegründet.

Die „Begleitenden Hilfen" wurden gleichzeitig zum Leitbegriff eines ganzen Leistungsbündels, das seither entstanden ist: *Arbeitsassistenz* als Prototyp wurde für die Zielgruppe Erwachsener reserviert, mit Clearing und Jugendarbeitsassistenz wurden spezialisierte Integrationshilfen für die Zielgruppe der 14 bis 24jährigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen beim Schulaustritt und Arbeitseinstieg geschaffen. Eine Novelle des Berufsausbildungsgesetzes öffnete 2003 den Weg zum Lehrabschluss für Menschen mit Behinderungen indem die sog. Teilqualifizierung und die verlängerte Lehre als spezifische Ausbildungsmodelle eingerichtet wurden. Allein dieses Angebot verhalf ca. 130 Jugendlichen mit einem handicap seit 2004 zu einem Ausbildungsplatz, der von der *arbas Tirol* bis zum Lehrabschluss betreut wurde.

Und es floss Geld, viel Geld. Während etwa die sozialökonomische Projektlandschaft finanziell mehr und mehr beschnitten wurde und kaum mehr nennenswerte neue Projektidee verwirklichen kann, wurde die berufliche Integration von Menschen mit Behinderungen massiv gefördert. Die sog. Behindertenmilliarde (in alter Währung) wurde ausgeschüttet; umspült von Aktionen rund um das europäische Jahr der Behinderung, Sensibilisierungs-Kampagnen, Pakte zwischen Wirtschaft und Vorfeldorganisationen und mündend in neue Projekte und Allianzen war der Überblick mitunter nur mehr schwer zu wahren. Als letzte hervorhebenswerte Maßnahme wurde die Persönliche Assistenz am Arbeitsplatz – in Tirol wurde sie dem SLI, der *Selbstbestimmt Leben Initiative*, übertragen – eingerichtet. Blicke ich zurück, so zieht sich dennoch erkennbar ein roter Faden durch die beschriebene Entwicklung. Die Rahmenprogramme und Impulse für die geschaffenen „Begleitende Hilfen" sind aus meiner Sicht gut abgestimmt. Und einem eindeutig und gut formulierten Paket an Förderbestimmungen steht eine Anbieterlandschaft von sozialen Dienstleistern gegenüber, die sich zwar organisatorisch und in der Anbieterdichte von Bundesland zu Bundesland sehr differenziert entwickelt hat, insgesamt jedoch ein gemeinsames Ziel, nämlich die berufliche Integration von Menschen mit Behinderungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt, verfolgt.

Mittlerweile sind ca. 50 Trägereinrichtungen zum Dachverband berufliche Integration Österreich zusammengeschlossen. In Tirol ist die *arbas Tirol* der größte Dienstleister, was im Bereich der Assistenzdienstleistungen einer Monopolstellung gleichkommt. Gleichzeitig ergänzen die Integrationsangebote anderer Organisationen (Aufbauwerk der Jugend, Tafie, Boat, Geschützte Werkstätte Vomp und Imst, Lebenshilfe, Werkstart, Artis, insieme, die verschiedenen Verbände und Betroffenenorganisationen u. a. m.) die Arbeitsassistenz.

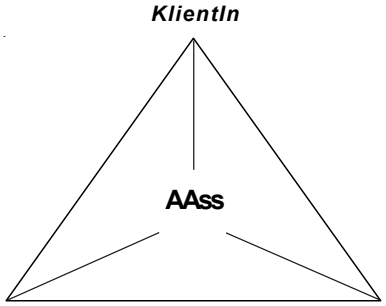
Arbas Tirol bietet aktuell ein breites Spektrum an Möglichkeiten zur beruflichen Integration. Zusammengefasst sind es:

1. Clearing als Angebot einer grundlegenden Abklärung der Berufschancen,
2. Jugendarbeitsassistenz als Unterstützung bei Arbeitssuche und -einstieg
3. Berufsausbildungsassistenz als Begleitung von Jugendlichen in der integrativen Lehrlingsausbildung
4. Und die Angebote der Arbeitsassistenz, die auf die nachhaltige Vermittlung und Sicherung von Erwachsenen mit Behinderung abzielt.

Noch bis Juni 2007 koordinieren wir auch eine Entwicklungspartnerschaft im Rahmen des europäischen Programms equal: Das *Unternehmen 2010* umfasst ca. 20 Partner strategisch und operativ tirolweit und verfolgt die Absicht der professionellen Erschließung und Betreuung der Tiroler Unternehmenslandschaft für behinderte Arbeitskräfte.

Auf sechs Standorte tirolweit verteilt kann die *arbas Tirol* in den Bezirken Innsbruck, Schwaz, Kufstein, Kitzbühel, Imst, Lienz und Landeck schnell und unkompliziert Betreuung anbieten. Im Regelfall melden sich Betroffene und einstellungsinteressierte Betriebe bei der *arbas Tirol*. Ist der Kontakt einmal hergestellt, kommen die ArbeitsassistentInnen auch

dorthin, wo sie gebraucht werden: in die Betriebe, an die Schule oder zur Familie.
Die Arbeit folgt bewährten Standards: Die Kernprozessbeschreibungen der 4 genannten Projekte greifen ineinander und ermöglichen so ein möglichst lückenloses Angebot an Dienstleistungen, die vom Schulende bis zum Ausstieg aus der aktiven Berufslaufbahn reichen können. Die Qualitätskriterien, die unserer Arbeit zugrunde liegen, verfolgen einen (inter)national überprüfbaren Standard. An einem Qualitätszertifikat (Qualitätssiegel) für einen professionellen Auftritt gegenüber KlientInnen und KundInnen wird derzeit gearbeitet.
Das Team der *arbas* besteht aus 35 Beschäftigten und ist heterogen zusammengesetzt: SozialarbeiterInnen arbeiten darin ebenso wie ein bunter Bogen verschieden qualifizierter KollegInnen, der im Basisberuf vom Speditionskaufmann bis zur Juristin reicht. Methodisch ist die Assistenztätigkeit auf die Einzelgesprächssituation zentriert. Der Prozess der Betreuung erstreckt sich über Monate bis zu einem Jahr im Durchschnitt und ist in einer Vereinbarung schriftlich zwischen den Beteiligten geregelt. Zwischen den AkteurInnen nimmt die Assistenz selbst eine intermediäre Stellung ein, die sich wie folgt beschreiben lässt:



In Krisenfällen am Arbeitsplatz versucht der/die AssistentIn zudem eine vermittelnde Rolle einzunehmen. Ein besonderes methodisches setting wurde für Jugendliche entwickelt. Hier wird in sog. Zukunftsgesprächen und Unterstützungskreisen in Gruppenarbeit eine Gruppe von wesentlichen AkteurInnen rund um den/die Jugendliche/n eingerichtet und angeleitet.

Beratung, Betreuung – die eigentliche Assistenz – und Öffentlichkeitsarbeit sind die Kernstücke in der Stellenbeschreibung eines/einer Assistenten/in. Erfordert die Arbeit mitunter ein betont einzelkämpferisches Vorgehen, so arbeiten in allen Standortbüros immer Teams, die ihre Aufgabenstellung regional und ihre Tätigkeiten als sich komplettierend verstehen. Die Berufsausbildungsassistenz ist in ihrer Arbeitskonzeption mit Casemanagement vergleichbar und beinhaltet die koordinative Anleitung einer ganzen Reihe von Beteiligten rund um den/die Betroffene/n (Lehrling, Lehrbetrieb, Berufsschule, Lehrlingsstelle, Prüfungskommission, Bundessozialamt, AMS etc.) .

Der zentrale Fördergeber der Begleitenden Hilfen, das BMSG, in Tirol vertreten durch das BASB, Landesstelle Tirol, schreibt klare Leistungsziele vor. Eine gewisse Ökonomisierung der sozialen Arbeit ist dabei unübersehbar. Beispielsweise sind je Berufsausbildungsassistenz in Vollzeitanstellung (1 VZA) 20 Jugendliche in der integrativen Berufsausbildung zu betreuen. In der Erwachsenenbetreuung sollen je VZA jährlich 15 Arbeitsplätze erlangt oder gesichert werden.

Die Leistungsbilanz lässt sich sehen: 2006 nahmen über 600 Betroffene ein Assistenzangebot der *arbas* in Anspruch. In ca. 300 Betriebe gelangen Vermittlungsversuche oder wurden Ausbildungsplätze geschaffen. Im Moment begleiten wir ca. 300 KlientInnen laufend. Tendenz steigend. Das schafft manchmal auch Engpässe und Betroffene müssen sich auf eine Wartezeit einrichten, welche die *arbas* so kurz wie möglich halten will.

Und während in der allgemeinen Sozialpolitik innovative Anstöße Mangelware geworden sind, sticht der behindertenpolitische Diskurs immer noch positiv heraus. Die europäischen Bestimmungen zu Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung sprechen neuerdings wieder eine klare Sprache: Aufgrund seiner Behinderung darf niemand mehr bei Berufsausbildung und –tätigkeit diskriminiert werden (Artikel 13 im Amsterdamer Vertrag). Das neue, nationale Behindertengleichstellungsgesetz verstärkt diesen Tenor und sieht einen Stufenplan vor, dem zu Folge etwa die Zugänglichkeit und Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude für Menschen mit Behinderungen erhöht werden muss. Auch wenn es so manchen zu wenig weit reichend und zu wenig schnell dabei zugeht – ich bleibe bei meiner Einschätzung, dass derzeit nicht so schnell ein vergleichbar dynamisches, herausforderndes und spannendes Arbeitsfeld zu finden ist, wie die Arbeit der beruflichen Integrationsarbeit mit/für Menschen mit Behinderungen.

Marco Nicolussi
Geschäftsführer des Vereins
Arbeitsassistenz Tirol

Nähere Informationen über Konzept und Arbeit der Arbeitsassistenz Tirol ist zu finden unter: www.arbas.at, www.dabei-austria.at

Arbeitsassistenz Tirol Marco Nicolussi
0512 / 567224-13
In den Bezirken:
05332 / 70 108 (Wörgl), 05242 / 90 600 (Schwaz), 05412 / 62 932 (Imst), 04852 / 73 440 (Lienz)
Email: office@arbas.at

s´Gwandtl - sozialökonomischer Betrieb für Frauen in Osttirol

Rita Feldner

Seit mittlerweile fast zehn Jahren besteht in Lienz der sozialökonomische Betrieb (SÖB) s´Gwandtl, der es sich zum Ziel gesetzt hat, Frauen beim (Wieder-) Einstieg ins Berufsleben zu unterstützen. Gegründet wurde der Betrieb 1997 vom Verein **SOFA** (**S**oziale **O**sttiroler **F**rauenprojekte für **A**rbeitssuchende), einem Verein der Caritas.

SOZIAL-ÖKONOMISCH bedeutet, dass ein Betrieb zwar nach wirtschaftlichen Kriterien arbeitet so wie jedes andere privatwirtschaftliche Unternehmen auch, dass aber bei der Auswahl und Beschäftigung der Arbeitnehmerinnen gleichzeitig soziale Kriterien eine große Rolle spielen. Neben der Tatsache, dass Frauen auf dem Arbeitsmarkt – leider noch immer – benachteiligt sind, haben viele Frauen noch zahlreiche individuelle Probleme, die eine Integration in den Arbeitsmarkt zusätzlich erschweren. Das beginnt bei mangelnder Berufsausbildung bzw. langer Abwesenheit vom Arbeitsmarkt und reicht über verschiedenste gesundheitliche Probleme bis hin zu der Tatsache, dass (alleinerziehende) Mütter, und der Großteil der langzeitarbeitslosen Frauen in Osttirol zählt dazu, nur selten einen Arbeitsplatz finden, bei dem Rücksicht auf ihre Betreuungspflichten genommen wird. Außerdem ist die Organisation der Kinderbetreuung besonders in kleinen Dörfern, in denen neben dem öffentlichen Kindergarten weder Tagesmutterdienste noch Hort angeboten werden, nicht immer einfach.

Diesen Problemstellungen möchte s´Gwandtl entgegenwirken. Derzeit werden neben 2 Lehrstellen für Damenkleidermacherin und einem begünstigten Arbeitsplatz elf - jeweils für ein Jahr befristete - Transitarbeitsplätze angeboten. Durch fachliche Qualifizierung und unterstützende sozialpädagogische Beratung und Betreuung werden die Perspektiven und Möglichkeiten am Arbeitsmarkt erhöht.

Die Firmenbezeichnung s´Gwandtl lässt Rückschlüsse auf die Tätigkeit des Betriebes in zweierlei Hinsicht zu: Zum einen auf die Verarbeitung von Textilien, zum anderen aber auch auf die Vermittlung von Kenntnissen im Schneidereigewerbe und im Verkauf, durch die die Mitarbeiterinnen eine gewisse „Gewandtheit“ erwerben sollen. Die begleitende sozialpädagogische Beratung und Betreuung reicht von der jeweiligen individuellen Problembewältigung, z. B. Schuldenregulierung, Einleitung von Therapien bei gesundheitlichen Einschränkungen, usw. bis zu gezieltem Bewerbungstraining und Unterstützung bei der Stellensuche.

Im Gwandtl gibt es für Frauen mehrere Betätigungsfelder: Der SÖB betreibt eine Änderungsschneiderei, einen Second-Hand-Shop, einen Naturladen und organisiert die Altkleidersammlung im gesamten Bezirk. Dadurch gibt es Arbeitsplätze mit verschiedensten Anforderungen und Möglichkeiten beispielsweise als Verkäuferin, Näherin, Fahrerin oder Hilfskraft. In der Schneiderei werden neben Änderungen auch verschiedene Handwerksprodukte hergestellt wie Tischdecken, Taschen, Patchworkdecken oder Dekorationsmaterial, alles auch nach individuellen KundInnenwünschen. Im Naturladen reicht das Angebot von Holzspielwaren und Geschenksartikel aus natürlichen Materialien bis hin zu Hanfkosmetik und biologischen Wasch- und Reinigungsmitteln.

Sozialökonomische Betriebe sind aufgrund der sozialen Zielsetzung auf die finanzielle Unterstützung von Fördergebern angewiesen. Derzeit wird s´Gwandtl vom Arbeitsmarktservice, dem Europäischen Sozialfonds, dem Land Tirol und dem Bundessozialamt gefördert. Wie lange noch, das lässt sich jedoch nicht mit Sicherheit sagen. Die Situation wird zunehmend schwieriger, da zum einen die Mittel auch bei den Fördergebern knapper werden, zum anderen eine Konzentration der Mittel auf Einrichtungen, welche einen möglichst hohen statistischen Erfolg bringen, spürbar ist. Das heißt, dass Projekte mit schwieriger Klientel und dementsprechend geringeren Erfolgsaussichten sich unter Umständen in den kommenden Jahren nach neuen Förderpartnern oder gänzlich anderen Finanzierungsmodellen umsehen müssen.

Rita Feldner

Sozialökonomischer Betrieb s´Gwandtl,
Second-Hand-Shop, Verein SOFA

Änderungsschneiderei
Hauptplatz 3 ; 9900 Lienz

Naturladen
Europaplatz 1; 9900 Lienz

Second-Hand-Shop
Hauptplatz 3; 9900 Lienz

Büro
e-mail: office@s-gwandtl.at, www.s-gwandtl.at

ARBEITSLOSENSPRECHERIN www.arbeitslosensprecherin.at

Mark P. Neuner

Die Mitglieder des Vereins *ArbeitslosensprecherIn* verstehen sich selbst als ExpertInnen für Erwerbsarbeitslosigkeit – qualifiziert durch die eigene Betroffenheit.

Der Verein ist ein Zusammenschluss regionaler Erwerbsarbeitslosenselbstinitiativen und engagierter Einzelpersonen mit Erwerbsarbeitslosenerfahrung. *ArbeitslosensprecherIn* engagiert sich für alle Menschen, die von Erwerbsarbeitslosigkeit bedroht oder betroffen sind und ermutigt diese selbst aktiv zu werden. Ziel des Vereins ist es Armut und Ausgrenzung zu bekämpfen. Zudem wollen die ExpertInnen in die Gestaltung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Erwerbsarbeitslosigkeit miteingebunden werden.

Wer kann besser sagen, was es heißt, arbeitslos zu sein als die Betroffenen selbst? Wer kann besser sagen, was hilft, was hilft nicht? Wer spürt besser, was es heißt „zu alt" zu sein, „zu jung" zu sein, „die falsche Qualifikation" zu haben oder auch einfach nur „am falschen Ort zu wohnen"? Wer kann Arbeitslose besser vertreten, als sie sich selbst? Erwerbsloseninitiativen aus ganz Österreich haben sich im November 2004 zu diesem Zweck unter dem Namen *ArbeitslosensprecherIn* zusammengeschlossen und wollen sich nicht mehr vertreten lassen – Selbstorganisation als Schritt zur Emanzipation. Mittlerweile ist klar, dass mit egalitärer und eigenverantwortlicher Interessensvertretung auch eine ganze Reihe von Umdenkprozessen verbunden ist.

Arbeitslosigkeit kann, aber muss kein Problem sein. Dies hängt vom politischen und wirtschaftlichen Kontext ab. Einkommensarmut bzw. Einkommenslosigkeit sind jedoch in jedem Fall prekär und bedrohlich. Definiert werden sollte das Problem Arbeitslosigkeit von jenen Menschen, die davon betroffen sind. Denn sie sind es schließlich, die die Auswirkungen in ihrem ganzen Umfang zu spüren bekommen. Die Lösungskonzepte der Erwerbsarbeitslosen sollen untereinander ausverhandelt werden und sind in lebendiger Wechselbeziehung mit der sich ändernden Wirklichkeit zu sehen. Die Selbstorganisation erfüllt nun genau diese Aufgaben: sie bildet ein Netzwerk. Dadurch können die vielfältigen Lösungsansätze untereinander ausgetauscht und ergänzt werden. Das Resultat deckt sich im Idealfall mit den Vorstellungen möglichst vieler der am Prozess Beteiligten.

Auch den einzelnen AktivistInnen österreichischer Arbeitsloseninitiativen war im Vorfeld der Gründung des Vereins klar: Vertretung kann nur als Selbstvertretung akzeptiert werden. Die Einbettung in eine Koordination aus gesellschaftlichen Kräften kam nicht in Frage. Sie fühlten sich nämlich von gerade den Institutionen missverstanden, die vorgeben die Interessen der Erwerbslosen zu vertreten. Sie waren der Meinung, diese hätten am Problem nur ein instrumentelles, allenfalls ein karitatives Interesse – ein traditionsreiches Gesellschaftsspiel: Diejenigen, die offiziell als VertreterInnen einer Sache gehandelt werden, entpuppen sich in ihrem wirklichen Part als die klarsten Gegner, wenn es um den Kern des Problems geht. Man wollte keinesfalls ein Bündnis mit denen eingehen, die man für die Arbeitslosenmisere mitverantwortlich machte. Das hätte der Farce, die das Arbeitslosenschicksal in einem der reichsten Länder der Welt für die Betroffenen darstellt, noch eine weitere hinzugefügt. Daher wollte man aus eigener Kraft starten, um unbehelligt von politisch-taktischen Erwägungen sofort die Kernprobleme des Arbeitslosendaseins anzugehen.

Die erste Herausforderung als selbstorganisierte Gruppe ist es, sich Gehör zu verschaffen. Das kann insofern schwierig sein, als man die bereits etablierten Institutionen übertönen muss. Dazu bedarf es zuerst eines funktionierenden internen Kommunikationsflusses. Dieser muss für alle Beteiligten die Möglichkeit garantieren sich selbst und ihre Interessen einbringen zu können. Denn auch wenn der Zusammenschluss – wie im Fall der *ArbeitslosensprecherIn* – als bundesweite Interessensvertretung agiert, bedeutet das keine Übernahme von Vollmachten. Das heißt, es soll keine Ablösung der Verantwortung und Entscheidungskompetenz der einzelnen involvierten Initiativen passieren. Denn die jeweiligen Strategien zum Umgang mit Institutionen passen sich dem Bedarf vor Ort und den Voraussetzungen der AkteurInnen an. Politische Analysen entstehen aus täglicher Expertise im eigenen Erfahrungsraum und werden in der gemeinsamen Diskussion der Initiativen weiterentwickelt. Denn nicht vom Arbeitsmarkt und seinen Institutionen muss die Theoriebildung ihren Ausgang nehmen, sondern von den Erlebnissen und Bedürfnissen der davon Betroffenen. Die Deckung zwischen erlebter Wirklichkeit und Theorie ist genauso wichtig wie der lebendige Austausch zwischen den Einzelnen und der Organisation. Dies bedeutet möglichst große Offenheit der Mitglieder untereinander und die Gestaltung egalitärer Beziehungen zwischen denselben. Dabei kann es mitunter zu Unstimmigkeiten durch allzu scharfe Kritik kommen.

Ein anderer Konflikt kann da entstehen, wo gleiche Entscheidungsbeteiligung bei unterschiedlichem Engagement eingefordert wird – ein grundsätzliches Problem der Basisdemokratie. Auch in selbstorganisierten Gruppen gibt es jene, die sich mehr, und

jene, die sich weniger einbringen. Daraus resultieren Informationsvorsprünge für die einen und Rückstände für die anderen. Diese müssen freilich gerechtfertigt und – wo dies möglich ist – minimiert werden. Aber zügige Arbeit und die Forderung, immer am Puls des politischen Geschehens zu bleiben, sind mit ständiger Abklärung in Plena und kleinlichen Rechtfertigungsbedürfnissen nicht vereinbar. Je mehr Menschen in die Selbstvertretung eingebunden sind, desto weniger Mobilität lässt sie nach innen zu. Sie soll aber kein Apparat werden und das Moment der Bewegung kann durchaus bedeuten, dass nicht alle in eine Richtung gehen. Nicht nur nach außen hin soll Selbstvertretung gelten, sondern auch nach innen: Jedes Mitglied bildet seine eigene Realität ab, spricht für sich. Der Diskurs wird geführt, aber auch der Spagat zwischen dem, was wünschenswert und dem, was möglich ist, muss gemeistert werden.

Wie also sollte Kommunikation in selbstorganisierten Gruppen passieren? Im schriftlichen Fernverkehr kommt es immer zu Einbußen in der Verständigung. Es ist daher wichtig in regelmäßigen Abständen persönliche Treffen zum unmittelbaren Erfahrungs- und Meinungsaustausch abzuhalten. Das dient dazu, unterschiedliche Zielvorstellungen abzuklären. Zudem ist der persönliche Austausch nötig, um ein für alle tragbares Konzept der Vertretung nach außen hin zu erarbeiten. Es ist oft schwierig, aufgrund mangelnder Ressourcen Reisen zu solchen Treffen durchzuführen. Daraus ergibt sich wiederum das Problem, Initiativen, die erst im Entstehen begriffen sind, zu unterstützen und in die Vereinstätigkeiten einzugliedern. Das gilt gerade für verarmte Erwerbsarbeitslose. So werden oftmals scheinbare Kleinigkeiten, wie etwa ein nicht vorhandener Internetanschluss, zur schier unüberwindbaren Kommunikationshürde. Die Betroffenen in den Bundesländern haben dadurch keine Chance zu erfahren, dass es eine selbstorganisierte Plattform gibt, dass sie nicht allein sind, sondern sich gemeinsam mit anderen gegen ihr Schicksal wehren könnten. Direkter Zugang zu Information ist demnach Voraussetzung für erfolgreiches Netzwerken.

Der Verein ArbeitslosensprecherIn selbst will ein Instrument zur Mobilisierung der Arbeitslosenbewegung sein. Er will lebendig bleiben als Zusammenschluss seiner Mitglieder. Anhand der skizzierten Herausforderungen wird deutlich, dass Praxistauglichkeit und Effektivität selbstorganisierter Strukturen permanent auf dem Prüfstand stehen. Das heißt, dass sich alle Beteiligten innerhalb ähnlicher Selbstvertretungsmodelle immer wieder an die gemeinsamen Gründungsabsichten erinnern müssen. Tun sie dies nicht, laufen sie Gefahr das Schicksal vieler Bewegungen zu erleiden: vielfältig und demokratisch im Ursprung erstarren sie im Laufe der Zeit an vorgegebenen Sachzwänge. Daher ist der ständige Austausch von Erfahrungen wichtig. Die Selbstorganisation muss sich die Fähigkeit erhalten, auf die sich ändernden Bedürfnisse der Beteiligten zu reagieren. Diese selbstauferlegten Richtlinien sollen Garant für einen Weg sein, der Menschenwürde und Menschenrechte zum Ziel hat.

Mark P. Neuner

IVDA: Interessen Vertreten Der Arbeitslosen

Mark P. Neuner

Interessen Vertreten Der Arbeitslosen (IVDA) heißt die Initiative, die Mark P. Neuner und Schmied P. Michael ins Leben gerufen haben. Ziel ist es, den Arbeitslosen bei der Durchsetzung Ihrer Rechte zu helfen.

Begonnen hat der optimistische Plan Ende 2004, als IVDA eines Abends geboren wurde. Nach finanziell erfolgloser selbstständiger Tätigkeit im Jahr 2005 - 2006 als OEG wurden die Initiative IVDA und weitere soziale Projekte fast ausgehungert.

Wer weiß schon welche Schicksale das AMS täglich zu verantworten hat? Der Mensch zählt in diesem System überhaupt nicht mehr, das Wichtigste sind verfälschte Statistiken, die der Politik vom AMS zur allgemeinen Gehirnwäsche serviert werden.

Wir, *Interessen Vertreten Der Arbeitslosen*, werden Beratungscafes in der Nähe des AMS betreiben, um allen Betroffenen sofort als Gegenpol aktiv zur Seite zu stehen.

Die Verantwortlichen im AMS wollen nicht ernsthaft zuhören, das Thema Armut und Arbeitslosigkeit ist zwar schlimm genug, aber es lässt sich zuviel Geld damit verdienen anderen das letzte Hemd wegzunehmen, so ihr Motto. Auf der Webseite www.ivda.at sammeln wir AMS – Erfahrungsberichte, die uns auf diesem Weg täglich bestärken.

Mark P. Neuner
www.ivda.at

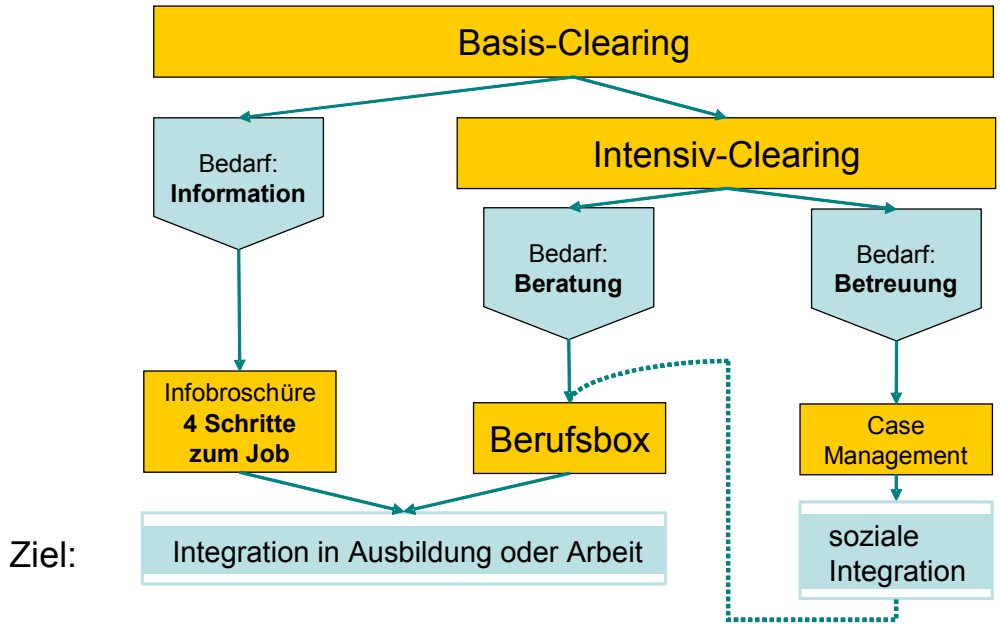
Join in a Job! Instrumente zur beruflichen Beratung jugendlicher MigrantInnen

Eva Fleischer

Im Rahmen des Projektes Join In – das bereits in SIT vorgestellt wurde – wurden in unserem Teilprojekt (Durchführung Hafelekar Unternehmensberatung) interkulturelle Clearing- und Beratungsinstrumente entwickelt. Grundlegender Gedanke dabei war, den Migrationshintergrund von Jugendlichen nicht mehr ausschließlich als Defizit wahrzunehmen, sondern auch als mögliche Quelle von Kompetenzen und Ressourcen, die auch für die berufliche Integration nutzbar sein können. Bei der Erarbeitung und Erstevaluation dieser Instrumente wurden wir dabei von einer Entwicklungsgruppe mit ExpertInnen aus der Praxis der Sozialen Arbeit unterstützt. Ziel der Instrumente ist, den individuellen Unterstützungsbedarf der Jugendlichen zu ermitteln und berufsrelevante Ressourcen und Kompetenzen sichtbar zu machen.

Was war uns bei der Entwicklung wichtig? Neben einer durchgehenden Orientierung an Kompetenzen und Ressourcen sollen die Instrumente gleichermaßen auf geschlechtsspezifische wie kulturspezifische Differenzen eingehen und die Lebenssituation speziell von Jugendlichen berücksichtigen. Ebenfalls wichtig ist uns die ganzheitliche Betrachtung der Lebenssituation, d. h. in der Beratung geht es nicht ausschließlich um das Thema Beruf, sondern um alle Themen, die die berufliche Integration beeinflussen (können), z. B. Wohnsituation oder die jeweilige Migrationsgeschichte. Dies ist Voraussetzung, um eine individuelle Beratung und Begleitung durchzuführen zu können und Potenziale, Ressourcen, aber auch Vermittlungshemmnisse deutlich zu machen. Das Clearing, das als gemeinsame Erarbeitung der zentralen Bedürfnisse und der konkreten Anliegen im Beratungsprozess dient, hat nicht die soziale Diagnostik als Selbstzweck als Ziel, sondern entsprechend der Ergebnisse des Clearing sollen dann den Jugendlichen passgenaue Angebote gemacht werden können.

Die folgende Grafik bietet eine Übersicht aller Beratungsbausteine:



Basis-Clearing
Den Ausgangspunkt des Unterstützungsangebotes bildet ein *Basis-Clearing*, das in einem ca. einstündigen Beratungsgespräch mit den BeraterInnen stattfindet. Dabei werden die wesentlichen Themenbereiche (Dokumente und rechtliche Aspekte; Wohnsituation; Ausbildung und Kompetenzen; Migration/Leben in Österreich; Berufstätigkeit; Finanzielle Situation und Gesundheit) strukturiert angesprochen und konkrete Anliegen formuliert, die sofort in Angriff genommen werden sollten. Das Basis-Clearing bildet auch die Entscheidungsgrundlage dafür, ob bei den KlientInnen nur ein Informationsbedarf besteht, oder ob in einzelnen Lebensbereichen Problemlagen bestehen, die ausführlich in einem Intensiv-Clearing bearbeitet werden sollten.

Broschüre 4 Schritte zum Job
Jugendliche mit einem stabilen sozialen Umfeld, bei denen nur ein Informationsbedarf besteht, sollen an entsprechende Stellen der Arbeitsvermittlung weitervermittelt werden (insbesondere das Arbeitsmarktservice, aber auch die Berufsinformationszentren der Wirtschaftskammern). Weiters wurde für diese Jugendliche die Infobroschüre *4 Schritte zum Job* er-

stellt, die u. a. auf die rechtlichen Rahmenbedingungen zum Arbeiten in Österreich eingeht.

Intensiv-Clearing
Das *Intensiv-Clearing* behandelt wieder die eingangs im Basis-Clearing bearbeiteten Themenbereiche, allerdings in einer viel ausführlicheren Form und mit diagnostischen Methoden, die Problemlagen genauer erkennen lassen und Lösungswege aufzeigen. Im Abschluss davon wird mit den BeraterInnen ein Hilfeplan erstellt, der konkrete Ziele mit konkreten Aufgaben für Jugendliche und BetreuerInnen enthält, die gemeinsam vereinbart werden. Anhand des Intensiv-Clearings kann auch entschieden werden, ob ein Unterstützungsbedarf überwiegend im Bereich der beruflichen Beratung oder im Bereich der Betreuung liegt.

Berufsbox
Eine tiefergehende berufliche Beratung wird dann als sinnvoll eingestuft, wenn eine stabile soziale Situation gegeben ist, aber noch sehr unklare berufliche Vorstellungen. Dafür wurde die *Berufsbox* entwickelt. Dies ist ein Instrument zur Wertschätzung, Beschreibung und Dokumentation von Kompetenzen und stellt damit die Grundlage für die Berufswahl und den Bewerbungsprozess dar.

Case-Management – Datenbank Tiroler MigrantInnenkompass
Bei Jugendlichen, bei denen im Rahmen des Clearing-Prozesses primär sozialarbeiterischer Betreuungsbedarf erkannt wird, müssen zunächst die dringenden sozialen Probleme gelöst werden, bevor sinnvollerweise die berufliche Beratung ansetzen kann. Diese sozialarbeiterische Betreuung kann im Regelfall nicht bzw. nicht alleine von den auf die berufliche Beratung ausgerichteten Institutionen geleistet werden. Die Vernetzung bzw. koordinierte Zusammenarbeit unterschiedlicher Hilfesysteme ist der Kern des Case Management-Ansatzes. Eine konsequente Umsetzung dieses Ansatzes würde allerdings eine sehr große sozialpolitische Umwälzung darstellen, die den Rahmen unseres Projektes sprengen würde. Ein (kleiner) Baustein dazu ist eine transparente Übersicht über die Leistungsangebote der unterschiedlichen Institutionen im Sozial- und Gesundheitsbereich, wobei die jeweiligen migrantInnenspezifischen Angebote gesondert ausgewiesen werden. Diese liegt als Datenbank der Tiroler MigrantInnenkompass vor, der auf CD-Rom in der demnächst erscheinenden Publikation als auch im Internet (*www.join-in.at*) verfügbar sein wird.

Wie geht es weiter?
Die Entwicklung der Instrumente ist vorerst abgeschlossen und die Ergebnisse sind demnächst als Buch (mit CD-Rom) bzw. im Internet zugänglich. Die ersten Evaluationsergebnisse sind vielversprechend. Was es jetzt braucht, ist eine Sicherung der Nachhaltigkeit auch über das Projektende hinaus. Ein erster Schritt dazu ist ein Workshop bei der Join In! Abschlussveranstaltung am 30. 3. 2007 (Zukunftszentrum), wo wir unsere Produkte interessierten SozialarbeiterInnen vorstellen werden. Wir arbeiten derzeit an einem Curriculum, um die entsprechende Schulung der BeraterInnen, die die Instrumente anwenden wollen, sicherzustellen. Falls Sie Interesse an den Instrumenten haben, ev. diese in Ihrer Einrichtung anwenden wollen, wenden Sie sich an:

Silvia Exenberger, Eva Fleischer,
Martin Maier, Paul Schober
Hafelekar Unternehmensberatung
Boznerplatz 5
6020 Innsbruck
office@hafelekar.at

Internationaler Girls`Day Ein Termin für Soziale Arbeit?

Ingrid Wagner

Am 26. April 2007 findet heuer wieder der internationale Girls' Day statt. Mädchen der dritten und vierten Klassen (13 - 15 Jahre) haben an diesem Tag die Möglichkeit, traditionelle „Männerarbeit" in den Werkstätten unterschiedlicher Tiroler Betriebe kennen zu lernen. Männerberufe können mögliche Frauenberufe der Zukunft sein.
Seit längerem bemühen sich die Initiatorinnen um Möglichkeiten auch Burschen an diesem Tag „Frauenberufe" zugänglich zu machen.

Im Jahrgang 2006 wurden an der FH für Soziale Arbeit in Innsbruck 52 Studierende eingeschrieben, davon 43 Frauen und 9 Männer.
Die Zuschreibung und Tradition Sozialer Arbeit und der gesamten Care Berufe zum weiblichen Geschlecht erschweren Burschen den Zugang zu sozialen und pädagogischen Berufsfeldern und führen in den Bereichen Sozialer Arbeit, Erziehung und Bildung zu einem Mangel an Männern. Dieses Männerdefizit stellt keinen Qualitätsmangel dar, wirkt sich jedoch prägend aus, indem sich Kindern und Erwachsenen Kindergarten, Volksschule, Kinderkrippe, Kleinkinderwohngruppe u. a. als weitgehend männerfreie Räume präsentieren. Erziehung und Bildung stellen sich für Mädchen als mögliche Orte der beruflichen Zukunft dar und für Burschen als Orte, denen es zu entwachsen gilt. Dasselbe gilt für die breite Palette der Sozialen Berufe.

Wenn ausschließlich Mädchen auf die Umsetzung ihrer Potentiale in Männerberufen hingewiesen wer-

den, Frauenarbeit im Gegenzug als Berufsfeld für männliche Jugendliche jedoch übersehen wird.
Die Berufswahl ist eine sensible und wichtige Phase im Leben von Menschen, beide Geschlechter sind in ihren Perspektiven eingeschränkt, wenngleich die negativen Folgen für Mädchen, durch die ökonomischen Benachteiligungen in Frauenberufen, offensichtlicher sind.
Gesucht sind Stellen im Bereich Sozialer Arbeit, die die Möglichkeit sehen, jeweils ein bis zwei Hauptschülern der dritten und vierten Klasse am 26. April 2007 einen „Schnuppertag" zu ermöglichen. Anforderungen der Anonymität dürften die Möglichkeiten in der Sozialen Arbeit einschränken. Doch sehen Sie in ihren Einrichtungen eventuell Möglichkeiten, die sich doch nützen lassen? Vielleicht arbeiten Sie mit KlientInnen, deren Einverständnis eingeholt werden kann?
Häufig wird in Diskussionen das *schlagende* Argument vorgebracht, mit dem Einkommen in Sozialberufen könne man keine Familie ernähren, deshalb seien kaum Männer in diesem Berufsfeld. Diese Argumentation beinhaltet die Vorstellung, dass für Frauen auch weniger Geld genug ist und beruht auf dem Bild der Normalfamilie der 60er Jahre. Gerade dieses Lebensmodell hat als Legitimation für ungleiche Entlohnung gedient. Die Normalfamilie existiert kaum mehr, als Ideal scheint sie aber noch immer in den Köpfen zu leben. Ein Student reagierte im letzten Semester pointiert: „Ich habe nicht vor eine Hausfrau zu heiraten".
Wenn Sie eine Möglichkeit sehen, einem Burschen den Kontakt zu ihrem sozialen Arbeitsfeld zu ermöglichen, wenden Sie sich bitte an die Projektmitarbeiterin:
Frau Mag. Pia Fellner-Bloder, amg Tirol, 0664/8589724, pia.bloder@amg-tirol.at
Informationen über den Girls Day finden Sie unter: http://www.tirol.gv.at/girlsday

Ingrid Wagner

Achtung - Vernetzungsgefahr

Philipp Bechter

Ein Bericht über das Vernetzungstreffen der FHS „Soziale Arbeit" bzw. „Sozialarbeit" im Rahmen des fünften bundesweiten Treffen der FH-StudierendenvertreterInnen in Dornbirn (Vorarlberg)

Zu Beginn ein Exkurs ins FH-Wesen:
2004 kam es in Wien zum ersten bundesweiten Treffen der FH-StudierendenvertreterInnen. Dort begann der bereits dritte aber bisher erfolgreichste Entwicklungsprozess einer bundesweiten FH-Studierendenvertretung. Es folgten weitere Treffen in Steyr, Salzburg und Hagenberg. Die Vernetzung der einzelnen Standorte und ein Erfahrungsaustausch standen bei diesen im Mittelpunkt. Inzwischen wurde der „Verein zum Aufbau und zur Förderung einer bundesweiten Studierendenvertretung der Fachhochschulen und Fachhochschul-Studiengängen" (VFFH)* gegründet – dieser ist sehr aktiv und genießt die Unterstützung des FH-Rates (FH-R), der FH-Konferenz (FH-K), dem Bildungsministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (BM:BWK), der Studierendenanwaltschaft und der Österreichischen HochschülerInnenschaft (ÖH).

Vom 08. bis 10. 12. 2006 fand bereits das fünfte bundesweite Treffen der FH-Studierenden-vertreterInnen an der FH-Vorarlberg in Dornbirn unter dem Motto „Go for it!" statt. Die Planung und Organisation geschah in Zusammenarbeit zwischen Studierenden der FH-Vorarlberg und dem Management Center Innsbruck. Das Treffen startete mit einer Informationsveranstaltung „Was bisher geschah & Who is who im FH-Sektor". In der Folge gab es eine Reihe von Workshops zu FH-relevanten Themen und Referaten vom International Office der FH-Vorarlberg, der FH-K und der Studierendenanwaltschaft. Der Höhepunkt des Treffens war die Wahl des Vorstandes des VFFH.

Die Studierenden(vertreterInnen) der FHS „Soziale Arbeit" bzw. „Sozialarbeit" waren bei den bundesweiten Treffen stets zahlreich vertreten. Beim fünften bundesweiten Treffen gab es u. A. einen Workshop zum Thema Vernetzung FHS „Soziale Arbeit" bzw. „Sozialarbeit" – geleitet und moderiert wurde dieser von DSA Stefano Falchetto (Studierendenbeauftragter des obds). Teilgenommen haben Studierende aus Dornbirn, Innsbruck, Salzburg und Graz.

Es wird angestrebt, das Informations- bzw. Kommunikationssystem weiter auszubauen. Weiters soll die Zusammenarbeit der FHS „Soziale Arbeit" bzw. „Sozialarbeit" mit den jeweiligen Landesgruppen des obds vertieft werden. Die StudiengangsvertreterInnen werden dies an die jeweilige Studiengangsleitung herantragen. Die Studiengangsleitung soll dann der jeweiligen Landesgruppe und dem obds die zeitliche und räumliche Möglichkeit bieten, sich bei den Studierenden vorzustellen und für eine Mitgliedschaft werben zu können. Des weiteren startet im Westen ein Arbeitskreis zum Thema „FHS & obds" – in diesem sollen die Anliegen der Studierenden an den Berufsverband gesammelt werden. Das Ergebnis wird österreichweit die Runde machen und wird von allen FHS ergänzt – das Endergebnis geht dann an den obds.

Inzwischen wurde die Zusammenarbeit zwischen dem FHS „Soziale Arbeit“ MCI und dem obds – Landesgruppe Tirol verbessert und dem obds als Vorzeigeprojekt vorgestellt. Die/der StudiengangsvertreterIn nimmt in Zukunft bei den Vorstandssitzungen teil und sorgt dafür, dass der Kommunikations- bzw. Informationsfluss zwischen den Studierenden und dem Berufsverband gegeben ist.

* weitere Infos unter www.vffh.at

Philipp Bechter
Studiengangsvertreter FHS „Soziale Arbeit“ MCI
m@il: ph.bechter@mci4me.at

Mit vereinten Kräften für die Zukunft der Sozialen Arbeit

Die Notwendigkeit praxisorientierter Ausbildung

Sabrina Roither

Im Sommer bzw. Herbst diesen Jahres schließen die ersten AbsolventInnen der Fachhochschule ihre Ausbildung zum/zur SozialarbeiterIn ab.
Dank den vielen sozialen Einrichtungen, die uns ermöglicht haben unsere Kurz- und Langzeitpraktikas zu absolvieren, können wir theoretisch und praktisch gerüstet unsere zukünftigen Aufgaben in sozialen Einrichtungen wahrnehmen.
Die Möglichkeit, das theoretische Wissen der Ausbildung auch in den Praktikas mitzuerleben und zu erproben ist unerlässlich für eine umfangreiche und praxisorientierte Ausbildung in der Sozialen Arbeit. Im Rahmen der vierjährigen Ausbildung zum/zur SozialarbeiterIn finden zwei Kurzzeitpraktikas von je einem Monat und ein Langzeitpraktikum von vier Monaten statt. Auch mit der Umstellung auf das Bachelor-Master System diesen Herbst bleibt die praktische Ausrichtung der Ausbildung aufrecht.

Als Studierende und angehende Sozialarbeiterin möchte ich die SozialarbeiterInnen in der Praxis dazu ermutigen, den Auszubildenden die Chance zu geben, durch die Absolvierung eines Praktikums unter der Anleitung professioneller SozialarbeiterInnen in Sozialen Einrichtungen, praktische Erfahrungen zu sammeln und Einblick in Abläufe und Arbeitsweisen zu erhalten. Um die notwendige und gewünschte Praxisorientierung zu gewährleisten, benötigen die Studierenden genau wie die SozialarbeiterInnen, die Dank ihrer eigenen erfolgreichen Ausbildung mit Praktikumserfahrung bereits in der Praxis tätig sind, ausreichend gute Praktikumsplätze. Es liegt an den SozialarbeiterInnen in der Praxis diese zu ermöglichen. Als Angehörige/r dieser Berufsgruppe tragen Sie eine Mitverantwortung für die Zukunft der Sozialen Arbeit in Tirol und das Bildungsniveau zukünftiger KollegInnen.

Ein/e PraktikantIn bringt einem Blick von außen in die Einrichtung, der Chance für Diskussionen und Reflexionen bietet, sowie den AnleiterInnen und MitarbeiterInnen Einblick in den aktuellen Stand der Ausbildung gewährt. Die Einrichtungen ihrerseits geben durch die PraktikantIn wertvolles und aktuelles Praxiswissen weiter, das im weiteren Sinne auch den anderen StudentInnen zugute kommt (Austausch in den Praxisseminaren, Diskussionen in den unterrichteten Handlungsfeldern). Für die einzelnen Einrichtungen und AnleiterInnen stehen PraktikantInnen und AbsolventInnen der Ausbildung als zukünftiger Nachwuchs in der Sozialen Arbeit zur Verfügung.

Zum Abschluss möchte ich noch einmal einen ausdrücklichen Dank an alle bisherigen Praktikumsstellen aussprechen. Vielen Dank für die Bemühungen und die Geduld, das große Herz und die Hilfsbereitschaft, die Anregungen und Diskussionen, das Vertrauen und Engagement,...bis bald!

Sabrina Roither
Diplomandin der FH Soziale Arbeit, MCI

Auf der Suche nach motivierten MitarbeiterInnen?
Die ersten AbsolventInnen des FHS „Soziale Arbeit“ MCI stehen schon bald zur Verfügung, und viele der Studierenden sind schon neben ihrer Ausbildung daran interessiert Praxiserfahrungen im sozialarbeiterischen Bereich zu sammeln.
Jobangebote für die Jobbörse des MCI (Voll-, Teilzeit oder geringfügig) in pdf-Format bitte per mail an: Renate.Gruber@mci.edu

20 Jahre Karriere in der Sozialarbeit

Andrea Trenkwalder-Egger

20 Jahre nach Beendigung der Akademie für Sozialarbeit der Diözese Innsbruck trafen sich am 18. Juni 2006 14 von 20 AbsolventInnen des Jahrgangs 1986.

Maria Antwie (Gesellschaft für Psychische Gesundheit), Petra Haller (Neustart) und ich (Andrea Trenkwalder-Egger FH Soziale Arbeit) initierten das Treffen.

Wir hatten einiges an Recherearbeit zu leisten um die aktuellen Namen und Adressen herauszufinden.

Als interessant erachteten wir, dass zwei Drittel der AbsolventInnen der Sozialen Arbeit erhalten blieben. Die Ausnahme sind die beiden Männer und drei Kolleginnen, die nun als Fotograph, Softwearentwickler, technische Zeichnerin, Hebamme und als Ärtzin arbeiten. Die Handlungsfelder der Sozialarbeiterinnen des Jahrgangs 1983 sind weit gestreut: vom außergerichtlichen Tatausgleich, der Gesellschaft für psychische Gesundheit, der Arbeitsassistenz, betreutem Wohnen, Lehrtätigkeit an der FH bis hin zur selbständigen Tätigkeit als Betreiberin von Seniorenwohnheimen und als Sozialarbeiterin in der Erlebnis- und Naturpädagogik.

Obwohl viele von uns in den 20 Jahren kaum Kontakt miteinander hatten, entstand sehr schnell wieder das Gefühl von Vertrautheit. („Warten wir noch ein bißchen, x kommt doch immer zu spät“, was tatsächlich auch eintraf.)

Es scheint, als hätten wir uns in der zweijährigen Ausbildung recht gut kennengelernt. Die Ausbildungszeit mit ihren Höhen und Tiefen wurde als sehr prägend empfunden. Optimistisch stimmte uns vor allem der jugendliche und dynamische Eindruck den unsere Kolleginnen und unser Kollege bei dem Treffen, das von 3 Uhr Nachmittag bis 3 Uhr früh dauerte, hinterließen.

Konsens war, dass das nächste Treffen noch vor dem 30 jährigen Jubiläum stattfinden soll.

Andrea Trenkwalder-Egger

Service - Links zum Thema Arbeit Teil 1

Andrea Trenkwalder-Egger

www.ak-tirol.at/index.htm
Arbeiterkammer Tirol

http://wko.at/tirol/
Wirtschaftskammer Tirol

http://www.gpa-djp.at/
Gewerkschaft d. Privatangestellten

http://www.ams.or.at
AMS Österreich

http://www.ams.or.at/neu/tirol/start.html
AMS Tirol

http://www.basb.bmsg.gv.at/cms/basb/
Bundessozialamt Tirol

http://www.berufsinfo.at/
Berufs- und Bildungsberatung Wirtschaftskammer

http://www.einstellungssache.at/
Kooperation des Instituts für Humanistisches Management und der WKO

http://www.social.at/relaunch/index.php
Datenbank Sozialprojekte in Österreich

http://www.esf.at/esf_intro.htm
Europäischer Sozialfonds

http://www.help.gv.at/
Informationen rund um Amtswege

http://www.artis-betriebe.at/
Artis Betriebe Innsbruck

http://www.gwtirol.at/home_at.html
Integrative Betriebe Tirol

http://conact.tibs.at/tisoeb/
Integrationsunternehmen

http://www.horuck.at/
HO&Ruck

http://www.wams.at/
Wams

http://www.issba.at/start.htm
ISSBA

http://www.verein-insieme.at/
Verein Insieme

http://www.s-gwandtl.at/intro.htm
S´Gwandtl

www.zum-alten-eisen.org
Verein für ältere Arbeitslose

http://www.arbeitslosensprecherin.at/
ArbeitslosensprecherIn

www.ivda.at
Interessenvertretung der Arbeitslosen

http://www.jobs4girls.at/index.htm
Jobs for girls

http://www.jobshop.at/
Job-Shop Chance für AsylwerberInnen am Tiroler Arbeitsmarkt

Rezension - Gaismair Jahrbuch 2007

Waltraud Kreidl

Die Jahrbücher der Michael-Gaismair-Gesellschaft erscheinen seit Herbst 2000 rechtzeitig zum Jahresrückblick und haben alljährlich das lobenswerte Anliegen, kontroverse und gesellschaftskritische Themen aufzugreifen. In der Darstellung des Herausgebers, des Innsbrucker Studienverlages, liest sich das so: „Einerseits wird der Blick auf die politischen Verhältnisse in Tirol und Vorarlberg, andererseits aber auch auf internationale Trends wie die Veränderung von Arbeits- und Lebensverhältnissen vor dem Hintergrund der Globalisierung oder die Auseinandersetzungen um Migration und Integration in Einwanderungsgesellschaften gerichtet. Dabei geht es nicht nur darum, globale Entwicklungen nachzuzeichnen, sondern auch deren konkrete Auswirkungen auf das Leben der Menschen aufzuzeigen. Neben den aktuellen Bezügen wird auch Rückschau in die Geschichte gehalten. Dabei werden soziale und kulturelle Kämpfe und Bewegungen sowie die Lebensumstände von Minderheiten beleuchtet."

Aus der Sicht des/der geneigten SIT-LeserIn ist das heurige Jahrbuch 2007 ganz besonders gelungen. Es liest sich stellenweise wie eine Pflichtlektüre zu an sozialarbeiterischen Ausbildungsstellen gelehrten Handlungsfeldern.
Beginnen wir mit dem Fach „Berufliche Integration und Rehabilitation" bzw. dem Handlungsfeld „Wohnen und Existenzsicherung". Da passen Themen wie „Prekarität: Zur Ent-Sicherung von Leben und Arbeit" sehr gut (*Prekär arbeiten, prekär leben*; *Prekarisierte Lebensverhältnisse - Neue Bewegungen, die Linke und der Feminismus*; *Aus dem Arbeitsalltag einer ambulanten Leiharbeiterin*; *Wohnungslosigkeit von Frauen*; *Zur Workfarisierung des Sozialstaats am Beispiel ‚Hartz IV'*).
Das Handlungsfeld „Kind/Jugend/Familie" ergänzt hervorragend der Abschnitt „Verlorene Jugend" (*Einlieferungsgrund: ‚Ist ein Tunichtgut'*; *Eine jenische Kindheit in Tirol*; *schul arbeit*; *Fürs Leben lernen – lebenslang*). Zum Thema „Abweichendes" Verhalten bietet sich hervorragend das Kapitel Migration und Asyl an (*Dazu gehören am Beispiel der ‚zweiten Generation' in Österreich*; *Integrationsarbeit in Vorarlberg*; *Integration von MigrantInnen in Dornbirn*; *Vom Umgang mit einer kritischen NGO*; *Verhör*…)

Auch an sozialpolitischen Beiträgen findet sich einiges, wie z. B. der Beitrag *„Die Sparpolitik des Landes gefährdet Recht auf Hilfe oder Innsbrucks kulturelle Parallelgesellschaften"*.
Das ist aber noch lange nicht alles. Ich sage dazu nur: Eine Pflichtlektüre nicht nur, aber jedenfalls für die/den interessierten SozialarbeiterIn!

Zu beziehen beim Studienverlag Innsbruck
www.studienverlag.at

Waltraud Kreidl

Rezension - Dead Men Working

zur Verfügung gestellt von Maria Wölflingseder

Dead Men Working Gebrauchsanweisungen zur Arbeits- und Sozialkritik **in Zeiten kapitalistischen Amoklaufs** hg. von Ernst **Lohoff**, Norbert **Trenkle**, Karl-Heinz **Lewed** (alle Krisis-Redaktion), Maria **Wölflingseder** (Streifzüge-Redaktion)
Unrast Verlag, Münster 2004 (2. Auflage 2005), **302 Seiten, 18 Euro**
ISBN 3-89771-427-2

War es nicht ein uralter Traum, weniger arbeiten zu müssen? Heute wäre es wäre überhaupt kein Problem, genug Nahrung, genug Güter, gesunde Lebensbedingungen etc. für alle Menschen auf der Erde mit geringem zeitlichen und personellen Aufwand bereitzustellen, es ist nur ein Problem sie immerzu in Geld, in Ware, in Wert zu verwandeln, weil die Reichtumsproduktion von der Arbeit entkoppelt wurde.

Die gesellschaftliche Opposition zeigt sich angesichts der immer neuen Zumutungen paralysiert. Da die Diktatur von Arbeit und Ökonomie Amok läuft, zieht sie aber allen system-immanenten Kämpfen für die Verbesserung der Lebensverhältnisse den Boden unter den Füßen weg. Deshalb muss eine emanzipatorische Perspektive wohl über die kapitalistische Warengesellschaft hinausweisen.
Das Buch **Dead Men Working** enthält Erfahrungen, die die AutorInnen in den verschiedenen Abteilungen der großen Arbeits(losen)mühle gemacht haben sowie theoretische Beiträge zum Thema Arbeit, Ideologie der Arbeit etc.
Inhalt (u. a.):
Ernst Lohoff schreibt über die neue soziale Frage im entsicherten Kapitalismus, sowie über Arbeitsterror und Arbeitskritik,

Karl-Heinz Lewed über Migration, Rassismus und prekäre Arbeitsverhältnisse;
Martin Dornis über die Illusion der Versöhnung von Ökonomie und Ökologie;
Gaston Valdivia über die Zeitverschwendung Marktwirtschaft, die absurdeste Produktionsweise seit Menschengedenken;
Christian Höner über eine Anti-Arbeitsaktion in Thüringen;
Erich Ribolits: Vom sinnlosen Lernen zum sinnlosen Arbeiten;
Maria Wölflingseder gibt es einen ausführlichen Bericht ihrer phänomenalen Erlebnisse als arbeitslose Wissenschaftlerin, sowie einen Beitrag wie aus dem Esoterik-Ideologem „Positives Denken" ein selbstverordnetes Gleitmittel wurde, und ausserdem 6 Spots „Von der Zurichtung zur Hinrichtung" in der ganz normalen Arbeitswelt. U.a. mehr

Pressestimmen:

...Je klarer zu Tage tritt, dass die rasante Produktivitätsentwicklung immer mehr Arbeit überflüssig macht, desto heftiger klammert sich diese Gesellschaft an die entgegengesetzte Perspektive. Unter der Prämisse „Arbeit schaffen um jeden Preis" werden die Potentiale gesellschaftlichen Reichtums rücksichtslos der kapitalistischen Form geopfert. Im vorliegenden Buch werden irrationale Mechanismen der gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufgedeckt und infrage gestellt. Insbesondere werden persönliche Erfahrungen der AutorInnen in den verschiedenen Sektoren der irrationalen Arbeits(losen)mühle geschildert, die für Außenstehende fast unglaublich klingen.
Internationale Zeitschrift für Sozialpsychologie und Gruppendynamik in Wirtschaft und Gesellschaft, Wien, Heft 110 (Jg. 30)

...Nach der ausgiebigen Lektüre des vorliegenden Bandes erklingen viele der Floskeln der heutigen Zeit ganz grauenhaft in meinen Ohren und „Qualitätssicherung" wird zu dem, was es ist: Ein neues Kontrollorgan, das die Menschen gängelt und Arbeitsplätze und Menschlichkeit abbaut. ... Dieses Buch müsste ein Bestseller sein, damit in diesem Land wieder mehr gedacht und weniger programmiert, mehr diskutiert und weniger meditiert, weniger gearbeitet und mehr und lustvoller gelebt wird.
Standard, Wien, 25. 9. 2005

Kontakt und Bestellung:
Maria Wölflingseder, Anton-Scharff-Gasse 6/13, 1120 Wien
Tel. 01/ 810 60 22
e-mail: m.woelf@utanet.at

Unsere Zeitschriften:
www.streifzuege.org
www.krisis.org

Service - Links zum Thema Arbeit Teil 2

Andrea Trenkwalder-Egger

http://www.lehrling.at/
Lehrlings - und Lehrstellensbörse

http://www.markt.tsn.at/
Bildung und Arbeit für junge Menschen mit besonderen Bedürfnissen

http://www.sozialprojekte.com/
Suchmaschine für **Produkte & Dienstleistungen** sozialer Einrichtungen

http://www.ways-to-work.at/
Projekt für BezieherInnen mit geringen Einkommen (Wien)

http://www.wegweiser.bmsg.gv.at/
Datenbank für Angebote zur beruflichen Integration von Menschen mit Behinderungen

http://www.jobcenter.at/berufliche_integration
Berufliche Integration, 168 Projekte in Österreich

http://www.berufsinfo.at/ch_lehre/bag/abc_2002_a.htm
Berufsausbildungsrecht

http://www.help.gv.at/Content.Node/88/Seite.880000.html
Beschäftigungsformen

http://www.sozialplattform.at/downloads/armut-leseheft2004.pdf
Arbeitslosigkeit kann jeden Treffen

https://broschuerenservice.bmsg.gv.at/Default.aspx
Publikationsbestellung BM

http://www.ams.or.at/images/pdf/forschung/info67.pdf
AMS Studie über die Erwerbsrealität älterer ArbeitnehmerInnen

http://www2.wkstmk.at/wko.at/gewerbe/zemanek/info_dienstvertrag.pdf
Dienstvertrag; freier Dienstvertrag, Werkvertrag

www.voices.eu.com

Join In Infomesse

Jugendlichen Migrantinnen und Migranten eine Chance geben!

WO und WANN?

Am Freitag, den 30. März 2007 ab 10 Uhr
im Zukunftszentrum Tirol, Universitätsstraße 15a, Innsbruck

Berufsinformationsmesse

für Jugendliche und Eltern mit Migrationshintergrund

Join In präsentiert

Projektarbeiten aus 5 Fachmodulen zu den Themen Netzwerkarbeit, Mentoring, Berufsorientierung, kreative Qualifizierungsmaßnahmen, Interkulturelle Clearing und Beratungsinstrumente

Fachworkshops

für SozialarbeiterInnen, PädagogInnen, ExpertInnen, StudentInnen und Interessierte.

WS 1) Die Wege zum Job - Interkulturelle Clearing- und Beratungsinstrumente für Jugendliche mit Migrationshintergrund

WS 2) Interkulturelle Mädchenarbeit in Tirol Zugang, Motivation und Elternarbeit

WS 3) „Gib jungen MigrantInnen eine Stimme“ Jugendzeitung(en) in Tirol

WS 4) Lebenssituation von jugendlichen MigrantInnen in Tirol

WS 5) Angebote für interkulturelle Berufsorientierung im Schulkontext

WS 6) Angebote für interkulturelle Erwachsenenbildung

ausstellung migration in bildern

Wer steckt hinter Join In?
11 Tiroler Partnerorganisationen aus Politik, Sozialem, Verwaltung, Bildung und Gesellschaft haben seit Juli 2005 neue Wege zur Arbeitsmarktintegration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund beschritten.

MCI MANAGEMENT CENTER INNSBRUCK

Die Join In Infomesse findet in Kooperation mit dem Management Center Innsbruck statt.

BMWA BUNDESMINISTERIUM für WIRTSCHAFT und ARBEIT · tirol · esf · JOIN IN EQUAL-PROJEKT

Das Letzte für SIT 73

Bedanken möchte ich mich wieder bei allen, die uns ihre Beträge zur Verfügung gestellt haben.

Meine Meinung ist ja, dass prinzipiell kein Mensch mehr als 30 Stunden/Woche arbeiten sollte – und selbstverständlich davon dann leben kann. Es gibt so viel zu tun, abgesehen von Arbeit… Leider scheint das Thema Arbeitszeitreduktion (abseits der nicht-existenzsichernden Teilzeitjobs) derzeit nicht in der Öffentlichkeit diskutiert zu werden.

Ansonsten möchte ich an dieser Stelle noch einmal Maria Wölflingseder (siehe auch Artikel im Heft „Fetisch Arbeit") sprechen lassen:
„Vor einigen Jahren mag es noch vergleichsweise leicht gefallen sein, die radikale Kritik der Arbeit, einer der Basiskategorien der Warengesellschaft, als esoterische, für die realen sozialen Konflikte bedeutungslose Spitzfindigkeit abzutun - heute nicht mehr. […] Gegenüber der durchdrehenden ‚Arbeits-Kirche' lässt sich eine emanzipative Perspektive letztlich überhaupt nur noch als Frontalangriff auf die heilige Arbeit formulieren. Gerade mit den aktuellen ökonomischen Krisenschüben wird der repressive und irrationale Kern der arbeitsgesellschaftlichen Zumutungen überdeutlich.
In den 90er Jahren war der Drang, die Selbstvermarktung zum absoluten Maßstab und einzigen sozialen Inhalt zu machen, noch wesentlich eine ‚Errungenschaft' der Boomsektoren und der ‚Erfolgreichen' und strahlte von dort aus auf den Rest der Gesellschaft aus. Jetzt erreicht dieser Imperativ mit seiner ganzen Wucht auch die ‚verwertungsuntauglichen' Bevölkerungssegmente. Für das Platzen der neoliberalen Hoffnungen rächt sich die ‚Arbeits-Kirche', indem sie alle und jeden auf die gescheiterten Konzepte neuer Arbeitsherrlichkeit zwangsvereidigt. Der fordistische ‚Sozialballast' muss weg, jede/r SozialhilfeempfängerIn hat sich in eine ‚Ich-AG' zu verwandeln und jede/r ArbeitnehmerIn in eine/n ‚SelbstunternehmerIn'. Dass dieses Unterfangen sein offizielles Ziel, die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, nicht erreichen, sondern stattdessen groteske Verrücktheiten und enorme soziale Verwerfungen erzeugen wird, ist absehbar.
Die offizielle Debatte redet unisono irre und lässt Gegenstimmen kaum zu. Das heißt aber keineswegs, dass diese Entwicklung keinen Unmut wecken und überhaupt kein Kritikbedürfnis existieren würde. Die ganze Situation schreit vielmehr geradezu nach einer entschiedenen Gegenpositionierung."

Magdalena Melcher

In eigener, berufspolitischer Sache:

Um die Qualität der Ausbildung für SozialarbeiterInnen auch weiterhin auf einem hohen Standard zu gewährleisten, ist es dringend erforderlich den Studierenden genügend Praktikumsplätze zur Verfügung zu stellen. Da einerseits viele SozialarbeiterInnen Teilzeit arbeiten und andererseits seit dem letzten Wintersemester rund 50 % mehr Studierende aufgenommen wurden, hat sich die Situation zugespitzt.

Wir bitten Euch unsere zukünftigen Kollegen und KollegInnen zu unterstützen. Bitte meldet potentielle Praktikumsplätze an Frau Stefanie Wöth (stefanie.woeth@mci.edu).

Dominique Dsahai Thaler
Für den OBDS - Landesgruppe Tirol

Geplantes Thema für die nächste Ausgabe: Sozialarbeit, Technik und Medien

Beiträge willkommen - auch LeserInnenbriefe, Buchrezensionen, Seminararbeiten ...

Für die namentlich gekennzeichneten Beiträge sind die AutorInnen verantwortlich. Diese Beiträge decken sich nicht unbedingt mit der Meinung des obds - Landesgruppe Tirol. Die AutorInnen und Einreichenden, soweit sie Rechte an den Beiträgen haben, stimmen einer möglichen Weiterveröffentlichung durch den obds - Landesgruppe Tirol mit Nennung der Quellen zu.
Die Übernahme von Artikeln usw. aus dem SIT in andere Zeitschriften, Bücher und sonstige Publikationen bedarf der ausdrücklichen Genehmigung durch den Herausgeber und der Zusendung eines Belegexemplares.